

# ao

aktuelle  
ostinformationen

## Ostmitteleuropa:

### Populisten auf dem Vormarsch?



## Wirtschaftsordnung und Bildung: Was bringt die Globalisierung?

## Impressum

### Liebe Leserinnen und Leser,

im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe der „aktuellen Ostinformationen“ stehen zunächst die schwierigen politischen Verhältnisse in den drei neuen EU-Mitgliedsländern Ungarn, Slowakei und Tschechien, in denen es in den letzten Monaten zu erheblichen Turbulenzen und entschiedenen Protesten der Bevölkerung kam. Nicht minder kritisch stellt sich die Situation in der Ukraine dar, in der es noch vor nicht allzu langer Zeit zu der mit vielen Hoffnungen verbundenen orangenen Revolution gekommen war. Die Krise des Parlamentarismus in Ostmittel- und Osteuropa ist zwar kein neues, überraschendes Phänomen, allerdings war eine so drastische Entwicklung nicht unbedingt zu erwarten. Zumal die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesen Staaten – trotz erheblicher struktureller und sozialer Probleme – durchaus positiv bewertet wurde.

Einen allgemeineren Charakter weist der sich anschließende Beitrag von Elżbieta Mączyńska auf, in dem die Autorin nach den Konsequenzen fragt, die sich für die Wirtschaftsordnung aus dem global wirkenden zivilisatorischen Umbruch ergeben. Schließlich wird angesichts von nur schwer durchschaubaren und nachvollziehbaren Globalisierungsprozessen im abschließenden Beitrag nach der Rolle, dem Stellenwert und der Aufgabe (politischer) Bildung gefragt.

Auch unsere beiden Berichte über die „Grenzen der EU-Erweiterung“ und die „Angst vor dem polnischen Klemptner“ (Hanna Volkmann) beleuchten die sehr unterschiedlich interpretierbaren Aspekte, Probleme und Folgen, die sich aus der Osterweiterung der EU ergeben.

Wie gewöhnlich stellen wir Ihnen in unserer Rubrik Buchreport sowie in unserem Rezensionsteil darüber hinaus einige Neuerscheinungen vor, die sich mit Fragen der Bildung, Werken der Belletristik und Problemen der neuesten Geschichte beschäftigen.

Zbigniew Wilkiewicz

2

ao

3/4  
2006

.....  
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)  
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:  
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.  
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.  
.....

## Inhalt

<b>Beiträge</b> .....	<b>4</b>
<i>Gerhard Schüsselbauer</i> .....	4
Das Ende der Systemtransformation oder der Beginn des neuen (Lügen-) Populismus? UNGARN, DIE SLOWAKEI und TSCHECHIEN im Jahre 2006.....	4
<i>Rudolf A. Mark</i> .....	13
Kehrt! Auf halbem Weg? – Die Ukraine nach der orangenen Revolution.....	13
<i>Elżbieta Mączyńska</i> .....	22
Der zivilisatorische Umbruch und die Wirtschaftsordnung .....	22
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> .....	33
Globalisierung und (politische) Bildung .....	33
<b>Berichte</b> .....	<b>45</b>
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> .....	45
Tagungsbericht: Die Grenzen der EU-Erweiterung (27. 02. – 04. 03. 2006)	45
<i>Hanna Volkmann</i> .....	50
Wer hat Angst vor dem polnischen Klempner? .....	50
<b>O-Ton: Forum „Junges Europa“</b> .....	<b>59</b>
<i>Eryk Krysztofiak</i> .....	59
Politische Xenophobie – eine chronische Krankheit Polens .....	59
<b>Buchreport</b> .....	<b>61</b>
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> .....	61
Jahrbuch für Pädagogik 2004. Globalisierung und Bildung. ....	61
<i>Gerhard Schüsselbauer</i> .....	72
Streifzug durch die Literatur 2006 .....	72
<b>Rezensionen</b> .....	<b>78</b>
Basil Kerski, Thomas Kycia, Robert Żurek: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung. ....	78
Deutsches Polen Institut: Jahrbuch Polen 2006. Frauen. ....	82
Jochen Böhler: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939. ....	87
Robert Seidel: Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939-1945. ....	89
Katja Friedrich, Klaus Meisel, Hans-Joachim Schuldt: Wirtschaftlichkeit in Weiterbildungseinrichtungen. Studententexte zur Erwachsenenbildung. ....	91
Frank Grelka: Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42.....	93

## Beiträge

*Gerhard Schüsselbauer*

### **Das Ende der Systemtransformation oder der Beginn des neuen (Lügen-)Populismus? UNGARN, DIE SLOWAKEI und TSschechien im Jahre 2006**

Heftige Turbulenzen prägten das politische Leben in den Ländern des östlichen Mitteleuropa in diesem Jahr. Nach den Wahlen in Polen im Herbst 2005, die die Regentschaft der Zwillinge Lech (Staatspräsident seit Herbst 2005) und Jarosław Kaczyński (Ministerpräsident seit Sommer 2006) hervorgebracht hatten, sorgten auch die Wahlen und die damit verbundenen Ereignisse in Tschechien, in der Slowakei und in Ungarn für eine Entwicklung, die mehr als Anlass zur Besorgnis gibt. Verbalinjurien, Schlammschlachten, Verleumdungskampagnen, mediengeile Auftritte der Kandidaten auf unterstem Niveau und eine beispiellose Lügenkampagne haben dazu geführt, dass das politische Gebälk Ostmitteleuropas mächtig erzitterte und „Stoßwellen des Populismus“<sup>1</sup> die Länder heimsuchen. Ein Land ohne echte Regierung aufgrund einer Pattsituation im Abgeordnetenhaus (Tschechien), ein maßloser Populismus (Slowakei) sowie ein mega-hysterischer, wenn auch berechtigter Aufschrei nach der Veröffentlichung von internen Aussagen des Ministerpräsidenten über den „abgewirtschafteten“ Zustand des eigenen Landes (Ungarn) gesellen sich also nun zum Diktat der Kaczyński-Zwillinge im nördlichen Nachbarland Polen. Diese wollten einst als Kinderschauspieler „den Mond stehen“, beabsichtigen nun aber, in Polen die Vierte Republik mit einer Gesellschaft der Ja-Sager, Angepassten und Kuschenden ins Leben zu rufen. Obwohl die Entwicklungen in den jeweiligen Ländern trivialerweise nicht auf dieselbe Stufe gestellt werden dürfen, sondern höchst unterschiedliche Hintergründe aufweisen, so ist doch eine Feststellung zutreffend: Eine stabile Demokratie mit loyalen, gewählten VolksvertreterInnen und einer Staatsregierung, die nur das Interesse des Gemeinwohls in einer pluralistischen, offenen Gesellschaft im Sinne haben, ist (noch) nicht erkennbar. Spricht man in der Wirtschaftswissenschaft schon seit längerem vom Abschluss der eigentlichen Systemtransformation der Volkswirtschaften im östlichen Mitteleuropa (spätestens seit dem im Mai 2004 erfolgten Beitritt zur EU als Vollmitglieder), so trifft dies auf eine konsolidierte politische Landschaft keineswegs zu.

#### **UNGARN – Vom Ende des Gulasch-Kommunismus zur schimmeligen Salami-Demokratie und zum „Kurva Ország“ („Huren- bzw. Scheißland“)**

Bis vor kurzem gehörte Ungarn als neuer EU-Staat aufgrund seiner scheinbaren politischen Reife, der wirtschaftlichen Stabilität und enormer Fortschritte in der rechtlichen Angleichung an den Acquis Communautaire, den gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstand der EU, zweifellos zu den Ländern, die als Hort der Stabilität und

<sup>1</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2006, S. 1.

problemloses Neumitgliedsland angesehen wurden. Eine rasche Umsetzung der geforderten EU-Richtlinien in geltendes nationales Gesetzeswerk und die zügige Verabschiedung der nun allerdings zumindest auf Eis gelegten, wenn nicht gänzlich gestorbenen EU-Verfassung vermittelten aufgrund einer fortgeschrittenen Rechtsharmonisierung das Bild einer gelungenen Transformation zu EU-tauglichen demokratischen Strukturen. Dass allerdings die demokratische Kultur durch das politische Erdbeben vom Spätsommer und Herbst 2006 derart erschüttert werden würde, konnten nicht einmal bestinformierte Insider vorhersehen.

### *Die Vorgeschichte*

Schon sowohl die erste post-kommunistische, konservative Regierung unter József Antall als auch die bis 1998<sup>2</sup> regierende, von der Partei der Ungarischen Sozialisten (Magyar Szocialista Párt MSZP) und dem Bund der Freidemokraten (SZDSZ) gebildete Koalition Gyula Horns hielten die Zahlungsfähigkeit des Landes, Haushaltsdisziplin und die Einhaltung von Wahlversprechen für keine großartige politische Tugend. Diese Tradition setzte auch die von 1998 bis 2002 sich an der Macht befindende Regierung des dynamischen, ehemals Ultraliberalen, nunmehr das bürgerlich-konservative Lager dominierenden Viktor Orbán (Bund der jungen Demokraten FIDESZ) mit weit reichenden, nicht einzuhaltenden Wahlversprechungen fort. Die seit 2002 erst unter dem parteilosen, alles andere als überzeugenden, kaum einen grammatikalisch richtigen Satz formulierenden Péter Megyessy regierende MSZP (wieder in einer Koalition mit den Freidemokraten) und dann vom wortgewandten und charismatischen Ferenc Gyurcsány angeführte Linksregierung streute den WählerInnen in Ungarn Puszta-Sand in die Augen und hatte nie den Mut, der Bevölkerung ungepanschten, reinen Tokaier-Wein einzuschenken. Diese politische Lebenslüge haben beinahe alle ungarischen Politiker seit dem Ende des Kommunismus verbreitet. Nun wurden aus den Lügen auf geradezu monströse Weise eingestandene Fakten. József Attila<sup>3</sup>, der wohl geheimnisvollste ungarische Dichter und Lyriker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, schrieb: „Laßt die Wahrheit, nicht die Fakten siegen.“ Nur in einem totalitären System ist die Unwahrheit Faktum<sup>4</sup>. Eine demokratische Kultur kann nur durch sich selbst reinigende und heilende Kräfte aufrechterhalten werden, sonst geht sie zugrunde.



<sup>2</sup> Im Jahr 1997 veröffentlichte die progressive ungarische Elektronikband Anima Sound System einen Song mit dem Titel „east & bass“, in dem sie die Lebenswirklichkeit der postkommunistischen Welt wie folgt beschrieb: „Hey, the communists have nothing to offer, but fat chics, honey glasses and limed policemen“.

<sup>3</sup> <http://magyar-irodalom.elte.hu/sulinet/igyjo/setup/portrek/jozsefa/jozsefat.htm> besucht am 13.10.2006.

<sup>4</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2006, S. 33.

### *Wahlen 2006 und innenpolitische Krise*

Der Wahlkampf, in dem Ungarn im Frühjahr 2006 den „Superstar suchte“<sup>5</sup>, geriet zu einer personalisierten Zuspitzung des Duells zwischen Ferenc Gyurcsány und dem erneuten Herausforderer Viktor Orbán. Orbán sieht in Gyurcsány die perfekte Verkörperung eines „Luxuslinken“, der soziale Gerechtigkeit predigt und selbst auf zweifelhafte Weise zu materiellem Wohlstand gekommen ist. Dieses Muster ist auch in Deutschland bei manchen linken Politikern unschwer auszumachen. Gyurcsány wiederum reagierte beim TV-Duell vor den Wahlen im April 2006 entrüstet auf die Anschuldigung Orbáns, er werde nach den Wahlen ein hartes Sparprogramm durchsetzen müssen, um die völlig aus dem Ruder gelaufenen Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, verschweige dies aber vor den WählerInnen vorsätzlich.

Der Wahlausgang zeigte, dass die Ungarn mehrheitlich der seit 2002 regierenden linksliberalen Koalition erneut das Vertrauen schenkten. Damit gewann erstmals seit dem Sturz des kommunistischen Regimes in Ungarn die Regierungskoalition wieder die Parlamentswahlen und kann somit weitere vier Jahre regieren. Die extrem polarisierende Angstkampagne des bürgerlich-konservativen Lagers unter Führung von Orbán brachte nicht den vom halb-rechten und rechten Parteienspektrum intendierten Machtwechsel, zumal sich die Einigkeit zwischen dem FIDESZ und dem Ungarischen Demokratischen Forum MDF brüchiger erwies als das feinste Zsolnay-Porzellan. Persönliche Animositäten zwischen Viktor Orbán und Ibolya Dávid, der Vorsitzenden des MDF, übertrumpften einen gemeinsamen, möglich geglaubten Wahlsieg<sup>6</sup>.

Im Spätsommer 2006 eskalierte die Situation in der ungarischen Hauptstadt Budapest mit einer ersten Schockwelle derart, dass befürchtet werden musste, Pariser Zustände mit wochenlangen Straßenschlachten und massiven Beschädigungen würden Einzug halten. Die zweite Protestwelle mit Krawallen und Straßenkämpfen setzte ausgerechnet am 23. Oktober 2006 ein. Die Feierlichkeiten des 50. Jahrestages des Aufstandes von 1956 gegen die kommunistische Sowjetherrschaft wurden wiederum von regierungsfeindlichen Protesten überschattet, denen sich auch gewaltbereite Rechtsradikale, Nationalisten und Skins anschlossen. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass die Feierlichkeiten dieses nationalen Gedenktages, der für die ungarische Identität von nicht zu überschätzender Bedeutung ist, von der postkommunistischen MSZP, die nach den Worten von Oppositionsführer Viktor Orbán eine „illegitime Regierung“<sup>7</sup> darstellt, ausgerichtet wurden. Den Beteuerungen von Ministerpräsident Gyurcsány zum Trotz, dass sich Ungarn jetzt als moderner, demokratischer Staat versteht, entzündete sich ein heftiger Streit, wem in den politischen Eliten und wem in der Gesellschaft, die so tief gespalten ist wie noch nie seit 1990, das geistige Erbe des Aufstandes von 1956 zustehe. Bei all der zynischen Schärfe der Auseinandersetzung konnte den wahren Helden und den Tausenden von Todesopfern des blutigen Aufstandes in keinerlei Weise gebührend gedacht werden.

Auslöser für die tiefste innenpolitische Krise seit dem Fall des kommunistischen Regimes war die Veröffentlichung einer Aufnahme einer bereits am 26. Mai 2006 in Balatonószöd auf einer Fraktionssitzung der Sozialistischen Partei gehaltenen, internen Rede von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány. Der öffentliche Aufschrei ob des Textes

<sup>5</sup> Vgl. dazu ausführlich ERVIN CSIZMADIA, *Ungarn sucht den Superstar*, osteuropa 5/2006, S. 75-86.

<sup>6</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 11.4.2006, S. 5.

<sup>7</sup> Vgl. Népszabadság, 24.10.2006, S. 1. sowie Neue Zürcher Zeitung, 24.10.2006, S. 1.

und des unverblümt dargelegten Wahrheitsgehalts reichte, um massive Krawalle hervorzurufen. Rechte Skins und Trittbrettfahrer nutzen die Gelegenheit, um die Randalie auf die Spitze zu treiben. Pikant ist dabei nicht nur das totale Eingeständnis, dass das eigene Lügenkartenshaus eingestürzt ist, sondern auch für Malediktologen (Erforscher der Vulgärsprache und des Fluchwortschatzes) besonders die Wortwahl, der sich Gyurcsány bediente. „In Europa hat einen derartigen Schwachsinn noch kein Land angestellt.“<sup>8</sup> Er spricht unverblümt von „picsa“ (Fotze), „szar“ (Scheiße), „baszni“ ( ficken) und bezeichnet sein Land als „kurva ország“ (Huren- bzw. Scheißland). Besonders schwer wiegt die Selbsterkenntnis, seine Regierungspartei habe die Staatsfinanzen durchgebracht, ausgedrückt durch die Verbalkonstruktion „elkúrtuk“ (wörtlich übersetzt: „Wir haben sie [die Finanzen] verhurt“). Man habe das Wählervolk über vier Jahre hinweg nach Strich und Faden belogen und wissentlich Unwahrheiten verkündet.

Dass die Regierungsparteien und die gesamte politische Elite nicht den Mut aufbrachten, auch nur ansatzweise die Wahrheit über die Staatsfinanzen und die damit zusammenhängenden drastischen Sparmaßnahmen im gesamten sozialen Sicherungs- und Transfersystem zu äußern, kostete zwar die Regierung aufgrund des offensiven Umgangs von Gyurcsány mit dem veröffentlichten Material seiner Rede nicht das politische Mandat, vertiefte aber die ohnehin existierenden Gräben zwischen dem linksliberalen und bürgerlich-konservativen Lager und verschärfte die politische Polarisierung zusehends. Letztendlich gewann Ministerpräsident Gyurcsány Anfang Oktober die Vertrauensabstimmung im Parlament mit der deutlichen Mehrheit seiner Koalitionsparteien und bat öffentlich um Entschuldigung für die unhaltbare Politik seiner Partei, sprach aber zugleich der Opposition das Recht ab, das Land in eine tiefe politische Depression zu reden.<sup>9</sup> Zu den Hauptaufgaben der nächsten Monate zählt die Umsetzung der geplanten Reform des völlig maroden Gesundheitssystems, das der Bevölkerung die Illusion einer stets verfügbaren, quasi kostenlosen Gesundheitsvorsorge rauben und deutlich machen wird, dass gerade auf die finanziell und materiell schlechter gestellten Versicherten erhebliche Belastungen zukommen werden. Ähnlich wie in der deutschen Politik wird sich dieses komplexe sozialpolitische Feld als Nagelprobe für den Reformwillen der ungarischen Regierungskoalition erweisen.

### **Wirtschaft – ambivalentes Bild bei stabilem Wachstum und fiskalpolitischem Chaos**

Seit der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre weist Ungarn seit mehr als zehn Jahren einen dauerhaften, sich selbst tragenden Aufschwung mit permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent BIP-Wachstum pro Jahr auf<sup>10</sup>. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen ist ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits bis 2001 veräußert wurden. Wohl in keiner der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland,

<sup>8</sup> Vgl. <http://hvg.hu/itthon/20060917gyurcsany.aspx>, besucht am 12.10.2006.

<sup>9</sup> Vgl. Népszabadság, 7.10.2006, S. 1. sowie Népszabadság, 12.10.2006, S. 1.

<sup>10</sup> Vgl. darüber hinaus für die Entwicklung von 2003 bis 2005 WERNER GNOTH, *Ungarns wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 2005*, osteuropa wirtschaft 1/2006, S. 30-38.

schon wieder schließende Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer Arbeitslosenquote mancherorts über 20 Prozent kämpfen. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen und extreme Preisunterschiede auf dem Immobilienmarkt sind ein wichtiger Aspekt der mangelnden Mobilität des Faktors Arbeit. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Pick-Salami und Tokajer Wein nach wie vor stolz sind, sind Audi-TT-Coupé, DVD-Player von Philips, Nokia-Mobiltelefone und IBM-Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute. Ungarn ist wegen der hohen Lohnnebenkosten und deutlich gestiegenen Reallöhne längst kein Billiglohnland mehr, muss aber den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum erst noch verstetigen. Zum wirtschaftlichen Aufschwung tragen auch die hohen Zuwächse bei den Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn mit ca. 10 Mio. Einwohnern findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den zwölf bestplatzierten Ländern.

Doch abseits der weit fortgeschrittenen institutionellen Konvergenz und realwirtschaftlichen Integration in den europäischen Kernraum, die auch durch ein enorm gestiegenes Handelsvolumen erklärt werden kann, weist die ungarische Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen Konvergenz auf. Sorge bereitete in den vergangenen Jahren die unvermindert hohe Inflationsrate, die sich aufgrund des hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Reallöhne trotz der geldpolitischen Interventionen seitens der Ungarischen Nationalbank nicht in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums senken ließ. Wenn auch die Inflationsrate im Jahr 2005 nur mehr 3,6 Prozent betrug, müssen hierbei kosteninflatrische Aspekte (z.B. Rohstoffpreise) berücksichtigt werden. Für das Jahr 2006 wird allerdings ein Rückgang der Inflationsrate auf nahe 2 Prozent prognostiziert.<sup>11</sup>

Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Ungarn schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur Übernahme des Euro erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mehr als 50 Prozent des BIP) sowie einer permanenten Verschlechterung der Leistungsbilanzposition (das Defizit betrug Ende 2005 7,3 Prozent des BIP) in den Griff zu bekommen. Obwohl Ungarn immer noch ein solides, exportorientiertes Wachstum des realen BIP von ca. 4,5 Prozent in diesem Jahr aufweisen dürfte, hemmt die mangelhafte Konsolidierung das Potenzialwachstum<sup>12</sup>. Bestehende regionale Disparitäten mit hoher Arbeitslosigkeit im Osten und Arbeitskräfteknappheiten im Westen des Landes verstärken den Anpassungsdruck, zumal für Regionalpolitik kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen. Anders als in anderen neuen EU-Ländern, wie bspw. Polen, warteten ungarische Landwirte lange vergebens auf Ausgleichszahlungen aus Brüssel, da die administrativen Voraussetzungen nicht geschaffen worden waren. Mittlerweile mahnen Experten wie

<sup>11</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ARGE, *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006*, S. 23-25.

<sup>12</sup> Vgl. ZOLTÁN FARKAS, *Mutatók és mutogatók*, Heti Világgazdaság (Wöchentliche Weltwirtschaft), Nr. 35, 3.9.2005, S. 8-12.

der Wirtschaftsprofessor László Csaba<sup>13</sup> zu einer strengen Ausgabendisziplin bei den Staatsfinanzen und der Stärkung der Einnahmenseite im Rahmen der EU-Verpflichtungen.

Die Arbeitslosenquote, die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bei einem hervorragenden Wert von unter sechs Prozent lag, könnte bis Ende des Jahres 2006 auf über sieben Prozent steigen. Die Gefahr einer gestiegenen strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei zufrieden stellenden Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Damit würde Ungarn die wirtschaftspolitischen Fehler alter EU-Länder begehen, die man durch konsequente Reformbemühungen immer vermeiden wollte.

### **SLOWAKEI – linker Populismus besiegt liberale Ordnungspolitik**

So wie in den mitteleuropäischen Nachbarstaaten standen auch in der Slowakischen Republik im Juni 2006 richtungweisende Parlamentswahlen an. Bislang hatte die Bevölkerung den rigiden Spar- und Reformkurs der Regierung des wenig populären, ambitionierten Marathonläufers Mikuláš Dzurinda mitgetragen, obgleich die Sparmaßnahmen in der Sozialpolitik vielen sozial Schwachen (darunter hauptsächlich die Roma-Bevölkerung) große Härten auferlegten. Dzurindas Verdienst war nicht nur der EU-Beitritt 2004, sondern auch das Erreichen anhaltend hoher Wachstums- und Investitionsraten. Diese sind das Resultat einer liberalen ordnungspolitischen Konzeption, die auf eine radikale Vereinfachung des Steuersystems (der Einheitssteuersatz für die direkte sowie die indirekte Besteuerung beträgt 19 Prozent) und das Anziehen ausländischer Direktinvestitionen<sup>14</sup> setzte. Durch diese unpopulären Maßnahmen wurde eine Entwicklung in Gang gesetzt, die zu einer Spaltung innerhalb der Bevölkerung in Transformationsgewinner und -verlierer führte. Das erklärte Ziel der Regierungsmannschaft, die Wettbewerbsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft durch die drei grundlegenden Prinzipien Effizienz, Transparenz und Allokationsneutralität (keine Verzerrung wirtschaftlicher Entscheidungen durch das Ausnutzen von Schlupflöchern, Steuerausweichen oder gar Steuerhinterziehung) zu steigern, konnte nur auf Kosten eines Vakuums in der Sozialpolitik erreicht werden.

Genau in diese Lücke konnte der 42 Jahre alte Robert Fico, Vorsitzender der linkspopulistischen Partei Smer (Richtung), stoßen. Im Vorfeld der Wahlen geißelte er mit einem Negativwahlkampf<sup>15</sup> alle Errungenschaften der achtjährigen Regierungszeit Dzurindas als neoliberale Barbarei. Er prangerte die Politik als Ausverkauf des Landes ans Ausland an und erreichte die Stimmen der Unzufriedenen, sodass seine Partei letztlich als stärkste Partei auf 29,1 Prozent der Parlamentssitze kam. Dzurindas Slowakische Demokratische und Soziale Union (SDKU) kam auf 18,3 Prozent. Aufsehen erregte Fico zudem wegen seiner abschätzigen Äußerungen gegenüber der zahlenmäßig bedeutsamen ungarischen Minderheit (ca. 12 Prozent der Bevölkerung von 5,1 Mio. Einwohnern in der Slowakei) sowie der ethnischen Gruppe der Roma. Dem Ausland gegenüber gibt sich Fico als Sozialdemokrat aus und wurde im Wahlkampf von namhaften tschechischen Politikern, darunter Zeman und Paroubek, unterstützt. Um eine tragfähige Regierungskoalition bilden zu können, musste er jedoch ausgerechnet die

<sup>13</sup> Vgl. <http://www.hvg.hu/gazdasag/20061012csaba.aspx> besucht am 13.10.2006.

<sup>14</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 17./18.6.2006, S. 5.

<sup>15</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9.2006, S. 1 sowie S. 12.

rechtsnationale, chauvinistische Slowakische Nationalpartei (SNS) und die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) des früheren Ministerpräsidenten Vladimir Mečiar ins Boot holen. Der Eindruck, dass Fico jedes politische Mittel recht war, um Dzurinda als Ministerpräsidenten erfolgreich zu beerben, hält sich hartnäckig. Populistische Wahlversprechen wie die Rücknahme der liberalen Steuergesetzgebung oder Investitionserleichterungen sowie von Privatisierungsmaßnahmen sollen die unverantwortliche sozialpolitisch orientierte Illusion nähren, Wohlstand dadurch zu schaffen, dass eine scheinbare, wie auch immer geartete Verteilungsgerechtigkeit durch die bloße Schaffung eines „modernen Sozialstaates“<sup>16</sup> hergestellt werde. Die komplexe instabile Parteienlandschaft in der Slowakei unterstützt die These von der mangelnden Konsolidierung der politischen Strukturen in diesem ostmitteleuropäischen Land.

### **Wirtschaftliche Stabilität, jedoch bei hoher Arbeitslosigkeit**

Obwohl fast alle makroökonomischen Indikatoren<sup>17</sup> in eine positive, stabilisierende Richtung deuten, dürfen die Erfolge nicht über die massiven Strukturprobleme in den, zumeist aus der Zeit der ehemaligen ČSSR/ČSFR ererbten Altindustrien sowie in der Landwirtschaft hinwegtäuschen. Die Arbeitslosenquote weist im Jahr 2006 mit ca. 15,5 Prozent den zweithöchsten Wert in der EU auf. Besonders betroffen davon sind schlecht ausgebildete, wenig mobile Arbeitskräfte und vor allem Bewohner der Peripherie (Ostslowakei) und der von der Roma-Bevölkerung bewohnten Gebiete. Parallel zur sozialen gesellt sich für diese Bevölkerungsgruppe eine ökonomische Diskriminierung, die auch die neue Regierung unter dem mittlerweile vereidigten Ministerpräsidenten Fico vor beinahe unlösbare Probleme stellen wird. Darüber hinaus drohen in der Slowakei ebenso wie in Ungarn oder den anderen ostmitteleuropäischen Ländern einschneidende Maßnahmen im Sozialversicherungssektor, insbesondere im Gesundheitssystem, die langfristig betrachtet eher pragmatische, marktbasiertere Lösungen erforderlich machen als nicht einzulösende Versprechungen.

### **TSCHECHIEN – braucht dieses Land eine Regierung?**

Die Tschechische Republik erlebt seit den Parlamentswahlen vom Frühsommer 2006 eine Art Interregnum, allerdings nicht auf dem Prager Hradschin, der größten zusammenhängenden Burganlage der Welt und dem früheren Herrschaftsbereich böhmischer Könige, deutscher Kaiser und nunmehr des tschechischen Staatspräsidenten, sondern im Hinblick auf die Regierungsgeschäfte des Zehnmillionenvolkes. Die permanent beobachtbare parteipolitische Instabilität setzte sich auch in diesem Jahr fort. Als Resultat der Wahlen vom Juni ergab sich eine Pattsituation zwischen dem Mitte-Links- und dem Mitte-Rechts-Lager im Abgeordnetenhaus. 100 der 200 Parlamentssitze erhielten die bis dahin regierenden Sozialdemokraten (ČSSD) unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jiří Paroubek und die Kommunisten. Auf die gleiche Zahl von Sitzen kommt die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) zusammen mit ihren bevorzugten Koalitionspartnern, den Christdemokraten sowie den Grünen. Stärkste Partei wurde die ODS mit 35,4 Prozent der Stimmen, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 32,3 Prozent. Somit entfallen nunmehr auf die ODS 81 Sitze, auf die

<sup>16</sup> Vgl. <http://www.euractiv.com/de/wahlen/slowakei-sozialdemokraten.htm> besucht am 13.10.2006.

<sup>17</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ARGE, *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006*, S. 23 f.

Christdemokraten 13 und die Grünen erhalten sechs Sitze. Die tschechischen Grünen sind die erste ökologisch orientierte Partei, die in einem postkommunistischen Land ins Parlament einziehen. Demgegenüber verfügen die Sozialdemokraten über 74 und die Kommunisten über 26 Parlamentssitze. Keine andere Partei schaffte bei der zweitägigen Wahl den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde ins Parlament.

Auch in Tschechien war der Wahlkampf nicht gerade von demokratischen Sitten geprägt<sup>18</sup>. Eine große Koalition zwischen ODS und ČSSD scheint bislang fast undenkbar. Der Wahlkampf war äußerst aggressiv, und noch am Vorabend beschuldigte der ehemalige Ministerpräsident Paroubek die Konservativen, ihn mit einer Schmutzkampagne um den Wahlsieg gebracht zu haben. Die Vorwürfe gegen Paroubek kamen nicht zufällig vier Tage vor der Wahl ans Tageslicht. Sie reichten von Behinderung der Ermittlungen in Korruptionsfällen bis hin zu sexuellem Missbrauch einer Minderjährigen, sogar eine mittelbare Verbindung zu einem politischen Mord wurde ins Spiel gebracht.

Nachdem der Vorsitzende der ODS Mirek Topolánek von Präsident Václav Klaus mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, konnte dieser keine tragfähige Regierungsmannschaft zusammenstellen, sondern versuchte mit einer Minderheitsregierung wechselnde Mehrheiten zu suchen. Der 50jährige Topolánek versprach im Wahlkampf eine Einheitssteuer von 15 Prozent und massiven Bürokratieabbau. Darüber hinaus kündigte er eine Renten- und eine Gesundheitsreform sowie Einsparungen im Haushalt wegen des exorbitanten Haushaltsdefizits an. Aber sowohl eine Minderheitsregierung mit Duldung durch die Sozialdemokraten als auch eine große Koalition hätten seine ehrgeizigen Pläne für eine umfassende Wirtschafts- und Sozialreform gefährdet. Nach nur wenigen Monaten scheiterte die Regierung Anfang Oktober 2006 an einer Vertrauensabstimmung im Parlament. Das Interregnum ist damit vorläufig beendet, die Pattsituation besteht weiterhin. Neuwahlen im kommenden Juni oder eine, wenig denkbare große Koalition wären die Alternativen. Viele Tschechen würden sowieso viel lieber ein unabhängiges Technokratenkabinett sehen, das aus Fachleuten unterschiedlicher Ressorts besteht, oder aber wegen der seit Jahren andauernden Streitigkeiten und Polarisierungen in den politischen Lagern gänzlich auf eine Regierung verzichten. Würden die bestehenden Gesetze so wie die äußerst verschärfte neue Straßenverkehrsordnung<sup>19</sup> eingehalten werden, gäbe es keinen Anlass für diskretionäres Eingreifen durch die Regierung.



<sup>18</sup> <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5595002,00.html> besucht am 4.6.2006 sowie Neue Zürcher Zeitung, 7.6.2006, S. 3.

<sup>19</sup> Mittlerweile ist Prag wohl diejenige Großstadt in Europa, die den gesittetsten Straßenverkehr aufweist. Aufgrund drastischer Geldbußen und der Androhung des Führerscheinentzugs hat sich der vorher „wilde“ Verkehr stark beruhigt. Auf tschechischen Autobahnen, auf denen die Geschwindigkeitsbeschränkung 130 km/h beträgt, fahren nur besonders Mutige 135 km/h.

### Realwirtschaftliche Integration bei regionalen Disparitäten

Einerseits zeigt die tschechische Volkswirtschaft eine robuste Entwicklung des realen Wachstums bei anhaltender interner und externer Währungsstabilität (die reale Wachstumsrate des BIP 2005 betrug 6,0 Prozent<sup>20</sup>), andererseits muss das Land mit einer zunehmenden regionalen Segregation kämpfen. Abseits der politischen Querelen entwickelt sich seit langem eine starke realwirtschaftliche Integration in den europäischen Kernraum. Gerade für Deutschland ist dabei das hohe Spezialisierungs- und Produktivitätspotenzial der tschechischen Wirtschaft im intra-industriellen Handel interessant, was zu einer deutlichen Intensivierung der Handelsverflechtungen führt.

Dem positiv zu betrachtenden realwirtschaftlichen und monetären sowie weitgehend vollzogenen institutionellen Integrations- und Konvergenzprozess steht die ungenügende fiskalische Konvergenz gegenüber. Erstaunlich ist, dass es dem Prager Ballungsraum nach weniger als 15 Jahren radikaler marktwirtschaftlicher Umgestaltung gelungen ist, ein höheres Wohlstandsniveau in realen Kaufkraftstandards zu erreichen als viele Regionen Ostdeutschlands, Italiens oder Spaniens. Ernstzunehmende Berechnungen, die den aufholenden Wachstumsprozess in den neuen EU-Mitgliedsländern analysieren, gehen davon aus, dass das momentane ökonomische Wohlstandsniveau Tschechiens ca. 73 Prozent des Niveaus der EU ausmacht (EU 25 = 100). Bei einem durchaus realistischen Unterschied in den realen Wachstumsraten, wie er in den letzten zehn Jahren beobachtbar war, würde es „nur“ acht Jahre dauern, bis Tschechien das Durchschnittsniveau der EU(25) erreicht. Diese Berechnung setzt voraus, dass die durchschnittliche reale Wachstumsrate des BIP in Tschechien zwei Prozentpunkte über derjenigen der „alten“ EU (15) liegt<sup>21</sup>.

Auf der anderen Seite muss den politischen Verantwortlichen der mangelnde Wille bescheinigt werden, die fiskalpolitische Konsolidierung, die keinen Selbstzweck an sich, sondern eine zwingende mittelfristige Notwendigkeit darstellt, ernsthaft voranzutreiben. Mit einem Beitritt zur EWWU und der Einführung des Euro kann daher nicht vor 2010 gerechnet werden. Darüber hinaus kämpfen im Gegensatz zu den Wachstumsregionen, die aufgrund ihrer komparativen und durch die Infrastruktur bedingten Vorteile den Großteil der ausländischen Direktinvestitionen absorbieren, Nordböhmen oder Ostmähren mit gravierenden strukturellen Defiziten und Arbeitslosenquoten weit über dem EU-Durchschnitt. Im Landesdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote Mitte 2006 ca. 7,5 Prozent und lag damit weit unterhalb der Werte für die meisten Nachbarländer Tschechiens oder Westeuropas. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation (das Haushaltsdefizit betrug ohne Konsolidierungsfonds 3,6 Prozent des BIP<sup>22</sup>) fehlen wichtige Finanzmittel, um regionalpolitisch stärker aktiv werden zu können. Daher muss sogar mit einer noch stärkeren Zementierung der regionalen Disparitäten bei sich auseinander entwickelnden Regionen gerechnet werden, was zwangsläufig zu Wanderbewegungen führen muss. Neben der dringenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen stellt die regionalpolitische Entwicklung die wichtigste Aufgabe der zukünftigen Regierung dar.

<sup>20</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ARGE, *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006*, S. 23.

<sup>21</sup> Vgl. dazu ausführlicher MICHAEL KNOGLER, *Die wirtschaftliche und soziale Lage in den neuen Mitgliedstaaten der EU*, Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 108 (2/2006), S. 44-50.

<sup>22</sup> Vgl. <http://www.radio.cz/de/nachrichten/83771> besucht am 16.10.2006.

Rudolf A. Mark

## **Kehrt! Auf halbem Weg? – Die Ukraine nach der orangenen Revolution**

Die Begeisterung, mit der in weiten Teilen der Ukraine wie im Westen die „Orangene Revolution“ begleitet wurde, ist längst einer gewissen Enttäuschung, aber auch einer nüchternen Betrachtung der Ereignisse gewichen. Zieht man eine Bilanz jener Revolution und ihrer Folgeerscheinungen, lassen sich zwei wesentliche Beobachtungen konstatieren. Zu den positiven Befunden gehört zweifelsohne das politische Engagement der Bevölkerung der Ukraine, das sich in der Verteidigung demokratischer Verfahren, rechtsstaatlicher Normen und in der Wahl eines Präsidenten manifestiert hat, der für Systemwechsel und eine bewusste Hinwendung zum „normativen“ Europa stand. Damit hat die Ukraine ihren zivilgesellschaftlichen Vorsprung besonders gegenüber den ostslavischen Nachbarn Belarus und Russland deutlich werden lassen.

Die zweite Beobachtung ist weniger erfreulich. Es geht um das mehr als traurige Bild, das die politische Elite, Parteiführer, Parlamentarier und andere Akteure, lieferten, die ungeachtet anders lautender Bekundungen offensichtlich persönliche Ambitionen und Partikularinteressen höher stellen als das nicht zuletzt auch vom gemeinsamen Bemühen von Regierung und Opposition abhängige Gemeinwohl des Landes. Politische Stabilität gehört dazu; aber davon scheint die Ukraine inzwischen wieder weiter entfernt zu sein, als viele Beobachter noch vor Kurzem geglaubt haben mögen.

### ***Die verspielte Revolution !?***

Zunächst ist festzuhalten, dass die „Orangene Revolution“ tatsächlich eine neue Etappe eingeleitet hat. Die demokratische Substanz, welche die ukrainische Gesellschaft durch ihren Widerstand gegen Bevormundung und staatliche Willkürpolitik demonstriert hat, ist nicht wegzudiskutieren und wird auf Dauer Virulenz behalten ungeachtet retardierender Kräfte, wie sie die überkommenen Strukturen und Mentalitäten sowie die politischen Manöver und ökonomischen Interessen der Machtelite nach wie vor darstellen. Anders als in Russland und Weißrussland sind Meinungs- und Pressefreiheit hinlänglich garantiert, werden Verfassungsorgane, demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit sowie deren Raison nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Ihre Akzeptanz hat durch die Ereignisse Ende 2004 zusätzliche Bestätigung und Bestärkung gefunden, wie nicht nur die Parlamentswahlen 2006, sondern auch die politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Lagern gezeigt haben. So scharf die politischen Konflikte auch waren und gegenwärtig weiter sind, Verfassungsbruch, Rechtsbeugung oder Gewaltanwendung gehören zur Vergangenheit. Sie wurden ersetzt durch Interessenaustragung zwischen politischen Gegnern, von politischem Streit und Konfrontation zwischen Regierung und Opposition. Mit der Revolution und der Wahl Juščenkos sind natürlich weder die Transformationsprobleme des Landes noch die parteilichen Orientierungen verschwunden, auch wenn sich nicht wenige der Verlierer zunächst dem Sieger angeschlossen haben. In Erinnerung zu rufen ist hier, dass Juščenko lediglich die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, sein Gegner Janukovyč immerhin von 44 % der Wähler bevorzugt wurde.<sup>1</sup> Dass er als

<sup>1</sup> Dazu SIMON, GERHARD: Revolution in Orange. Der ukrainische Weg zur Demokratie, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 9 (2005) 1, S. 132 f.

Ministerpräsident, den die novellierte ukrainische Verfassung mit entscheidenden politischen Kompetenzen ausstattet, nun als der eigentliche Sieger dasteht, mag man bedauern. Erreicht hat er dieses Amt jedoch in einem transparenten, formalen Verfahren, durch Parlamentsauftrag, und dafür haben die Aktivisten auf dem Majdan nezaležnosti in Kiev auch gekämpft.

Ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis jener Ereignisse ist zudem die Tatsache, dass der demokratische Aufbruch auch der Gesellschaft in der Ukraine ein bürgerliches Selbstbewusstsein verliehen hat, wie es zuvor nicht existiert hatte. Es besitzt zudem eine Strahlkraft, die weit in die ukrainische Nachbarschaft hinein reicht und die dortigen autoritären Regime in Frage stellt. Denn ohne die vorangegangene Revolution in Orange hätte der Widerstand gegen Lukašenkas Diktatur in Belarus weniger Menschen auf die Straßen gebracht. Und es spricht einiges für die Einschätzung, dass „[s]eit der Orangen Revolution...die Angst der Machtelite in Russland und anderen GUS-Staaten vor ähnlichen Aufbrüchen im eigenen Land gewachsen“ ist.<sup>2</sup>

Wie die Entwicklung der vergangenen Monate in der Ukraine gezeigt haben, hat die als „Orangene Revolution“ apostrophierte Erhebung keinen radikalen Wandel der Verhältnisse, keinen wirklichen Systemwechsel gezeitigt. Es wurde zwar das von einer Mehrheit der Bevölkerung längst als unerträglich empfundene Regime Kučma durch einen Führungswechsel abgelöst, nicht aber die Elitenkonstellation und die sie bestimmende Konkurrenz um Einfluss, Macht und ökonomische Interessen. Endgültig von der Bühne abgetreten sind mit dem ehemaligen Präsidenten Leonid Kravčuk (1991-1994) und seinem Nachfolger Leonid Kučma die Repräsentanten der alten, sowjetischen Macht- und Funktionseliten, deren Positionen von einer längst auf ihre Chance wartenden neuen Generation eingenommen wurde. Sie rekrutiert sich überwiegend aus ehemaligen Komsomolfunktionären und Vertretern der neuen liberalen Wirtschaftselite. Zu ihr zählen die charismatische Julija Tymošenko genauso wie der dubiose Rinat Achmetov, der als Präsident des Fußballvereins Šachter Donec'k eine entsprechende Klientel mobilisiert, oder smarte Businessmanager wie Viktor Pinčuk, der sich seit neuestem auch als generöser Kunstmäzen bewundern lässt, um nur die prominentesten zu erwähnen. Ihre Machtbasen bestehen in unterschiedlichen regionalen, teils mafiosen Interessenskartellen, in Zirkeln und Zusammenschlüssen von Wirtschaftsakteuren, Parteiführern und Staatsfunktionären.<sup>3</sup> Der als Präsidentschaftskandidat gescheiterte, aber inzwischen als Premierminister amtierende Janukovyč ist in jenen beheimatet. Er verdankt ihnen seinen Aufstieg. Dazu beigesteuert haben aber auch seine ärgsten Gegner!

### ***Das Scheitern des Projekts „Orange“: 1. Akt***

Das bürgerliche Engagement des Jahres 2004 war ganz wesentlich von den vielfältigen Hoffnungen getragen, dass sich die Verhältnisse in der an massiven Transformationsproblemen und dem Missmanagement des alten Regimes laborierenden

<sup>2</sup> SIMON, G.: Der Wandel autoritärer Systeme. Postkommunistische Volksbewegungen für Demokratie, in: Osteuropa, 7 (2006), S. 86.

<sup>3</sup> Vgl. LINDNER, RAINER: Das Ende von Orange. Die Ukraine in der Transformationskrise, SWP-Studie, S. 20, August 2006, S. 8; ZIMMER, KERSTIN: Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt, in: Die Ukraine unter Präsident Juschtschenko. Auf der Suche nach politischer Stabilität. Hrsg. von HEIKO PLEINES(=Forschungsstelle Osteuropa Bremen Arbeitspapiere und Materialien Nr. 75 – April 2006, S. 24-27.

Ukraine grundlegend ändern würde. Die Rhetorik der Revolutionäre hatte sozusagen eine Zeitenwende signalisiert, einen Ausbruch aus den politischen und ökonomischen Nöten und den Anbruch einer neuen Ära, in der das Land sich in den europäischen Westen reintegrieren und sich sukzessive zu einem Teil dieser Wohlstandsregion wandeln würde. Vor allem in der Westukraine war die Meinung weit verbreitet gewesen, dass mit Juščenkos Wahl das Tor zur Aufnahme und Mitgliedschaft in der EU weit aufgestoßen würde, die „Rückkehr nach Europa“ beschlossene Sache sei.<sup>4</sup> Entsprechend hoch war die Enttäuschung, als sich diese Erwartungen allzu rasch als unerfüllbar erweisen sollten.

In den östlichen und südöstlichen Regionen, der Wählerbasis Janukovyčs, war die Wahrnehmung der Revolution, ihrer Akteure und Ziele dagegen von Anbeginn anderer Natur. Für die dort mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung mit ihrer viel intensiveren und nachhaltigeren Prägung durch sowjetische Werte und Verhaltensmuster musste die „Orangene Revolution“ als ein rein westliches Projekt erscheinen, das zudem als Staatsstreich und bewusster Anschlag der westlichen Gegenwelt perhorresziert werden konnte; und diese Mentalitätslagen wurden von Janukovyč und dessen Lager auch bewusst instrumentalisiert. Gemäß Erhebungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine waren im März 2005 rund 65 % der Befragten in den östlichen Regionen der Meinung, dass die „Orangene Revolution“ nicht anderes als ein Staatsstreich gewesen sei. Eine Mehrheit war darüber hinaus überzeugt, dass die Unterstützung des Westens eine große Rolle gespielt habe.<sup>5</sup> Entsprechende Behauptungen waren schon relativ früh vor allem in den russischen Medien verbreitet worden, die dabei auch vor dem Gebrauch von Invektiven nicht zurückschreckten. So war etwa Mitte Oktober 2004 zu lesen, dass der amerikanische Kongress dem Wahlkampfstab Juščenkos 13,5 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt habe. Dieser wurde zudem als „gemietetes Subjekt“ bezeichnet, das sich nach einem möglichen Wahlsieg im Sinne westlicher Interessen manipulieren lassen würde.<sup>6</sup> Ungeachtet kritischer Stimmen, die auch in den Medien Russlands durchaus zu Wort kamen, und vor Übertreibungen und falschen Wahrnehmungen der Ereignisse in Kiev warnten,<sup>7</sup> lieferte doch die aus dem Westen gekommene Unterstützung den Stoff für Theorien, dass der Widerstand auf dem Majdan letztendlich vom Westen, vor allem von Amerika aus inszeniert worden sei. Tatsächlich sind erkleckliche Summen aus den USA, von der Soros-Stiftung und aus anderen Quellen in Höhe mehrerer zig Millionen an ukrainische NGOs geflossen.<sup>8</sup> Sie allein hätten aber schwerlich den Wechsel herbeiführen können. Wäre es lediglich auf die materielle Unterstützung angekommen, hätten die Vorteile viel eher bei Janukovyč und seinem Lager gelegen. Wurden sie doch von Russland nach Schätzungen russländischer Medien mit Summen in einer Größenordnung von ca. 200 Millionen Dollar aus öffentlichen und privaten Mitteln subsidiert.<sup>9</sup>

<sup>4</sup> Vgl. LANE, DAVID: Was kommt nach der Orangenen Revolution?, in: Ebd., S. 9.

<sup>5</sup> Ebd., S. 13.

<sup>6</sup> Vgl. BOGDANOV, VLADIMIR: Prezidentskij gopak, in: Rossijskaja gazeta, 19. 10.2004.

<sup>7</sup> Vgl. Novosti. Oranževye, no ne verbljudy. Irina Petrovskaja v gazete "Izvestija", 3 dekabnja 2004 g., <http://www.yavlinsky.ru/news/index.phtml?id=1958> (30.3.2006); GORINA, I.; BOGDANOV, VL.: Bot takaja Ukraina, in: Rossijskaja gazeta, 28.12.2004.

<sup>8</sup> SCHULLER, KONRAD: Der Westen und die Revolution im Osten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2005.

<sup>9</sup> FISCHER, SABINE: Russland und die Ukraine. Fehlkalkulation oder neoimperialer Impuls?, in: Osteuropa, 1 (2005), S. 68.

Wie dem auch gewesen sein mag, die hohen Erwartungen im Westen sowie die im Osten weit verbreitete und durch entsprechende Agitation weiter verstärkte Aversion gegen das Demokratisierungs- und gesellschaftliche Modernisierungsprojekt von Orange bildeten von vornherein Hürden, die von Juščenko und seinen Mitstreitern nur in einem Akt gemeinsamer Anstrengung und kluger Ressourcennutzung zu überwinden gewesen wären. Aber beides war, wie rasch deutlich wurde, nicht der Fall. Die Hauptakteure Juščenko und Tymošenko verfolgten jeweils eigene Wege, so dass das „Traumpaar“ der osteuropäischen Transformation<sup>10</sup> nach zermürbenden Auseinandersetzungen schließlich nur noch das Scheitern ihres gemeinsamen Vorhabens konstatieren konnten.

Dass es dazu gekommen ist liegt zu einem hohen Grad auch in der Verschiedenheit der beiden Protagonisten, die unterschiedliche Herkunft und politische Sozialisierung, ganz eigene Karriereverläufe, aber auch gegensätzliches Temperament trennen. Während dem neuen Präsidenten nach seiner Wahl vor allem daran lag, die aufgerissenen politischen Gräben möglichst rasch zuzuschütten, die ehemaligen Gegner soweit wie möglich für ein gemeinsames Programm zur Beruhigung und Konsolidierung der prekären politischen Situation zu gewinnen, stand seiner blonden Mitstreiterin der Sinn nach anderem. Sie wollte sozusagen den Schwung der gerade erst begonnenen Revolution nutzen, um die bekämpften Strukturen zu beseitigen und deren Nutznießer in einem möglichst kurzen Prozess zur Rechenschaft zu ziehen. Konkret ging es ihr darum, die Raubprivatisierungen der Kučma-Zeit durch erneute Privatisierungsaktionen zum Nutzen der Staatskasse zu revidieren, aber auch darum, den Gegnern von Orange damit die ökonomische Basis zu entziehen. Außerdem sollten die für die Wahlfälschungen direkt verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und abgestraft werden.<sup>11</sup> Allerdings kollidierten Tymošenkos radikale Vorstellungen von Anbeginn an mit der Strategie Juščenkos, der ausländische Investoren nicht durch zu rigides staatliches Eingreifen abschrecken wollte. Er setzte zudem auf strikt formalrechtliche und verfassungskonforme Verfahren, um jeden Anschein von Rachezug zu vermeiden und die bestehenden Fronten nicht weiter zu verhärten. Auch ihre 2005 als Regierungschefin betriebene staatliche Interventionspolitik demonstrierte Tymošenkos eher auf Spontaneität denn auf durchdachte Planung basierende Politik, die zudem an das Regierungsmuster vergangener Zeiten erinnerte. Auch insofern unterschied sie sich von dem viel moderneren, weil sich politisch wie wirtschaftlich explizit zum „normativen Europa“ bekennenden Partner Juščenko.

Dessen erstes Amtsjahr war von wenig guten Sternen begleitet. Zunächst schienen die ersten Schritte die auf die neue Macht gesetzten Hoffnungen zu bestätigen und einen tatsächlichen Systemwechsel zu signalisieren. Nachdem Juščenko am 23. 1. 2005 die Präsidentschaft angetreten hatte, wurde seine Mitkämpferin Julia Timošenko am 4. 2. 2005 von der Verchovna Rada mit der überzeugenden Mehrheit von 373 von 450 Stimmen zur Ministerpräsidentin gewählt.<sup>12</sup> Sie stand nun einem Kabinett vor, das sich deutlich von der letzten Regierungsmannschaft der Kučma-Zeit unterschied; vor allem auch deshalb, weil ihm keine Vertreter der östlichen Regionen, d. h. kein einziger Repräsentant des Janukovyč-Lagers mehr angehörten. Die meisten Minister wurden von

<sup>10</sup> LINDNER, Das Ende, S. 9.

<sup>11</sup> Über J. Tymošenko und ihren biographischen Hintergrund POPOV, DMITRI; MILSTEIN, ILJA: Julia Timoschenko. Die Zukunft der Ukraine nach der Orangen Revolution. Köln 2000.

<sup>12</sup> Keesing's Record of World Events 2005, S. 46476.

dem Koalitionsblock „Naša Ukrajina“ (Unsere Ukraine) und drei von der die „Orangene Revolution“ unterstützenden Sozialistischen Partei der Ukraine gestellt. Parallel dazu erfolgte eine Neubesetzung der regionalen Exekutiven, indem Juščenko alle Gebietsgouverneure ersetzte und die Verwaltungsspitzen bis auf Kreisebene hinab austauschte. Auch die Polizei und zahlreiche innere Dienste wurden dieser Kaderrotation unterzogen.<sup>13</sup> Es waren dies auch erste Versuche, Korruption und Amtsmissbrauch zu bekämpfen sowie zahlreiche überflüssige bürokratische Einrichtungen in den Staatsstrukturen abzubauen, wie eines von Juščenkos Wahlversprechen lautete. In seinem Aktions- und Regierungsprogramm „Zehn Schritte auf die Menschen zu“<sup>14</sup> rangierten zudem Erklärungen, fünf Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und der sozialen Sicherung der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, an zentraler Stelle. Tatsächlich wurden dann im laufenden Haushaltsjahr 2005 die Sozialleistungen in Form von Kindergeld, Erhöhung der Mindestrente und anderer materieller Verbesserungen um beachtliche Beträge angehoben. So stiegen etwa die Gehälter der zahlreichen Staatsangestellten sogar um durchschnittlich 57 %.<sup>15</sup> Die Einlösung dieser Wahlversprechen bedeutete aber auch, dass damit mehr als 70 % des Staatshaushaltes 2005 für Sozialleistungen ausgegeben wurden, d. h. die Ukraine weit über ihre Verhältnisse lebte.<sup>16</sup>

Direkte Folge war eine sich rasch beschleunigende Inflation, durch welche die gerade erst gewonnene Kaufkraft rasch wieder aufgezehrt wurde. Außerdem konnten aufgrund der Konflikte, die bald nach Regierungsantritt die orangenen Koalitionäre zu entzweien begannen, die übrigen angekündeten Reformmaßnahmen weder in Angriff genommen noch umgesetzt werden. Einen eher punktuellen Erfolg konnte die Regierung allerdings dank der Neuausschreibung und des Verkaufs des vom Staat wieder eingezogenen Stahlwerks Kryvorizstal<sup>7</sup> verbuchen, der die Staatskasse um 4,8 Milliarden US-Dollar bereichert hat. Als einem Akt staatlicher Einmischung in die Sphäre der Privatwirtschaft haftet dieser Aktion aber auch ein Ruch rechtlicher Dubiosität an. Darüber hinaus blieb die Überprüfung der Raubprivatisierungen in bescheidenen Ansätzen stecken.<sup>17</sup> Weitere Vorhaben sollten eine weitgehende Budget-, Verwaltungs- und Steuerreform, eine Erneuerung des Gesundheits- und Bildungswesens sowie die Modernisierung der Streitkräfte umfassen. Auch ihr Ausbleiben sowie die zunehmenden Parteienstreitigkeiten trugen wesentlich dazu bei, dass die Chancen, die die ökonomische Erholung der vergangenen Jahre geboten hatte, vertan wurden und sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes massiv verschlechtert hat. So fiel die Zuwachsrate des BIP auf 2,6 %, nachdem sie sich im Vorjahr noch auf 12,1 % belaufen hatte. Auch die Dynamik der ausländischen Direktinvestitionen scheint sich nach vorläufigen Angaben für 2006 erheblich vermindert zu haben.<sup>18</sup>

Der wenig erfolgreichen Reformpolitik entsprachen die aus Konkurrenzsituationen, Partikularinteressen und persönlichen Ambitionen resultierenden Friktionen und

<sup>13</sup> SIMON, *Revolution in Orange*, S. 135.

<sup>14</sup> Prohrama kandydata na post prezidenta Ukrajiny Juščenka Viktora Andrijovyča, <http://www.yuschenko.com.ua/ukr/Future/206>.

<sup>15</sup> SIMON, *Revolution in Orange*, S. 139.

<sup>16</sup> LINDNER, *Das Ende*, S. 9.

<sup>17</sup> Vgl. PLEINES, HEIKO: Privatisierungsauktionen zwischen Manipulationen, Skandalen und Renationalisierung, in: *ukraine-analysen*, Nr. 8, 23.05.2006, S. 5 f., <http://www.ukraine-analysen.de/pdf/2006/UkraineAnalysen08.pdf>

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 15.

Konflikte, die das Regierungslager spalteten und dessen politische Handlungsfähigkeit lähmten. Den Hintergrund lieferte zunächst die Konkurrenz um Kompetenzen und Entscheidungsmacht zwischen der von Tymošenko geleiteten Regierung, dem Sekretariat des Präsidenten sowie dem Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung. Ihre Leiter waren nicht weniger selbst- und machtbewusst als die Premierministerin, die nicht bereit war, ihre revolutionär erworbene und vom Parlament sanktionierte Macht mit anderen zu teilen.<sup>19</sup> Gegenseitige Korruptionsvorwürfe und Intrigen führten schließlich zu spektakulären Rücktritten und veranlassten Juščenko am 8. September 2005, Tymošenko und ihr Kabinett zu entlassen. Zum neuen Premierminister wurde ein enger Vertrauter des Präsidenten, Jurij Jechanurov, ernannt, der allerdings erst im zweiten Anlauf am 22. September von der Verchovna Rada bestätigt wurde.

Eine Parlamentsmehrheit für den neuen Regierungschef war aber erst zusammengekommen, nachdem sich Juščenko mit Viktor Janukovyč darüber verständigt hatte, die Wahlfälscher des Jahres 2004 nicht weiter strafrechtlich verfolgen zu lassen.<sup>20</sup> Damit war der Präsident dem Oppositionsführer sehr weit entgegengekommen und das Projekt Orange praktisch ad acta gelegt worden. Ob den einstigen Helden der Revolution rein opportunistische Überlegungen, der Wille, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, geleitet hatten oder ob es sich nur um einen strategischen Teilrückzug handelte, bei dem das Ziel, mit den anstehenden Parlamentswahlen eine neue Chance zur partiellen Restituierung von Orange zu erhalten, sein Handeln bestimmte, ist nicht wirklich zu klären. Ex eventu betrachtet spricht allerdings einiges für die letztere Vermutung.

### ***Das Scheitern von Orange: 2. Akt***

Das Kabinett Jechanurov konnte nur eine Übergangsregierung darstellen, weil die anstehenden Parlamentswahlen ihre Schatten vorauswarfen und die bisherigen Akteure ja keineswegs von der politischen Bühne verschwunden waren. Zu den dramatis personae konnte man auch weiterhin Russlands Präsidenten Putin und dessen politische Exekutoren zählen, die alle ihnen zu Gebote stehenden Möglichkeiten nutzten, um der Kiever Regierung Probleme zu bereiten und in der Ukraine ein Exempel russländischer Realpolitik zu statuieren.<sup>21</sup> Bereits im Juni 2005 hatte Gazprom Preiserhöhungen für Erdgaslieferungen angekündigt, für die ab 1. Januar 2006 statt der bisherigen 50 US-Dollar künftig 160 US-Dollar/ pro 1000 m<sup>3</sup> berechnet werden sollten. Nachdem dann die Ukraine mit Erhöhung der Transitgebühren gedroht hatte und bis Dezember keine Einigung erreicht worden war, erhöhte Russland den geforderten Preis auf 230 US-Dollar und stellte darüber hinaus zum Jahresbeginn 2006 alle Lieferungen ein. Da Kiev durch eigenmächtige Entnahmen aber kurzfristig den Erdgastransit in den Westen drosselte, musste Gazprom Kompromissbereitschaft zeigen und den Ukrainern mit einem Preis von 95 US-Dollar entgegenkommen.<sup>22</sup> Die Ukraine hatte nun viel günstigere Bedingungen erreicht als die meisten anderen Klienten von Gazprom. Lediglich Lukašenkas Weißrussland wird zu geringeren Preisen beliefert, ein Sonderfall,

<sup>19</sup> Siehe auch LINDNER, Das Ende, S. 10.

<sup>20</sup> Ebd., S. 8

<sup>21</sup> LUDWIG, MICHAEL: Der politische Gaspreis, FAZ, 10. 12. 2005.

<sup>22</sup> Über die Hintergründe und Details der Einigung siehe: PLEINES, H.: Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen, in: HEIKES, Die Ukraine unter Juščenko, S. 45 f.; GÖTZ, ROLAND: Die wirtschaftliche Seite des Gaskonflikts, in: ebd., S. 47.

da das weißrussische Pipelinesystem sich bereits im Besitz des russländischen Erdgasmonopolisten befindet und Moskau nicht erst seit dem Unionsvertrag vom Dezember 1999 mit Minsk Sonderbeziehungen unterhält.

Mit der vertraglichen Einigung am 4. Januar 2006 war das Thema in der Ukraine aber keineswegs vom Tisch. Juščenkos Gegner, allen voran Julija Tymošenko, nutzten den Gaskonflikt für heftige Ausfälle gegenüber der Regierung und deren Verhandlungsführung. Anlass boten die vielen offenen Fragen der Vereinbarung, auf welche die verantwortlichen Politiker kaum schlüssige Antworten geben konnten. Vor allem die Rolle des als Zwischenhändler am Vertragsabschluss beteiligten Gastransitunternehmens ROsUkrEnergo und dessen undurchsichtige Eigentumsverhältnisse<sup>23</sup> erhitzen die Gemüter in Kiev auf das Heftigste. Beispielsweise ließ der Bürgermeister der Hauptstadt, Omelčenko, sogleich verlauten, dass er die Preiserhöhungen nicht akzeptieren könne und daher auch nicht zahlen werde, während die gestürzte Regierungschefin die Ablösung der zuständigen Minister sowie die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses forderte. Um sich angesichts der kommenden Parlamentswahlen als Verteidigerin nationaler Interessen in Szene zu setzen, aber sicherlich auch, um sich für ihre Amtsenthebung zu rächen, initiierte sie darüber hinaus den Sturz der Regierung. So wurden Jechanurov und sein Kabinett am 10. Januar mit den Stimmen des Tymošenko-Blocks, der Partei der Regionen Janukovyčs, der Kommunisten und anderen oppositioneller Abgeordnetengruppen<sup>24</sup> in einem rechtlich etwas zweifelhaften Verfahren<sup>25</sup> abgewählt, führten aber bis zu den März-Wahlen die Amtsgeschäfte provisorisch weiter.

Was durchaus Züge von Herostratum hatte, war auch ein Versuch Tymošenkos, sich demonstrativ von dem wenig Entschlossenheit zeigenden und zu kompromissbereiten Präsidenten Juščenko und seiner Regierung abzusetzen, um so zumindest den Teil der Wählerschaft zu mobilisieren, dem an einem echten Systemwechsel im Sinne des orangenen Projektes gelegen war. Juščenko hatte diese Anhängerschaft inzwischen verloren, wie die Parlamentswahlen dann auch zeigen sollten. Dagegen durfte sich Julija Tymošenko als eigentliche Siegerin des Urnengangs betrachten.<sup>26</sup>

Die Parlamentswahlen am 26. März 2006 waren unter mehreren Aspekten von erheblicher Bedeutung für Staat und Gesellschaft des Landes. Zunächst haben ihr reibungsloser Verlauf sowie eine Wahlbeteiligung von 68,34 % ein weiteres Mal die Akzeptanz demokratischer Institutionen und die Beachtung demokratischer Gepflogenheiten in der Ukraine unter Beweis gestellt. Selbst die kritischsten Beobachter der GUS konnten keine wirklich gravierenden Verstöße nachweisen.<sup>27</sup> Die Wahlen markierten zudem insofern eine besondere Zäsur, weil mit dem 1. Januar 2006 neue Verfassungsbestimmungen in Kraft getreten waren, die mit der Einführung des Verhältniswahlrechts und einer 3 % Hürde die in der Verchovna Rada vertretenen Parteien und Blöcke reduzierten und durch zahlreiche Einschränkungen die Kompetenzen des Präsidenten zu Gunsten von Parlament und Regierung reduzierten. Da

<sup>23</sup> Vgl. KUSZNIR, JULIA: RosUkrEnergo, in: PLEINES, Die Ukraine unter Juschtschenko, S. 53 f.

<sup>24</sup> Vgl. WACHSMUTH, RALF: Die ukrainische Regierung stolpert über das Gasabkommen mit Russland, [http://www.kas.de/proj/home/pub/47/1/year-2004/dokument\\_id-7856/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/47/1/year-2004/dokument_id-7856/index.html).

<sup>25</sup> LINDNER, das Ende von Orange, S. 9.

<sup>26</sup> KUZIO, TARAS: Die freien Wahlen in der Ukraine und der Kamikaze-Präsident, in: PLEINES, Die Ukraine unter Juschtschenko, S. 29; SCHNEIDER-DETERS, WINFRIED: Freie Wahl, große Qual. Oranger Pyrrhussieg in der Ukraine?, in: Osteuropa, 5 (2006), S. 63.

<sup>27</sup> SCHNEIDER-DETERS, Freie Wahl, S. 60.

zunehmend der Regierungschef weitgehend unabhängig vom Präsidenten nur noch dem Parlament gegenüber verantwortlich ist, spielt er im Machtgefüge der Verfassungsorgane und in der Exekutive eine viel größere Rolle als die Amtsinhaber zuvor. Somit ging es nun auch darum, wer künftig neben Juščenko Programm und Ausrichtung der ukrainischen Politik bestimmen würde. Nach den Wahlergebnissen:<sup>28</sup>

Partei der Regionen	32,14 % (186 Sitze)
Block Julija Tymošenko	22,29 % (129)
Block „Naša Ukrajina“	13,95 % (81)
Sozialistische Partei der Ukraine	5,69 % (33)
Kommunistische Partei der Ukraine	3,66 % (21)

konnte zunächst kein Zweifel bestehen: Die orangene Koalition hatte die eindeutige Mehrheit. Janukovyčs Partei der Regionen war zwar nominell Einzelsieger geworden, aber weniger erfolgreich als erwartet.

Wer nun gehofft hatte, die „Orangenen“ würden die neue Chance nutzen, sah sich schnell eines Besseren belehrt. Die nach wie vor bestehenden Friktionen, Partikularinteressen und persönliche Ambitionen der möglichen Koalitionäre erschwerten auch dieses Mal wieder die Regierungsbildung. Während Julija Tymošenko als Führerin des erfolgreichsten Blockes von Orange das Amt des Ministerpräsidenten für sich beanspruchte, hielt Juščenko an seinem bisherigen Premier Jechanurov fest, nicht zuletzt auch deshalb, weil für viele der ihm nahe stehenden „orangenen бизнесmeni“ Tymošenko und ihr interventionistischer Regierungsstil inakzeptabel, weil geschäftsschädigend, sind.<sup>29</sup> Nach langen, die Akteure zermürenden Verhandlungen schien schließlich am 21. Juni eine Einigung erreicht und eine Koalition aus „Unsere Ukraine“, Tymošenko-Block und Sozialisten möglich.<sup>30</sup> Sie scheiterte in letzter Minute, auch weil der Vorsitzende der Sozialisten O. Moros sich der Einbindung in die Koalitionspflicht verweigerte und sich zum Parlamentspräsidenten wählen ließ - ganz offenkundig in Absprache mit dem Janukovyč-Lager. So mussten die politischen Karten neu gemischt werden, um schließlich eine Koalition aus Partei der Regionen, Sozialisten, Kommunisten und „Unsere Ukraine“ zum Zuge kommen zu lassen. Sie bildete nach der gemeinsamen Unterzeichnung eines „Universals der nationalen Einheit“ durch die Parteiführer und mit der Wahl Janukovyčs am 4. August zum Premier die neue Regierung der Ukraine.<sup>31</sup> Damit war Janukovyč zum eigentlichen Sieger geworden, das Projekt „Orange“ zerschlagen und deren blonde Vorkämpferin wieder auf der Oppositionsbank angekommen.

Wie lange die neue Regierung Bestand haben wird, ist schwer vorherzusagen. Ihre im Universal der nationalen Einheit niedergelegten Ziele und Handlungsanleitungen sind so umfangreich wie allgemein. Einerseits soll die europäische Integration der Ukraine fortgesetzt, aber auch die Kooperation zur Vollendung des Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Russland, Weißrussland und Kasachstan vorangebracht werden. Über einen möglichen NATO-Beitritt soll ein Referendum entscheiden. Unter den

<sup>28</sup> Vybory narodnych deputativ,  
<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2006/W6P0022?PT001F01=600&PMENU=0>

<sup>29</sup> Vgl. SCHNEIDER-DETERS, Freie Wahl, S. 67.

<sup>30</sup> Vgl. WACHSMUTH, RALF; DREWELOWSKY, ANDRÉ: Orangeses Déjà-vu- Timoschenko soll erneut ukrainische Regierungschefin werden. Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew, 26. Juni 2006.

<sup>31</sup> Vgl. dazu ausführlicher Lindner, das Ende von Orange, S. 24-26.

innenpolitischen Aufgaben werden praktisch alle denkbaren Handlungsfelder aufgelistet, aber auch ein stetes Wachstum des BIP von jährlich mindesten 5% sowie die Bereitstellung von einer Million neuer Arbeitsplätze pro Jahr genannt.<sup>32</sup> Wie dies konkret zu erreichen wäre, darüber schweigt dies Dokument. Dessen Umsetzung wird jedoch die Anstrengung aller Beteiligten erfordern. Und derer kann sich Janukovyčs Lager nicht wirklich sicher sein. Bereits Anfang Oktober haben sich in der Fraktion von „Unsere Ukraine“, die im August der Wahl Janukovyčs zum Ministerpräsidenten mehrheitlich die Zustimmung verweigert hatte<sup>33</sup>, Stimmen erhoben, die den Rückzug aus der Koalition forderten. Offenkundig auch deshalb, weil sie als Teil der Opposition von der Pflicht entbunden wären, vom Präsidenten eingelegte Vetos in der Rada überstimmen zu müssen. Das einzige Instrument, das Juščenko verblieben ist, direkten Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Staat und Gesellschaft der Ukraine stehen auch weiterhin schwere Auseinandersetzungen um den Weg zwischen Ost und West bevor.

<sup>32</sup> Übersetzung aus dem Ukrainischen: Pakt der Nationalen Einheit., in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew, 10. August 2006, S. 10-12.

<sup>33</sup> WACHSMUTH, R.; DREWELOWSKY, A.; LUFWIG, MICHAEL: Totgesagte leben länger – Viktor Janukowytch ist wieder an der Macht, in: ebd., S. 1.

*Elżbieta Maćzyńska*<sup>1</sup>

## **Der zivilisatorische Umbruch und die Wirtschaftsordnung**

### **Zusammenfassung**

Die Autorin beschäftigt sich in ihrem Aufsatz mit den Auswirkungen des durch die Globalisierung hervorgerufenen zivilisatorischen Umbruchs auf die Gestaltung einer Wirtschaftsordnung, die sowohl wirtschaftliche Prosperität als auch eine angemessene Sozialpolitik effizient miteinander verbinden könnte. Während sie neoliberalen Vorstellungen eine klare Absage erteilt, knüpft sie ihre Hoffnungen an das Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings gibt sie in diesem Kontext zu Bedenken, dass dieses weiterhin erfolgversprechende Modell angesichts gravierender globaler Veränderungen auch an die sich verändernden Bedingungen des Funktionierens der Weltwirtschaft angepasst werden muss.

### **Einleitung**

Eine der charakteristischen Eigenschaften der gegenwärtigen Marktwirtschaft ist einerseits eine beispiellose Dynamik der Veränderungen und des technologischen Fortschritts, andererseits ein unausgeglichenes Wirtschaftswachstum sowie sich vertiefende Disproportionen und gesellschaftliche Spannungen sowohl auf globaler als auch lokaler und Länderebene. Der Fortschritt in der Wirtschaft geht in vielen Ländern nicht mit dem sozialen Fortschritt und der Verbesserung der Lebensqualität einher, was unter anderem durch das Ansteigen von Risiken und Unsicherheiten zum Ausdruck kommt. Die spektakulärsten Anzeichen für diese Entwicklung sind die weltweit steigende Arbeitslosigkeit und Armut (bei gleichzeitiger Konzentration des Reichtums) sowie – in einigen Ländern - das Ungleichgewicht der Beziehungen zwischen der Rolle des Staates und der Macht supranationaler Korporationen, was von einer weltweiten Welle von Unternehmenszusammenbrüchen begleitet wird. Diese Liste wird durch die steigende Bedrohung für die Umwelt und ihr Gleichgewicht sowie verschiedene andere Pathologien in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik begleitet, wobei besonders jene Konflikte, die sich aus der zivilisatorischen Unterschieden und der extremen Differenziertheit der Welt ergeben, besonders bedrohlich erscheinen.

Charakteristisch ist deshalb, dass trotz verschiedener auf globaler Ebene unternommener Anstrengungen, die auf eine Abschwächung der Disproportionen und Anomalien in der Wirtschaft zielen, sich bisher kein einziges Land rühmen konnte, in Gänze befriedigende und nachhaltige Lösungen für diese Probleme zu liefern. Obwohl es gegenwärtig weltweit eine Vielzahl von supranationalen und lokalen Programmen gibt, die auf ein ausgeglichenes Wachstum, die soziale Verantwortung der Wirtschaft, die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit zielen, so sind die Ergebnisse bescheiden, und es kommt vor, dass sie das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt wurde. Ein Beispiel dafür ist die Arbeitsmarktsituation, wo widersprüchliche Tendenzen in Erscheinung treten. Einerseits zielen die Staatsregierungen in ihrer Politik auf die Eindämmung der Arbeitslosigkeit ab sowie auf die Stimulierung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, während sie andererseits die Reduktion von Beschäftigung als die Grundlage für die Kostensenkung und die Stärkung ihrer Marktposition betrachten. Dies wird im übrigen von einem enormen technologischen Fortschritt begleitet, der ein

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Elżbieta MAĆZYŃSKA ist Vorsitzende der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft PTE

ungebremstes Wachstum der Produktivität ermöglicht. Gleichzeitig haben wir es mit starken Disproportionen hinsichtlich der Arbeitsbelastung zu tun. Auf dem Arbeitsmarkt haben wir es mit dem Phänomen der Bipolarität zu tun. Es wächst die Masse überarbeiteter, über das Maß beschäftigter Menschen, wobei gleichzeitig immer mehr Menschen gar keine Arbeit haben.

Dies spiegelt sich unter anderem in der weltweiten Fachliteratur wider, in der die Wirtschaftspolitik nicht nur unter Berücksichtigung ihrer lokalen, sondern auch ihrer supranationalen, globalen Reichweite kritisiert wird. Man verweist auf die Notwendigkeit der Neubewertung und Revision einiger alter Theorien, die in der veränderten und sich ständig verändernden Wirklichkeit an Aktualität verloren haben. P. SAMUELSON weist unter anderem darauf hin, dass die Theorie der komparativen Kosten ihre Aktualität verloren habe, M. FRIEDMAN wiederum, der Guru der Monetaristen und Konservativen, verliert im Hinblick auf die aktuelle Richtigkeit seiner Theorien an Sicherheit, indem er einräumt, dass er sich geirrt habe und dass „die Behandlung des Geldangebots, als übergeordnetes Ziel und Prinzip, das die ökonomischen Entscheidungen reguliert, sich nicht in Gänze erfüllt habe. Ich bin nicht sicher, ob ich heute diese Einsicht so uneingeschränkt vertreten würde wie einst“.<sup>2</sup> Die sich deutlich abzeichnende Veränderung in den Ansichten der Theoretiker findet in den Publikationen so hervorragendes Wirtschaftswissenschaftler wie G. BACKER, J. STIGLITZ, John Kenneth GALBRAITH und anderen ihre Widerspiegelung.<sup>3</sup>

Generell wird in wissenschaftlichen Diskussionen zum Thema von Lösungen, die eine Abschwächung der sozioökonomischen Spannungen und Ungleichgewichte ermöglichen sollen, auf die Notwendigkeit der Umgestaltung der Grundsätze der Wirtschaftsordnung und auf das Versagen der liberalen Doktrin – als theoretischer Basis für verschiedene Konzeptionen der Wirtschaftspolitik in kapitalistischen Marktwirtschaften – verwiesen.<sup>4</sup> Nicht nur in Westeuropa, sondern auch in den USA gewinnt die These von der fortschreitenden „Erosion der liberalen Doktrin“ an Popularität.<sup>5</sup> Diese Doktrin wird auch in denjenigen Ländern kritisiert, in denen sich eine Transformation der Gesellschaftsordnung vollzieht. Ein Beispiel unter anderen ist Polen, wo, trotz der einst dominierenden und die Transformation geradezu unkritisch begleitenden Faszination durch die Ideen des Liberalismus, gegenwärtig die Kritik an ihnen wächst. Die Faszination für die Ideen des Liberalismus in Ländern, in denen sich die Systemtransformation vollzieht, kann im übrigen als recht natürliche und nachvollziehbare Erscheinung gelten, wenn man den Kontrast dieser Ideen zu den Prinzipien der vorangegangenen Ordnung, der zentral gesteuerten Planwirtschaft berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund lassen sich zumindest drei Grundsatzfragen formulieren: Erstens, die Frage im Hinblick auf die fundamentalen Ursachen für das global und lokal wachsende wirtschaftliche Ungleichgewicht, die sozialen Spannungen und die Armut, und das, obschon wir es mit einer beispiellosen Zunahme der Produktivität zu tun haben.

<sup>2</sup> „Spowiedź monetarysty“. In: *Forum*, 30. 6. 2003, S. 26 (Interview mit M. FRIEDMAN)

<sup>3</sup> J. K. GALBRAITH: *Gospodarka niewinnego oszustwa. Prawda naszych czasów*. Warszawa 2005; J. E. STIGLITZ: *Globalizacja*. Warszawa 2004.

<sup>4</sup> E. MACZYŃSKA: „Słabnące tempo wzrostu w gospodarce światowej“. In: *Ekonomista*, 5, 2003, S. 655.

<sup>5</sup> Z. SADOWSKI: „O ustroju społeczno-gospodarczym“. In: RSSG, Raport nr. 22. Warszawa 2003.

Zweitens, die Frage nach den ursprünglichen Ursachen für die veränderten Ansichten hinsichtlich der Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Drittens, die Frage, welche Wirtschaftsordnung unter den aktuellen Bedingungen zur Eindämmung unerwünschter sozioökonomischer Disproportionen und zur Stimulierung eines anhaltenden, ausgeglichenen Wirtschaftswachstums beiträgt?

Im vorliegenden Artikel wird davon ausgegangen, dass eine der grundsätzlichen Barrieren im Hinblick auf Veränderungen, die auf ein ausgeglichenes Wachstum und eine Eindämmung gesellschaftlicher Spannungen zielen, die Nichtanpassung der Prinzipien der Wirtschaftsordnung an die Anforderungen des neuen zivilisatorischen Paradigmas ist, an den sich vollziehenden zivilisatorischen Umbruch, der seinen Ausdruck darin findet, dass die industrielle Zivilisation durch eine Zivilisation des Wissens verdrängt wird, eine Zivilisation der virtuellen Wirtschaft, die sich extrem von ihrer Vorgängerin unterscheidet.

Die Analyse der wachsenden Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit ungünstigen sozioökonomischen Erscheinungen sowie die Ineffizienz konventioneller Konzepte, lässt die Hypothese plausibel erscheinen, dass auch die Ursachen, die auf fundamentalen zivilisatorischen Veränderungen basieren, unkonventionell sind. Dagegen versuchen sowohl Politiker als auch Manager die auftretenden Probleme zu lösen, indem sie bewusst oder unbewusst und in unzureichendem Maße die modernen Trends und Anforderungen der Wirtschaft, die sich aus dem zivilisatorischen Umbruch ergeben, unberücksichtigt lassen.<sup>6</sup>

### **Die Dysfunktionalität traditioneller Wirtschaftsstrukturen unter den Bedingungen des zivilisatorischen Umbruchs**

Jede Zivilisation hat ihr Modell der Wirtschaftsordnung, der institutionellen Infrastruktur, der Rechtsorganisation, der Bildungspolitik, ihr eigenes Modell in den Bereichen Beschäftigung, Regierung, Familie und Konsumption. Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Entwicklung sowie die entscheidende Rolle der Information, des Wissens und der Qualifikation erzeugen ein neues Entwicklungsparadigma: eine auf dem Wissen basierende Wirtschaft. Das Wissen wird zu einem „universellen Substitut“ und stellt dabei eine spezifische, nicht mehr traditionelle Quelle des Wohlstands dar: wer sie veräußert, besitzt sie weiterhin. Dies lässt ein gewaltiges Produktionspotenzial entstehen. Das Wissen lässt sich gleichzeitig zur Wohlstandsmehrung und zur Multiplikation weiteren Wissens nutzen. Im Unterschied zu materiellen Gütern und Rohstoffen ist es unerschöpflich.

Vor unseren Augen verändert sich das Wesen dessen, was wir unter Macht verstehen. Die Änderung der Machtstrukturen lässt die Vision von zukünftigen Info-Kriegen entstehen und verdeutlicht, worauf das neue System der Wohlstandsmehrung bestehen wird, das auf Individualismus, Innovation und Information basiert. Es tauchen neue, wesentlich wichtigere Trennlinien auf: nicht zwischen dem Osten und dem Westen, sondern zwischen denjenigen, die in der Lage sind, sich „schnell“ zu entwickeln, und jenen, die weiterhin nicht in der Lage sind zu beschleunigen.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> A. u. H. TOFFLER: *Budowa nowej cywilizacji*. Poznań 1996; U. BECK: *Spółeczeństwo ryzyka*. Warszawa 2002; J. RIFKIN: *Koniec pracy*. Wrocław 1995.

<sup>7</sup> A. TOFFLER: *Zmiana władzy. Wiedza, bogactwo i przemoc u progu XXI stulecia*. Poznań 2003.

Im Ergebnis des neuen Entwicklungsparadigmas verändern sich auch die Eigentumsverhältnisse, was sich aus der Tatsache ergibt, dass nicht wie im klassischen Kapitalismus das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern das intellektuelle Kapital von entscheidender Bedeutung ist. Damit verändert sich auch die Rolle des Eigentums an sich.

Deshalb wird auch der Zugang zu Wissen und Information, dessen Gegenteil der Ausschluss ist, zur Schlüsselkategorie. Wenn die elementare Quelle strategischer Wettbewerbsüberlegenheit gegenwärtig das intellektuelle Potenzial der (juristischen wie auch natürlichen) Person ist, so bedeutet sein Fehlen den „Ausschluss“. Die Bedrohung durch den Ausschluss betrifft sowohl Einzelpersonen als auch ganze Volkswirtschaften. In Hinsicht auf Einzelpersonen ist dessen klassische Form die Arbeitslosigkeit. Unternehmen unterliegen allerdings dem globalen Wettbewerb. Der Umsatz der Unternehmen in der Weltwirtschaft wächst und wird zum Schauplatz der Erledigung unterschiedlichster Interessen, nicht nur ökonomischer. Auf der Tagesordnung stehen Fusionen und Übernahmen von Unternehmen, nicht nur freundliche, sondern auch feindliche. Hinsichtlich feindlicher Übernahmen sind Firmen mit schwacher Eigenkontrolle, einer ineffizienten Führung und abnehmender Effizienz besonders gefährdet.

Unter diesen Bedingungen wächst die Skala der Unsicherheit und des Risikos, was von einer Ambivalenz im Hinblick auf die Beurteilung der gegenwärtigen technologischen, ökonomischen und sozialen, aber auch mentalen Veränderungen begleitet wird.

A. TOFFLER zeigt gleichzeitig auf, wie wichtig es ist, jene Veränderungen, die die neue zivilisatorische Welle bringt, von denjenigen zu unterscheiden, die mit der zurückflutenden Welle verbunden sind und nur eine Fortsetzung der einstigen industriellen Zivilisation darstellen. Diese Unterscheidung erlaubt es, in diesen Veränderungen eine „verborgene Ordnung“ zu entdecken.

Der scharfe Konflikt zwischen den Anhängern der alten Ordnung und den Verfechtern von Veränderungen verzögert die für den Umbruch unumgänglichen wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Systemveränderungen.

In Polen wird die Bedrohung durch Konflikte dadurch verstärkt, dass die zivilisatorischen, globalen Ursachen der Turbulenzen in der Wirtschaft durch Faktoren ergänzt werden, die sich aus der noch immer nicht abgeschlossenen wirtschaftlichen Transformation sowie aus Problemen ergeben, die mit der europäischen Integration verbunden sind. Polen unterliegt gegenwärtig drei Arten von Umbrüchen: dem zivilisatorischen, dem sich aus der gesellschaftlichen Transformation ergebenen sowie dem aus der Integration resultierenden.

Das Zusammenspiel dieser Umbrüche hat einen Komplex sehr turbulenter Phänomene zur Folge, deren Beherrschung auf große Schwierigkeiten stößt, umso mehr als die enormen Veränderungen von großen und ständig wachsenden Disproportionen der regionalen Entwicklung begleitet werden. Ein Ausdruck dessen ist der Zusammenstoß alter und neuerer „zivilisatorischer Wellen“ (der agrarischen, der industriellen und der postindustriellen).<sup>8</sup>

Das beispiellos hohe Tempo der Veränderungen bedingt, dass die Theorie nicht mehr der Praxis übereinstimmt, dass die Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht nur nicht ausreichen, sondern eine elementare Fähigkeit darin besteht, zu vergessen, alte

<sup>8</sup> L. C. THUROW: *Przyszłość kapitalizmu*. Wrocław 1999, S.29-30.

Gewohnheiten und Muster aufzugeben. Gleichzeitig stellt das Unwissen über das eigene Unwissen die größte Entwicklungsbarriere dar. Die Ambivalenz betrifft auch das Wissen. Unter den Bedingungen des neuen Entwicklungsparadigmas bedeutet das Wissen alles, angesichts massiver Veränderungen und eines beispiellos schnellen Alterungsprozesses kann es aber auch sehr bald nichts mehr bedeuten. Die Lebenszyklen des Wissens werden nämlich immer kürzer, was von einer Verlängerung des menschlichen Lebens begleitet wird. Daher wird das Wissen auch immer undemokratischer, wodurch die Individuen und ihre Chancen extrem differenziert werden. Die neue zivilisatorische Welle überschwemmt die Unvorbereiteten, deren Zahl ständig zunimmt. Hoch qualifizierten Menschen beschert sie immer mehr Arbeit, während sie andere zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Paradoxer Weise stellt sich seit mehreren Jahren in den entwickelten Weltwirtschaften, trotz eines gewaltigen und weiter wachsenden Produktivitätspotenzials, eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ein. Und im Unterschied zu den bisherigen Theorien geht die Erhöhung der Wirtschaftsdynamik nicht mit einer Erhöhung der Beschäftigung einher.<sup>9</sup> Zu den Disproportionen trägt die Tatsache bei, dass die Globalisierung der Wirtschaft nicht mit sozialen und mentalen Veränderungen einhergeht, was sich im Anwachsen der Disproportionen, Ungleichheiten und damit verbundenen lokalen, globalen, kulturellen und religiösen Konflikte widerspiegelt. Dies wird begleitet von einer Veränderbarkeit, Komplexität und „Verweichlichung“ des Rechts. Demokratie und Recht und ein Leben in Übereinstimmung mit den Rechtsnormen sind gegenwärtig keine Synonyme mehr. Deutlich kommt hier die Krise demokratischer Systeme zum Ausdruck, die an die industrielle und noch nicht an die neue Zivilisation angepasst sind. Hyperdemokratie und extremer Liberalismus können im Extremfall zu ihrem Gegenteil führen, zu Diktatur und Monopol und in der Folge zu einer Abkehr von der Wettbewerbsordnung. Obschon der freie Markt prinzipiell die Basis und das Instrument dafür bildet, auf dessen Grundlage die Verbraucher Rationalität lernen und „einüben“, so ist dieser Effekt unter den Bedingungen der Globalisierung erheblich eingeschränkt, manchmal ganz außer Kraft gesetzt. Die übertriebene Marktkonfrontation kann zu unerwünschten Phänomenen und Bedrohungen führen, zumal „die Grenze zwischen Rivalität und Destruktion kaum feststellbar ist“.<sup>10</sup> Die unsichtbare Hand des Marktes wird von „der unsichtbaren Hand der Globalisierung“ vernichtet, die unsichtbare Hand des Marktes wird zur „toten Hand des Marktes“.<sup>11</sup> Dies alles bedeutet, dass sich diese Veränderungen nicht eindeutig beurteilen lassen. Die sich unter dem Einfluss des zivilisatorische Umbruchs abzeichnenden Schrammen auf den traditionelle angepassten Konzepten der industriellen Zivilisation veranlassen zur Reflexion über die Wirtschaftsordnung. In der Geschäftswelt und Politik tobt ein scharfer Machtkampf um die Kontrolle derjenigen Bereiche, die durch die aussterbende industrielle Zivilisation vorgegeben wurden. Ihre materielles Abbild erscheint im Zusammenstoß mit dem Abbild der modernen, aber für viele Menschen häufig unverständlichen virtuellen Wirtschaft weiterhin attraktiv. Die Anhänger der industriellen Zivilisation verweisen auf ihre Transparenz, ihre Unersetzbarkeit und

<sup>9</sup> E. MACZYNSKA: „Słabnące tempo wzrostu w gospodarce światowej“. In: *Ekonomista* 2003, 5.

<sup>10</sup> HAMPDEN-TURNER, C., TROMPENAARS, A.: *Siedem kultur kapitalizmu*. Warszawa 1998, S. 122.

<sup>11</sup> J. STANISZKIS: *Władza globalizacji*. Warszawa 2003, S. 17.

Vitalität. Die Konflikte zwischen den Anhängern der alten und neuen Zivilisation verlangsamten die Veränderungen.

### **Die Umwertungen in Theorie und Praxis**

Der sich vollziehende zivilisatorische Umbruch und die fortschreitende Globalisierung bedingen, dass die Notwendigkeit einer neuen Herangehensweise an die Frage der Gestaltung der Wirtschaftsordnung immer deutlicher wird, besonders, weil sich in der Wirtschaft die Entscheidungsbereiche und Kompetenzen zunehmend verändern. In gewisser Weise bedeutet dies das Ende der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Staates. An die Stelle des traditionellen Kapitalismus tritt etwas, dessen abschließende Gestalt wir nicht kennen und das wir unterschiedlich benennen: „globaler Kapitalismus“, „Kapitalismus der dritten Welle“ oder „Postkapitalismus“.

Von der Notwendigkeit, den Einfluss der zivilisatorischen Veränderungen auf die Gestalt der Wirtschaftsordnung und die Gestalt der wirtschaftlichen Infrastruktur zurückzuführen, wird man durch die Erfahrungen vieler Länder überzeugt.

Die Inkohärenzen zwischen den zivilisatorischen Veränderungen und den Systemen führen zu Pathologien im Funktionieren der Wirtschaft und der sozialen Beziehungen. Nicht selten wird dies von einem gewaltigen institutionellen Chaos begleitet, einer verstärkten Korruption und einer aktiven Rentensuche, dessen Folge ein Rückgang des Wohlstands und eine Erhöhung der Preise ist.

„Der frühere Staat mit einem deutlichen Zentrum, einer hierarchischen Ordnung und logischen einheitlichen Prozeduren existiert nicht mehr. Er hat sich zu einem Netzwerkstaat verändert, mit einem Gespinnst von Verbindungen, die häufig über die nominellen Grenzen hinausreichen und sich an äußeren Dispositionszentren orientieren.“<sup>12</sup> Gleichzeitig schwindet die Grenze zwischen Staat und Markt. Gegenwärtig konkurrieren nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Staaten, vor allem durch das System der Gestaltung der wirtschaftlichen und rechtlichen Regulierung sowie durch den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur der Information. Dies erfordert Steuerbarkeit, also die Konzentration des staatlichen Machtpotenzials auf die Erreichung der gestellten Ziele, was „einerseits die maximale Harmonisierung der ‚Macht‘, des ‚Regierens‘ und des ‚Verwaltens‘ und andererseits die richtige Einschätzung struktureller Macht und der Gefahr struktureller Gewalt“ zur Voraussetzung hat.<sup>13</sup>

Informationsinfrastruktur ist für den Markterfolg besonders wichtig, insbesondere im Lichte der Theorie der asymmetrischen Information und der auf ihrer Grundlage von J. E. STIGLITZ und A. WEISS formulierten Konzeption des credit rationing, die im übrigen mit der These von J. K. Galbraith aus dem Jahre 1957 über die Kreditdiskriminierung kleiner und mittlerer Unternehmen korrespondiert. Eine Extremfolge hiervon kann der Niedergang von Unternehmen sein. Von der Bedrohung durch Bankrott sind auch große Korporationen nicht frei, umso mehr als sie sich manchmal durch eine pathologische Jagd nach Profit und Macht auszeichnen.<sup>14</sup> Die Globalisierung determiniert die Diffusionsstärke der Bankrotte. Nicht zufällig nehmen sie deshalb weltweit zu (sowohl absolut als auch relativ). Dies wird durch weltweite, auch europäische Statistiken bestätigt, die seit mehreren Jahren als fortlaufende

<sup>12</sup> Wie Fußnote 10, S. 17.

<sup>13</sup> *Ibd.*, S. 188.

<sup>14</sup> Joel BAKAN: *Korporacja. Patologiczna pogoń za zyskiem i władzą*. Warszawa 2006.

Rekordwellen an Bankrotten kommentiert werden. Tiefe Veränderungen sind immer mit großen Risiken verbunden. Die Analysen bestätigen auch, dass sich dieser Trend höchstwahrscheinlich fortsetzen wird, besonders angesichts der unter den Bedingungen der Globalisierung wesentlich erleichterten Verbreitung von Krisensituationen und des „Bankrott-Virus“. Bankrotte haben eine Funktion der Rationalisierung der Wirtschaft, aber viele von ihnen sind unnötig und rufen nicht erwünschte Spannungen und Ungleichgewichte auf den Märkten hervor. Unter den Hauptfaktoren für Konkurse werden in der ökonomischen Fachliteratur folgend genannt:

Faktoren, die mit dem Wachstums- und Entwicklungstempo verbunden sind.

Kulturelle und zivilisatorische Faktoren sowie Faktoren, die auf das Management von Wissen und Information zurückgehen.

In einer Zivilisation des Wissens spielt dieser letzte Faktor eine immer größere Rolle, obschon bei der Rationalisierung des Wissensmanagements zahlreiche unterschiedliche Barrieren, auch mentale, in Erscheinung treten. Umso mehr als beim Wissenstransfer eine Reihe von Barrieren auftreten und Unternehmen Milliarden verlieren, wenn es zwischen Mitarbeitenden und Management keinen angemessenen Informationsfluss gibt.

Die global und lokal auftretenden Störungen und Disproportionen der sozioökonomischen Entwicklung werfen die Frage auf, welches sozioökonomische Modell sich dazu eignet, diese Probleme abzuschwächen.

### **Ordnungspolitische Dilemmata**

In den Diskussionen, die sich auf die Suche nach der besten Wirtschaftsordnung konzentrieren, kommt die bekannte Wahrheit, dass nichts so trügerisch ist, wie der Glaube an einfache Rezepte, sehr deutlich zum Ausdruck. Dies hat auch in Polen seine Bestätigung gefunden. Der Beginn der polnischen Transformation, die Euphorie, die mit der Abkehr vom marktfernen Modell der zentral gesteuerten Wirtschaft verbunden war, stellte eine gute Basis für den Glauben an die Existenz einer fertigen, für Polen idealen Wirtschaftsordnung dar. Leider stellte sich sehr schnell heraus, dass es trotz gegenteiligen Anscheins keine fertigen Rezepte gibt. Die einfache Übernahme von Konzepten, die für Länder mit entwickelter Marktwirtschaft charakteristisch sind, brachte neben günstigen Entwicklungen (wie zum Beispiel die Herstellung des Gleichgewichts auf dem Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmarkt ebenfalls eine Reihe unerwünschter Erscheinungen, unter denen die hohe Arbeitslosigkeit besonders spektakulär ist. Die bisherigen Formen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit und der Sozialpolitik wären vielleicht in einer Epoche der industriellen Entwicklung adäquat, zeitigen aber gegenwärtig keine Effekte, weil wir es mit einer fortschreitenden Entindustrialisierung zu tun haben. Die Tatsache, dass die ordnungspolitischen Konzepte der sozioökonomischen Politik nicht an die Herausforderungen der Gegenwart angepasst werden, erzeugt zahlreiche negative Erscheinungen, unter anderem die in der Fachliteratur eingehend beschriebenen Syndrome der „Tragödie des gemeinsamen Weidlands“. Es handelt sich dabei um den von Garrett HARDIN identifizierten Mechanismus des Missbrauchs unentgeltlicher sozialer Güter und Leistungen. Leider treten die Syndrome der „Tragödie des gemeinsamen Weidlands“ nicht selten in der

Politik auf. Dann tritt das öffentliche Interesse zugunsten kleiner Politikergruppen oder unterschiedlicher Lobbys in den Hintergrund.<sup>15</sup>

Kritisch beurteilt die polnischen Transformation unter anderem auch T. KOWALIK, wenn er die Frage aufwirft, ob die polnischen Eliten stark genug sein werden, vom verderblichen Weg des entfesselten Kapitalismus abzugehen und ein System aufzubauen, das den Erfahrungen in Deutschland, Österreich oder Schweden entspricht.<sup>16</sup> Er warnt vor einer unkritischen Übernahme liberaler Ideen, die sich seiner Ansicht nach überlebt haben. Deshalb auch der legitime Hinweis auf bereits bestehende Muster. Diese Muster bilden in der ökonomischen Fachliteratur eine charakteristische Systemtriade, die aus dem wettbewerbsorientierten angloamerikanischen Kapitalismus, dem europäischen Modell der Marktwirtschaft und dem asiatischen Kapitalismus besteht.<sup>17</sup>

Jedes dieser Modelle hat seine schwachen und starken Seiten. Als wesentliche Schwäche der asiatischen Modelle gilt ihr relativ niedriges Niveau an Demokratie, dem europäischen Modell wird wiederum ein zu starker Interventionismus vorgeworfen, während man dem angloamerikanischen Modell ein zu starkes Streben nach Konfrontation vorhält.<sup>18</sup>

Für den grundsätzlichen und führenden Wert im angloamerikanischen Modell erachtet man den individuellen Erfolg, der am Niveau und der Struktur des Konsums bemessen wird. Das europäische Modell basiert auf der „sozialen Solidarität“, der Leitwert des asiatischen Modells ist hingegen die Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie F. FUKUYAMA hervorhebt, stützt sich die liberale Demokratie auf zwei Prinzipien, auf Freiheit und Gleichheit. Die USA geben der Freiheit den Vorzug, die europäischen Systeme der Gleichheit, aber gleichzeitig benötigt jedes Land einen effektiven staatlichen Apparat, obwohl nur schwer zu entscheiden ist, ob es ein optimales Ausmaß an Interventionismus gibt.

Gleichzeitig werden durch die einstigen und auch aktuellen Auseinandersetzungen zum Thema von Ordnungsmodellen die Gefahren aufgezeigt, die sich aus Verallgemeinerungen und Vereinfachungen ergeben. A KOŹMIŃSKI warnt vor vier recht typischen Fallen: des Konstruktivismus, des Technokratismus, des Determinismus sowie vor der Falle großer Projekte und genereller Lösungen.<sup>19</sup> In der Praxis wird diese zutreffende Feststellung recht deutlich bestätigt. Wie oft werden Diskussionen über ordnungspolitische Konzepte von der illusionären Überzeugung begleitet, dass man sozioökonomische Systeme entsprechend definierter und zuvor präzise beschriebener Projekte (Falle des Konstruktivismus), ohne Berücksichtigung des sozialen Umfelds (Falle des Technokratismus) aufbauen könne. Illusorisch ist auch die Vorstellung von der Übereinstimmung der Resultate mit den Intentionen (Falle des Determinismus), wobei sich der Glaube an die Existenz einheitlicher, genereller Lösungen als ebenso unbegründet erweist.

<sup>15</sup> Garrett HARDIN: „The Tragedy of the Commons“. In: Science, 162 /1968, S.. 1243-1248.

<sup>16</sup> T. KOWALIK: „Spoleczna gospodarka rynkowa – dekoracja czy program działania?“ Referat na konferencję RNZKPTE, 7. marca 2002.

<sup>17</sup> M. ALBERT: *Kapitalizm kontra kapitalizm*. Kraków 1994.

<sup>18</sup> Wie Fußnote 9, S. 122.

<sup>19</sup> A. KOŹMIŃSKI: „Jaki kapitalizm? Modelowe trendy i kierunki polityki“. In: Raport Nr. 22, RSSG, Warszawa 2003, S. 1-2.

Aufgrund der gegenwärtigen lokalen und globalen Bedingungen ist das Bedürfnis nach der Existenz eines starken Staates evident, der in erster Linie über die rechtliche, institutionelle und die Informationen betreffende sozioökonomische Infrastruktur wachen sollte, als „Wächter“ der Wettbewerbs- und Sozialordnung. Die gegenwärtig für viele hochentwickelte europäische Länder charakteristischen Entwicklungsprobleme sind in hohem Maße durch Fehler der Wirtschaftspolitik bedingt, die nicht konsequent genug auf die Verwirklichung der Konzeption der Wettbewerbsordnung ausgerichtet sind.<sup>20</sup> Bei Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips kann man aber gleichzeitig feststellen, dass die Gestaltung einer solchen Ordnung in immer höherem Maße die realen Möglichkeiten der Wirtschaftspolitiken im Rahmen einzelner Volkswirtschaften zu übersteigen scheint.<sup>21</sup> Im Ergebnis des zivilisatorischen Umbruchs entstehen qualitativ neue Herausforderungen, die den Begründern des Ordoliberalismus und der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft nicht bekannt sein konnten. Unter den neuen zivilisatorischen Bedingungen, unter den Bedingungen von Globalisierung und Integration „globalisieren sich“ auch die Wirtschaftssysteme. U. BECK fasst die Ambivalenz der gegenwärtigen Veränderungen überaus suggestiv zusammen. „In der Europäischen Union heben wir zwar die Binnengrenzen auf, aber gleichzeitig verstärken wir verzweifelt unsere Außengrenzen. Wir versuchen uns von der Welt zu isolieren, um uns abzusichern und unseren Markt, besonders den Arbeitsmarkt, zu schützen. Das eine wie das andere ist lächerlich. Echten Bedrohungen überwinden Grenzen nämlich mühelos. Und wenn ein Inder, Russe oder Chinese mit aller Macht auf unseren Arbeitsmarkt drängt, so kann er dies mit Hilfe des Internets tun.“<sup>22</sup>

### **Die Notwendigkeit einer „Ordnung des Gleichgewichts“. Wohlstand für alle (L. Erhard). Das Ende der Armut (J. Sachs)**

Die in der heutigen Welt wachsenden Disproportionen, gesellschaftliche Spannungen und Zonen des Ungleichgewichts verweisen auf die Notwendigkeit ordnungspolitischer Konzepte, die eine nachhaltige, ausgeglichene Entwicklung ermöglichen und sich sowohl durch wirtschaftlichen als auch sozialen und ökologischen Fortschritt charakterisieren. Es entsteht die weiterhin offen bleibende Frage, wer Subjekt der Gestaltung der Wirtschaftsordnung sein soll und wie weit der Einfluss einer solchen Politik reichen kann? Die Disproportionen in der Weltwirtschaft und die sozialen Spannungen zeigen deutlich auf, dass das Modell einer Wirtschaftsordnung, die sich nur auf das ökonomische „Bein“ stützt, nicht ausreicht. Immer klarer wird die Notwendigkeit gesehen, soziale und ökologische Fragestellungen einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund zeichnen sich sehr deutlich die Vorzüge der Ideen einer Sozialen Marktwirtschaft ab. Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist das verfassungsmäßig anerkannte Wirtschaftsmodell Polens. Dennoch sind die Meinungen zu diesem Thema recht kontrovers. Die Analyse dieses Modells verdeutlicht allerdings, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen stürmischer sozioökonomischer Veränderungen dieses Modell Chancen eröffnet, nachhaltige Grundlagen für die Kohäsion der sozialen und

<sup>20</sup> N.KLOTEN, : „Makroökonomische Stabilisierungspolitik – Erhards Positionen und Vorbehalte“. In: Horst Wünsche (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung*. Bonn 1997, S. 106.

<sup>21</sup> T. KACZMAREK, P. PYSZ: *Ludwig Erhard i społeczna gospodarka rynkowa*. Warszawa 2005, S. 101-154.

<sup>22</sup> J. ŻAKOWSKI: W szponach ryzyka. Interview mit U. BECK. In: *Polityka*, 25/2005., S. 7.

wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen. Bedingung für die Umsetzung der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist allerdings deren Anpassung an die gegenwärtigen, beispiellos dynamischen wirtschaftlichen Veränderungen. Sie führen zu einer Verstärkung der Globalisierungsprozesse in der Weltwirtschaft, was gleichzeitig bedeutet, dass im Ergebnis der Durchdringung unterschiedlicher ordnungspolitischer Konzepte, die in verschiedenen Ländern funktionieren, sich die wirtschaftlichen Ordnungsmodelle ebenfalls globalisieren.

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsordnung und die Ordnung der Freiheit der Wirtschaft mit der Sozialordnung zu verbinden. Sie kann deshalb ein effektives Instrument beim Abbau sozialer und wirtschaftlicher Spannungen darstellen. Die Ordoliberalen warnten hinsichtlich der Rolle des Staates in der Wirtschaft sowohl vor doktrinären Fehlern (sich an konstituierende und regulierende Grundsätze zu halten, ohne die bestehenden sozioökonomischen Bedingungen zu berücksichtigen) als auch vor dem Fehler des Mangels an Prinzipien.<sup>23</sup> Bedingung für eine effektive Wirtschaftspolitik ist die Orientierung an Prinzipien bei gleichzeitiger Anpassung an die aus den sozioökonomischen Bedingungen resultierenden Beschränkungen. Dies hat unter den Bedingungen der Veränderung des zivilisatorischen Paradigmas eine besondere Bedeutung und erweist sich als sehr schwierig. Unter diesen Bedingungen sind Auseinandersetzungen über die Überlegenheit der einen Wirtschaftsordnung über die andere sekundär, zum Beispiel die Überlegenheit des Modells des angloamerikanischen Wettbewerbskapitalismus über das Modell der Sozialen Marktwirtschaft (oder umgekehrt). Denn trotz der Kontroverse zwischen angloamerikanischem Modell und dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft basiert die grundsätzliche Konstruktion beider Modelle auf dem auf dem Privateigentum basierenden Prinzip der Freiheit und Verantwortung des Individuums. Geht man davon aus, dass die Prozesse der gegenseitigen Durchdringung der Ordnungsmodelle unter den Bedingungen der Globalisierung unausweichlich sind, so ist statt einer Konfrontation der Modelle die Suche nach Konzeptionen sinnvoller, die es ermöglichen, diese gegenseitige Durchdringung auf eine Optimierung der wirtschaftlichen und sozialen Zweckmäßigkeit zu richten, also auf eine dauerhafte, ausgeglichene Entwicklung auf lokaler und globaler Ebene, was eine entsprechende Harmonie ökonomischer und sozialer Ziele zur Voraussetzung hat. Mangelnde Harmonie und das Fehlen holistischer Ansätze hat die Schwächung der wirtschaftlichen Dynamik und ein Anwachsen sozialer Konflikte, auch in den wohlhabendsten Ländern, zur Folge. Inwiefern sich die Idee der Sozialen Marktwirtschaft bei diesem Streben nach Harmonie als effektiv erweist, wird die Zukunft erweisen. Dies ist weiterhin eine offene Frage. Allerdings kann man ganz sicher feststellen, dass man unter den Bedingungen eines neuen zivilisatorischen Paradigmas, einer auf dem Wissen basierenden Gesellschaft, die Eignung der Ideen der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der Notwendigkeit, die Entwicklung ausgewogener zu gestalten und die Ideen der zentralen Stellung des Menschen zu stärken, zunimmt. Dies findet unter anderem in der optimierten Nutzung intellektueller Potenziale sowie darin seinen Ausdruck, dass man die Zunahme sozialer Ausgrenzung zu verhindern sucht. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft ebenfalls an die Anforderungen der Wissensgesellschaft angepasst werden müssen.

<sup>23</sup> W. EUCKEN: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. 6. Aufl. Tübingen 1990, S. 250-253.

Diese Gesellschaft erfordert die Stärkung und Unterstützung von Kreativität und Individualismus und damit auch die Anerkennung nicht nur der für demokratische Gesellschaftsordnungen typischen „Rechte der Mehrheit“, sondern auch das Recht der Minderheit, was das Risiko des sozialen Ausschlusses mindert und eine bessere Nutzung gesellschaftlicher Potenziale fördert. Schließlich sollte alles auf uns - als menschliche Individuen - bezogen bleiben.<sup>24</sup> Dies stellt auch die Grundlage für die Entwicklung der Bürgergesellschaft dar, was gleichzeitig die Differenzierung in Entscheidungsbereiche auf lokaler, nationaler und supranationaler Ebene impliziert.

Die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft sind holistisch, sie bilden eine komplexe, ganzheitliche Einheit unter Berücksichtigung der Einzelelemente der sozioökonomischen Ordnung als eines überaus komplizierten Systems. Obschon in seinem jüngst veröffentlichten Buch „Ende der Armut“ Jeffrey SACHS behauptet, eine neue Methode zur Lösung sozioökonomischer Probleme anbieten zu können, die er als „klinische Ökonomie“ bezeichnet, so werden hier doch ganz deutlich Töne angeschlagen, die dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entlehnt sind. Die klinische Ökonomie impliziert ein holistisches Vorgehen bei der Lösung sozioökonomischer Probleme, die Verbindung ökonomischer und sozialer Aspekte, ein Verfahren, das in der holistischen Medizin ihr Vorbild hat. Sogar der Titel des Buches von J. SACHS „Ende der Armut“ kann als Pendant zum Titel des Buches von Ludwig ERHARD, des Mitbegründers der Sozialen Marktwirtschaft, „Wohlstand für alle“ gelesen werden. Notabene scheint Sachs seine einstigen Ansichten zu revidieren, indem er auf das Marktversagen bei der Lösung von Armutproblemen verweist. Er stellt nämlich das Prinzip in Frage, wonach „die Flut alle Boote hebt“, und räumt ein, dass die Zunahme des Wohlstands in einigen Ländern nicht dazu beitrage, die Armutprobleme in anderen zu mindern.

### **Schlussbetrachtung**

*Unter den Bedingungen des zivilisatorischen Umbruchs erweisen sich die Modelle der Wirtschaftsordnungen, die sich während des Industriezeitalters entwickelt haben, als nicht effektiv. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, die Wirtschaftsordnung an die neuen Herausforderungen, die sich aus dem Erlöschen des Industriezeitalters ergeben, anzupassen. Die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft sind zwar nicht neu, aber die Gegenwart scheint immer deutlicher zu bestätigen, dass sie richtig sind. Im Unterschied zu den liberalen Modellen werden beim Modell der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Aspekte berücksichtigt, was zu einer Schwächung der wirtschaftlichen Disproportionen und sozialen Spannungen beiträgt. Aber auch dieses Modell bedarf einer Anpassung an die sich verändernden Bedingungen des Funktionierens der Wirtschaft, vor allem an die sich unter dem Einfluss der Globalisierung verändernden Bereiche von Machtausübung und Entscheidungskompetenzen.*

---

<sup>24</sup> J. SACHS: *Koniec z nędzą. Zadanie dla naszego pokolenia*. Warszawa 2006.

Zbigniew Wilkiewicz

## Globalisierung und (politische) Bildung

### **Globalisierung – Bestandteile und Folgen**

Der inflationäre Gebrauch des Begriffs Globalisierung in zahlreichen Lebensbereichen ist offenkundig. Es stellt sich die Frage, ob es sich dabei um die Kennzeichnung einer neuen Epoche oder nur um Kontinuität im Sinne von Internationalisierung und Entnationalisierung handelt?

Bezeichnend ist ein kritischer bis polemischer Umgang mit diesem Phänomen. Erinnerung sei an solche Buchtitel wie „Globalisierungsfalle“ oder „Globalisierungslüge“.

Trotz aller – auch ideologisch geprägter Diskussionen ist ein mehrdimensionaler und folgenreicher Entgrenzungsprozess mit spezifischer sozioökonomischer, kultureller und politischer Ausprägung unbestritten.

Globalisierung kann mit ULRICH BECK als „Grenzenloswerden alltäglichen Handelns in den verschiedenen Dimensionen der Wirtschaft, der Information, der Ökologie, der Technik, der transkulturellen Konflikte und der Zivilgesellschaft“<sup>1</sup> definiert werden.

Nach Martin ALBROW gibt es fünf Elemente, die den epochalen Charakter der Globalisierung ausmachen:

1. globale Umweltfolgen
2. Waffensysteme mit globalem Destruktionspotenzial
3. die Globalität von Kommunikationssystemen
4. eine globale Ökonomie
5. die Reflexivität der Globalisierung im Sinne der Herleitung von Wertvorstellungen aus globalen Kontexten.<sup>2</sup>

In anderen Darstellungen wird auf folgende Komponenten hingewiesen:

- Die Auflösung nationaler und geschützter Arbeitsmärkte
- Die Digitalisierung der Produktion
- Die Standortunabhängigkeit von Betrieben und Unternehmen
- Die Verdichtung weltweiter angelsächsischer Kommunikation
- Die Erweiterung und Vernetzung aller Abhängigkeiten und Risiken, der Rückgang oder die Verlagerung des Sozialen
- Die Standardisierung des Ästhetischen<sup>3</sup>

Hieraus ergeben sich spürbare und beschleunigt vollziehende Folgen für Umwelt, Wirtschaft, Staat, Gesellschaft und Kultur:

Ökologie

Radioaktive Strahlung

Industrielle Giftgasfreisetzung

<sup>1</sup> ULRICH BECK: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. 3. Aufl. F. a. M. 1997, S. 44.

<sup>2</sup> MARTIN ALBROW: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter. F. a. M 1998, S. 14.

<sup>3</sup> JÜRGEN OELKERS: Schule und Bildung im Prozess der Globalisierung. In: Medien Pädagogik. www.medienpaed.com, S. 1-20, S. 3.

Bodenverseuchung  
Gewässerverunreinigung  
Zunehmende Klimaerwärmung/Treibhauseffekt

#### Ökonomie

Abbau von Handelsschranken  
Gesteigerte Kapitalmobilität  
Weltumspannende Finanz- und Kapitalbeziehungen  
Transnationale Unternehmensstrategien  
Kostenminimierung durch Standortverlagerung  
Steuerflucht  
Grenzüberschreitende Expansion von Konsummustern

#### Staat

Abschied vom Nationalstaat (ALBROW)  
Ende der Nationen<sup>4</sup>  
Ende der Politik<sup>5</sup>  
Privatisierung öffentlicher Unternehmen  
Deregulierung nationalstaatlicher Regulierungspraktiken  
Abbaus des Sozialstaats

#### Gesellschaft

Globalisierungsgewinner versus Globalisierungsverlierer  
Massenarbeitslosigkeit  
Wachsende soziale Unsicherheit  
Marginalisierung der ökonomisch Schwachen  
Unternehmensgewinne auf Kosten der Lohnabhängigen und des Staatseinkommens  
Anwachsen einer deklassierten Unterklasse<sup>6</sup>  
Clochardisierung globalen Ausmaßes<sup>7</sup>

#### Kultur

Starke Migrationsbewegungen  
Multiethnische und multikulturelle Gesellschaften  
Ersatz nationaler Einheit durch kulturelle Vielfalt als Chance und Risiko  
Identitätskrisen, fremdenfeindliche Reaktionsmuster  
Rechtsextreme Orientierungen

---

<sup>4</sup> JEAN-MARIE GUEHENNO: Das Ende der Demokratie. München 1996, S. 39ff.

<sup>5</sup> JÜRGEN HABERMAS: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. F. a. M. 1996, S. 148.

<sup>6</sup> JEREMY RIFKIN: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert. F. a. M.; New York 2004, S. 130.

<sup>7</sup> Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München 1997, S. 74.

Kulturkampf (HUNTINGTON, 1996)

Globalisierter Terrorismus (11. 09. 2001) und revanchistische Eroberungsfeldzüge

### **Theoriekonzepte**

Die Globalisierungsthese wird häufig als reines Erklärungsmuster zur Durchsetzung von Kapitalinteressen angesehen. Der „Sachzwang Weltmarkt“ gilt als Legitimation für Kostenreduktion, Freisetzung von Arbeit und Steuersenkungen. Hierbei spielt in der Debatte der von Ulrich Beck entwickelte Begriff der „Zweiten Moderne“ eine wichtige Rolle: In der Zweiten Moderne werde der Wertekanon der Arbeitsgesellschaft als historischem Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie ungewiss.<sup>8</sup> Globalisierung wird darüber hinaus häufig als irreversibler Prozess eingestuft, zu dem es keine Alternative gibt.<sup>9</sup>

Die Reduktion des Phänomens auf die Ideologie des Liberalismus wird der Vieldimensionalität der Wirkungszusammenhänge allerdings nicht gerecht.

Denn bisher bedeutet ökonomische Globalisierung de facto lediglich die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrieländern.

Auch die elektronische Vernetzung hat weltweit keinesfalls Chancengleichheit geschaffen. So verfügt die Region Tokio über mehr Telefonanschlüsse als ganz Afrika. Ebenso wird der epochale Charakter der Globalisierung in Frage gestellt, denn Internationalisierungsprozesse sind keineswegs ein neues Phänomen.<sup>10</sup>

Allerdings gibt es auch ausgesprochen neue Qualitäten:

- Den Verlust nationalstaatlicher Lenkung und Kontrolle
- Die Ortlosigkeit von Gemeinschaft, Arbeit und Kapital
- Die Globalisierung der Zivilisationsrisiken
- Das Phänomen des „jobless growth“

### **Neoliberale Globalisierung versus alternative (politische) Bildung?**

Der Politikwissenschaftler CHRISTOPH BUTTERWEGE<sup>11</sup> definiert den Neoliberalismus als antidemokratische Leitideologie, durch die eine Machtverschiebung vom Staat hin zu Privatpersonen und –institutionen stattgefunden habe. Bereits 1997 hatte BODO ZEUNER hinsichtlich des allmächtigen Marktes und seines Verhältnisses zu den öffentlichen Aufgaben kritisch kommentiert:

„Wer z. B. das Bildungssystem in gegeneinander konkurrierende Unternehmen aufspaltet, die mit eigenen Budgets arbeiten und im Interesse der ‚Wirtschaftlichkeit‘ Gebühren von Studenten, vielleicht demnächst von Schülern erheben dürfen, der stärkt nicht irgendwelche ‚Eigenverantwortlichkeiten‘, sondern baut das demokratische Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen ab und entzieht letztlich der

<sup>8</sup> HANS JOACHIM GAMM: Globalität und Regionalität – Anmerkungen zu einem klärungsbedürftigen Verhältnis. In: GERD STEFFENS, EDGAR WEISS (Hg.): Jahrbuch für Pädagogik 2004. Globalisierung und Bildung. Frankfurt a. M.; Berlin, Bern 2004, S. 129-142, S. 130-131.

<sup>9</sup> ULRICH BRANDT: Nachhaltigkeit: ein Schlüsselkonzept globalisierter gesellschaftlicher Naturverhältnisse und weltgesellschaftlicher Bildung? In: Jahrbuch für Pädagogik 2004, S. 113-128, S. 125.

<sup>10</sup> JÜRGEN OSTERHAMMEL, NIELS P. PETERSSON: Geschichte der Globalisierung. München 2003.

<sup>11</sup> CHRISTOPH BUTTERWEGE: Globalisierung als Herausforderung und Gegenstand der politischen Bildung. In: Jahrbuch Pädagogik 2004, S. 331-343, S. 331.

demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Ressourcen sozialstaatlich umzuverteilen.“<sup>12</sup>

Butterwege hebt in ähnlichem Kontext darüber hinaus hervor, dass die Verklammerung von Wirtschaftsliberalismus und Nationalismus den Standortnationalismus hervorbringe. Dies mache Politik und politische Bildung zusehends unattraktiv, da die verfassungspatriotische Ausrichtung politischer Bildung angesichts der Dominanz von Wirtschaft ins Leere stoße. Das Leitbild von der Bürger- und Zivilgesellschaft bleibe blass und vage.

Als Alternative müsse deshalb „solidarisches Lernen“, das sich gegen den Neoliberalismus, sein Konzept des „Standortwettbewerbs“ sowie die im Kern ökonomistische Leistungsideologie richte, entwickelt werden. Die Grundfrage habe zu lauten: Wie und in welcher Welt wollen wir leben?<sup>13</sup>

In der Binnenperspektive sei das nationale Pathos durch das soziale Ethos zu ersetzen; dazu gehöre auch die Konturierung der innergesellschaftlichen Konfliktlinien und die Erkenntnis, dass die Polarisierung in Arm und Reich die Demokratie schwäche. Gefordert wird deshalb eine Repolitisierung der politischen Bildung, die sich nicht dem Primat der Ökonomie beugen dürfe:

„Eine größere Wirtschaftsnähe würde für die politische Bildung nicht mehr Praxisnähe, sondern ein höheres Maß an Problemlblindheit mit sich bringen, liefe sie doch Gefahr, Partei für die ohnehin schon genug Privilegierten zu ergreifen, sich im Zeichen der Globalisierung stärker Marktgesetzen zu unterwerfen und selbst Warencharakter anzunehmen.“<sup>14</sup>

Aus dieser Sicht lassen sich Chancen der Globalisierung nur dann wahrnehmen, wenn es zu einschneidenden sozioökonomischen und politischen Umorientierungen kommt. Der Globalisierung neoliberaler Strategien könne nur durch die Globalisierung humaner, sozial gerechter und ökologisch tragfähiger Prinzipien entgegengewirkt werden. Dies entspreche einer universalistisch-emanzipatorischen Intention im Sinne einer „weltbürgerlichen“ Angelegenheit.

Rational sei der Herausforderung der Globalisierung nur zu begegnen, wenn deren Prozesse der Kontrolle durch den kritischen Diskurs der Weltöffentlichkeit ausgesetzt werden.

Dies setzt nach JÜRGEN HABERMAS eine konsensorientierte „Weltinnenpolitik“ voraus. Hierzu passt auch der – inzwischen stark strapazierte – Begriff der „Global Governance“, worunter allerdings kein zentraler Weltstaat zu verstehen ist, sondern eine Weltföderation freier Republiken mit einem verbindlichen Völkerrecht auf Grundlage universeller Menschenrechte.

Die Voraussetzungen und Ziele hierfür scheinen – angesichts der normativen Kraft des Faktischen und eines kaum zu bändigenden Kapitalismus - allerdings nur schwer durchsetzbar. Wir rufen sie dennoch in Erinnerung:

- Die Verrechtlichung internationaler Beziehungen
- Der Aufbau eines konsensuell getragenen weltökonomischen Wirtschaftsrahmens

<sup>12</sup> BODO ZEUNER: Entpolitisierung ist Entdemokratisierung. Demokratieverlust durch Einengung und Diffusion des politischen Raums. Ein Essay. In: RAINER SCHNEIDER-WILKES (Hg.): Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik. Münster 1997, S. 20-34, S. 31.

<sup>13</sup> Wie Fußnote 11, S. 337.

<sup>14</sup> Wie Fußnote 11, S. 341.

- Die Umverteilung vorhandenen Reichtums
- Die Einschränkung von Kapitalfluchtmöglichkeiten
- Der Übergang von fossilen zu regenerierbaren Energien
- Die Umstellung von Kostensenkungswettbewerb und Standortkonkurrenz auf einen Produktivitätswettbewerb gemäß globalisierten Umweltstandards<sup>15</sup>

### ***Pädagogik und Globalisierung***

Da sich in der Schule der Moderne aufgrund von Globalisierungsfolgen massive Veränderungen der Sozialisations- und Erziehungsbedingungen ergeben, stößt die Umsetzung eines so verstandenen sozialen Lernens allerdings auf erhebliche Schwierigkeiten:

- Kinder und Jugendliche erleben eine faktische Multikulturalität (Fernsehen, Computer, Internet) und werden mit medial vermittelten Globalisierungserfahrungen konfrontiert.
- Sie sind Zielgruppe einer nationenübergreifenden Wirtschaft.
- Sie unterliegen einem veränderten Zeitempfinden und aufgrund elektronischer Verkehrswege einem rapiden Wissensverfall.
- Es kommt zu verstärkten berufsbiografischen Verunsicherungen („Lebenslanges Lernen“).
- Bezeichnend ist ein erhöhter Qualifikationsdruck bei gleichzeitiger Entwertung von Ausbildungszertifikaten.
- Bestimmte Kenntnisse (Fremdsprachen, technologisches Wissen) erfahren eine verstärkte Bedeutung.
- Erziehung und Bildung müssen auf diese Herausforderungen reagieren und Chancen vermitteln, die den Anschluss an die „Weltgemeinschaft“ erlauben.<sup>16</sup>

Da der neoliberale Marktfundamentalismus eine „Form demokratischen Analphabetentums“ darstelle, muss es in der Bildungstheorie und –praxis um den Aufbau kritischer Alphabetisierungsbemühungen gehen. Globalisierung stelle für die Pädagogik eine generelle Herausforderung dar, es gehe also nicht nur um die Behandlung von Teilaspekten der Globalisierung mittels sog. Bindestrichpädagogiken mit den Themen Frieden, Ökologie, Interkulturelle Pädagogik.

Hier sei seitens der Pädagogik und der Bildungseinrichtungen allerdings eine spürbare Zurückhaltung festzustellen, obwohl durch die Globalisierung eine an Humanität und Emanzipation orientierte Erziehungskonzeption massiv herausgefordert werde. Die Bildungspolitik scheint – so GERD STEFFENS und EDGAR WEISS - ganz auf der Linie neoliberaler Vorstellungen zu liegen. In diesem Zusammenhang zitieren die beiden Autoren Klaus Seitz, der diesen Sachverhalt im Jahre 2002 wie folgt beschrieb:

„Unter dem Druck der Globalisierung vollzieht sich weltweit eine Neuordnung der nationalen Erziehungsverhältnisse. Dabei scheint sich die bildungspolitisch favorisierte Bildungsreform von dem ursprünglichen Imperativ der Bildungsexpansion zur Formierung der nationalen Identität und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beizutragen, auf ein ökonomisches Leitziel umzuorientieren. Der Bildung wird die

<sup>15</sup> GERD STEFFENS, EDGAR WEISS: Zur Einführung: Globalisierung und Bildung – ein Problemaufriss. In: Jahrbuch für Pädagogik 2004, S. 9-34, S. 17.

<sup>16</sup> Wie Fußnote 15, S. 25.

Aufgabe zugewiesen angesichts eines verschärften internationalen Standortwettbewerbs das ökonomische Potenzial der Nation zu stärken.<sup>17</sup>

### ***Globales Lernen- ein Ausweg?***

Angesichts dieser für die Pädagogik schwierigen Ausgangslage versteht sich das Konzept des Globalen Lernens als Antwort auf die Globalisierung und charakterisiert sich nach Jörg-Robert Schreiber durch vier Grundaspekte:

- Horizonterweiterung (Weltsicht) und Vernetzung
- Zukunftsorientierung
- Orientierung an universellen ethischen Prinzipien
- Öffnung der Lernformen<sup>18</sup>

Man postuliert dabei, dass Globales Lernen über ein sehr offenes Leitbild verfüge, bei dem es in erster Linie um die ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit der Welt gehe. Nationale Interessen rücken in den Hintergrund, im Vordergrund stehe eine internationale Strukturpolitik, die sich mit globalen Risiken auseinandersetze und umfassende Konfliktvorbeugung betreibe.

Diesbezüglich hob SCHREIBER bereits 1995 hervor, dass es um die Fähigkeit gehen soll, Sachlagen in einem weltweiten und ganzheitlichen Zusammenhang zu sehen und globale Entwicklungen mit lokalem Handeln in Einklang zu bringen. Globales Lernen soll deshalb nicht als Unterrichtsfach, sondern als Unterrichtsprinzip verstanden werden, in dessen Rahmen „gesellschaftsrelevante Schlüsselprobleme“ (WOLFGANG KLAFKI) behandelt werden. Zu ihnen gehören unter anderen:

Umweltzerstörung, Massenarmut, soziale Desintegration, gewaltsame Konfliktaustragung, Wanderungsbewegungen, Internationale Kriminalität, unkontrolliertes Atompotential, ruinöse Standortkonkurrenz, spekulative Kapitaltransaktionen und Bevölkerungsentwicklung.

Gefordert wird darüber hinaus eine Öffnung des Unterrichts, die Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen und die Stärkung solcher Lernformen wie Begegnungen mit Fremdem und Fremden, Partnerschaften, Aktionen, Ausstellungen und Spiele.<sup>19</sup>

Im Kontext dieser Diskussion spielt auch der international gängige Begriff „development education“ eine wichtige Rolle, wobei die UNICEF fünf Zentrale Lernfelder benennt, die für Lernende im Norden und im Süden im gleichen Maße bedeutsam seien:

- Wechselseitige Abhängigkeiten
- Bilder und Wahrnehmungen
- Soziale Gerechtigkeit
- Konflikte und Konfliktlösungen
- Wandel und Zukunft

Dabei vollziehe sich Globales Lernen als Zyklus, der aus der Erforschungs-, der Reaktions- sowie der Aktionsphase bestehe, das Lernen solle interdisziplinär und kooperativ sowie handlungs- und erfahrungsorientiert ausgerichtet sein.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> SEITZ, KLAUS: Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen Globalen Lernens. F. a. M. 2002, S. 335.

<sup>18</sup> JÖRG-ROBERT SCHREIBER: Globales Lernen . Was ist denn das? In. [http://friedenspaedagogik.de/themen/globalern/gl\\_6.htm](http://friedenspaedagogik.de/themen/globalern/gl_6.htm).

<sup>19</sup> wie Fußnote 18, S. 3.

### ***Rahmenbedingungen globalen Lernens***

HEINZ SCHIRP verweist in diesem Kontext auf einige wesentliche Dilemmata: Dem globalen Denken und der Vernetzung stehen häufig Nationalismus und Regionalisierung entgegen. Auch die Möglichkeiten des Systems Schule erweisen sich als begrenzt, denn Schule beschäftige sich häufig nur mit dem eigenen Nahraum. Auch arbeite sie in der Regel abstrakt und nur selten fächerübergreifend.

Des Weiteren gebe es eine ganze Reihe von Gruppen, die daran interessiert seien, die Notwendigkeit globalen Lernens, Denkens und Handelns zu erschweren. Es käme zu einer räumlichen, zeitlichen, politischen und mentalen Externalisierung. Diese werde von einer fatalen Mediatisierung begleitet, die impliziere, dass es immer schwieriger werde, eigene authentische Erfahrungen zu machen. Schließlich habe sich ein weit reichender Orientierungsverlust durchgesetzt, an dem die Medien maßgeblich beteiligt seien, da ihnen als „Miterzieher“ eine bedeutende Rolle zukomme. Der Autor kommt zu folgendem Zwischenergebnis:

„Dies führt sozusagen zu kumulierenden Effekten bei Kindern und Jugendlichen, die somit relativ wenig Hilfe bekommen, ein Bewusstsein für Wertorientierungen und deren Begründbarkeit zu bekommen, die über den Kreis eigener Wünsche, Interessen, Ansprüche und Lebensbereiche hinausführen. Wie sollte unter solchen Bedingungen 'Globales Denken' entstehen?“<sup>21</sup>

Die Konzeption des Globales Lernens könne deshalb nicht darin bestehen, neue Themen oder Fächer zu entwickeln, vielmehr müsse es nach SCHIRP darum gehen, veränderte Prozesse des Lernens zu verankern. Methodisch lasse sich dies mit solchen Begriffen wie fächerübergreifend, kooperativ, vernetzend, interdisziplinär beschreiben.

Globales Lernen sei ethisch begründet, da es auf Verallgemeinerungsfähigkeit ziele, die sich an universellen Prinzipien (soziale Gerechtigkeit, allgemeine Menschenrechte) orientiere. Es impliziere, eigene Positionen mit fremden in Beziehung zu setzen, zu vergleichen und nach der Stimmigkeit eigener Positionen zu fragen. Gefördert werden solle ein Bewusstsein, in dem nach den Lebensbedingungen nachfolgender Generationen gefragt wird.

Das Konzept fordert statt Externalisierung also Internalisierung, statt Mediatisierung selbsttätige Auseinandersetzung und statt Orientierungsverlust die bewusste Entscheidung für eine Position. Welche Kompetenzen müssen nach SCHIRP diesbezüglich entwickelt oder unterstützt werden?

- Tragfähige Wissens- und Kenntnisbestände
- Fähigkeiten zum Um- und Weiterlernen
- Fähigkeit und Bereitschaft zur kritischen Beurteilung und Bewertung
- Fähigkeit und Bereitschaft zum Diskurs und zur Kooperation
- Fähigkeit und Bereitschaft, Entscheidungen in Handeln umsetzen zu können
- Selbstbewusste und kritische Einschätzung der Ergebnisse und Folgen von Entscheidungen

Neben einem Katalog von 12 Leitideen, in dem es unter anderem um die Förderung der Fähigkeit zu „Authentizität“, „Ernstcharakter“, „Kontinuität“, „Perspektivenwechsel“

<sup>20</sup> SUSAN FOUNTAIL: *Leben in Einer Welt. Anregungen zum globalen Lernen*. Braunschweig 1996, S. 6 ff.

<sup>21</sup> HEINZ SCHIRP: *Das Konzept „Globales Lernen“ – Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Zukunft*. In: [http://www.friedenspaedagogik.de/themen/globalern/gl\\_19.htm](http://www.friedenspaedagogik.de/themen/globalern/gl_19.htm), S. 5.

u.ä. geht, hebt der Autor besonders hervor, dass globales Lernen ebenfalls ein erweitertes Schulverständnis voraussetze, bei dem mehr selbstständiges Lernen, interdisziplinäres Arbeiten, mehr Autonomie für die einzelne Schule, der Erwerb von „Schlüssel- und Strukturqualifikationen“, die Abkehr von starren Zeittakten eingefordert werden. Dabei wird deutlich, dass Schule zahlreiche dieser Bildungs- und Erziehungsaufgaben nicht alleine erfüllen kann; insofern sollte sie viel mehr mit außerschulischen Partnern kooperieren. Dazu sei Öffnungs- und Kooperationsbereitschaft notwendig, die verhindere, dass Schule zum „sozialen Schonraum“ werde.

### ***Globalisierung und Friedenspädagogik***

Im Zeitalter der Globalisierung müsse – so WERNER WINTERSTEINER in seinem programmatischen Aufsatz – die Friedenspädagogik im Zentrum des pädagogischen Diskurses stehen. Sie sollte als Leitlinie einer Pädagogik des globalen Zeitalters verstanden werden, wobei folgende Zusammenhänge zu beachten seien:

- Trotz einer starken Deterritorialisierung wird das Lokale durch die Globalisierung auch vernetzt, woraus sich der Begriff der Glokalisierung herleite.
- Nicht nur die Märkte werden geöffnet, sondern auch die politischen Gemeinschaften bisher abgeschotteter Kulturen. Dies führe zur Zerstörung alter Traditionen und zur Entmachtung von Hierarchien, zu kultureller Vermischung und Hybridisierung.
- Damit werden weit reichende Sicherheiten in Frage gestellt, was man als Risiko, aber auch als Chance interpretieren kann.
- Die Globalisierung ist nicht aufhaltbar und damit irreversibel. Der neoliberalen Marktglobalisierung sollte allerdings eine Globalisierung mit „menschlichem Antlitz“ entgegengesetzt werden.<sup>22</sup>

In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, welche Konsequenzen die Globalisierung für das Bildungssystem habe. Der Nationalstaat verstand Bildung als wesentliches Instrument, um sich selbst und die nationale Bildung zu vermitteln; dabei ging es nicht nur um Basisqualifikationen für die Arbeitsprozesse, sondern auch um Loyalität und Zugehörigkeit. Das Leitbild der Nationenbildung sei allerdings verblasst. Im wirtschaftlichen Überlebenskampf werde „lebenslanges Lernen“, das Mobilität und Flexibilität zur Voraussetzung habe, zum zentralen Begriff. Hieraus resultierte auch die Öffnung des Bildungswesens für private Unternehmen und die Schaffung eines Bildungsmarktes. Bildung werde immer mehr zur Ware:

„Damit wird aber der zumindest rhetorisch immer erhobene Anspruch gleicher Bildungschancen obsolet. Bildung droht zur Ausbildung zu verkommen, ethische Ansprüche, politische Aufklärung, emanzipatorische Absichten laufen nun Gefahr, ihren Status als zentrale Bildungsziele zu verlieren und zu Bildungsprodukten zu werden, die mit anderen um Ressourcen konkurrieren müssen.“<sup>23</sup>

Zudem verändere die „Verallgemeinerung der Unsicherheit“ (ZYG MUNT BAUMAN) die Sozialisations- und Lebensbedingungen Heranwachsender. Ungewissheit über die

<sup>22</sup> WERNER WINTERSTEINER: Friedenspädagogik: die Pädagogik im Zeitalter der Globalisierung. In: Jahrbuch für Pädagogik. 2004, S. 313-328, S. 317.

<sup>23</sup> *Ibid.*, S. 319.

Zukunft, Unsicherheit (mangelnde stabile Lebensbedingungen) und Schutzlosigkeit (Bedrohung im Alltag) sorgen aber nicht für politischen Zusammenschluss und Protest. Vielmehr sind als Folgen gesellschaftlicher Unsicherheiten zunehmender Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus festzustellen.

Schließlich sei die Position der Schule erschüttert, da ihre Zertifikate nicht mehr den beruflichen Aufstieg garantieren. Zugleich werde Schule aber auch als Sozialraum verstanden, der (vielleicht) in der Lage ist, die neuen Unsicherheiten abzufedern.

Als pädagogische Antwort auf die Globalisierung werde zumeist auf „globale Schlüsselkompetenzen“ verwiesen, die in instabilen Zeiten Flexibilität sichern sollen. Dazu gehören interkulturelle Kompetenzen und globales Bewusstsein. „Global literacy“ mit Mehrsprachigkeit, interkulturellen Kompetenzen und Computerkenntnissen gilt manchen als Globales Lernen schlechthin. „Global awareness“ und die Präsentation der Welt „as a single place“, werde mit dem ethischen Anspruch verbunden werde, den Gleichheitsgrundsatz auf die gesamte Welt auszudehnen.

Allerdings werde seitens der Schwellenländer in diesem Kontext auch kritisiert, dass diese Art von globalem Lernen nur „süße pädagogische Begleitmusik“ zu „beinhartem Wirtschaftskapitalismus“ sei, nichts weiter, als eine Neuauflage des westlichen Kulturimperialismus.

Für die Bildung müsse deshalb nicht nur reine Sachorientierung, sondern Wertorientierung gefordert werden. Die Leitfrage laute demnach: „Wie verhalten wir uns gegenüber der Globalisierung im Hinblick auf das Ziel einer gerechten Weltordnung und einer Bildung, die gute Lebenschancen für alle Menschen der Erde anstrebt?“

Schon alleine deshalb biete sich Friedenspädagogik als Leitbild pädagogischen Handelns an. Sie wird von WINTERSTEINER als Gesamtkonzept verstanden, in dem interkulturelles Lernen, globale Bildung, Umwelterziehung sowie Abrüstungserziehung, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, gewaltfreier Umgang mit Konflikten sowie soziales Lernen integriert sind. Die Kultur des Friedens beschränke sich dabei nicht nur auf die politische Sphäre, sondern frage auch nach Handlungsmöglichkeiten im Alltag. Pädagogisches Handeln, Ausbildungsnormen und Schulcurricula sollten deshalb friedenspädagogische Kriterien als Maßstab anlegen.

Die Globalisierungsfolgen stellen sich allenthalben als weltweite Gefährdungen dar, denn seit der Entwicklung der Atombombe gebe es eine globale Gemeinschaft der Bedrohung. Im Laufe der letzten Jahrzehnte seien Seuchen wie Aids, Naturkatastrophen wie die Klimaerwärmung, Kettenreaktionen der Finanzmärkte und komplexe humanitäre Katastrophen (Krieg, Flüchtlinge, Hunger) mit Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit hinzugekommen. Und spätestens der 11. 09. 2001 habe gezeigt, dass auch der Terrorismus einen globalen Maßstab erreicht hat. Der Slogan von der „Einen Welt“ lasse sich deshalb leicht umformulieren in die Losung „One world, no future“.<sup>24</sup>

Die pädagogische Herausforderung bestehe angesichts dieser Szenarien aber gerade darin, eine positive Perspektive anzubieten. Es solle aufgezeigt werden, dass Katastrophen von Menschen gemacht und von Menschen verhindert werden können. Die bereits bestehenden Aktivitäten, diese globalen Gefährdungen gemeinsam abzuwehren, müssen herausgestellt werden.

<sup>24</sup> Ibd., S. 320.

Es müsse eine Pädagogik des Anderen entwickelt werden, die die Herausbildung einer kosmopolitischen Identität zum Ziele hat.<sup>25</sup> Gefordert wird mit ZYGMUNT BAUMAN die Entwicklung eines neuen Universalismus, der nicht auf kultureller Homogenität und Reinheit gründet. Universalität bedeutet dann die sich auf die gesamte Menschheit erstreckende Fähigkeit, zu kommunizieren und ein wechselseitiges Verständnis zu erreichen.<sup>26</sup>

Angesichts der neuen Formen des Krieges und eines global operierenden Terrorismus gehe es in erster Linie darum, der „Rule of Law“ in globalem Maßstab zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei sollte der Slogan der Globalisierungskritiker („Attac“ oder „World Social Forum“) „Eine andere Welt ist möglich“ Richtlinie des pädagogischen Handelns sein.

Anzustreben sei eine Entwicklung zur Weltbürgerschaft hin, politische Bildung, und in deren Zentrum Friedenserziehung, müsse zum verbindlichen Schulfach werden. Schließlich seien auch die Lernformen zu verändern, friedenspolitische Bildung müsse stärker mit sozialem Handeln verbunden werden. Sie sollte insbesondere junge Menschen dazu befähigen, sich aktiv an der Lösung der heutigen globalen Probleme zu beteiligen.<sup>27</sup>

### ***Aufgaben politischer Bildung im Zeichen der Transformationskrise***

Die oben postulierten Vorstellungen und Forderungen mögen angesichts der realen Machtverhältnisse auf der Welt und der ungezügelten militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen naiv anmuten und an verzweifelte Appelle gemahnen<sup>28</sup>, sie greifen aber einen sowohl lokal als auch global wirksamen Prozess und die damit verbundenen, komplexen Fragestellungen auf, auf die politische Bildung bemüht sein muss, eine Antwort zu geben. Wir haben es mit einer kosmopolitischen Realität zu tun, die sich als Epoche der Krisen und des Umbruchs darstellt. Die politische Bildung hat sich nach GERD STEFFENS im Kontext der westeuropäischen Länder dabei mit folgenden Feldern zu beschäftigen:

Krise der Weltordnung: Vorrang der Macht oder des Rechts?

Krise des politischen Modells der Gleichberechtigung:

Gefolgschaft oder Autonomie? (Welt-)bürger oder Untertan?

Polarisierung der Weltdeutungen: Kampf der Kulturen oder Transformation zur Weltgesellschaft?

Krise des marktwirtschaftlichen Modells: Weitere Deregulierung oder Regulierung der Märkte?

---

<sup>25</sup> KLAUS SEITZ: Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen Globalen Lernens. F.a. M. 2002, S. 461.

<sup>26</sup> ZYGMUNT BAUMAN: Die Krise der Politik. Fluch und Chance der neuen Öffentlichkeit. Hamburg 2000, S. 288.

<sup>27</sup> Wie Fußnote 19, S. 328.

<sup>28</sup> Erhard MEUELER: „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – Rückblick in ideologiekritischer Absicht. In: Jahrbuch für Pädagogik 2004, S. 361-375, S. 370.

Krise des Sozialstaats: Institutionalisierte soziale Gerechtigkeit oder Verantwortung des Einzelnen?

Krise des gesellschaftlichen Selbstverständnisses: Konservierung von Binnengesellschaften oder Akzeptanz transnationaler Vergesellschaftung?

Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Ökonomisierung der Ökosphäre vs. Ökologische Zukunftsverantwortung?

Krise der Bildungsgesellschaft: Bildung für die Mehrheitsgesellschaft oder Bildung als Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe aller?<sup>29</sup>

Die von Steffens genannten Themen haben in der Tat eine weit reichende globale wie auch lokale Wirkung.

Gerade die aktuellen kriegerischen Konflikte legen die Krise einer zuvor schon labilen Weltordnung offen, die aber zumindest normativ betrachtet der Partnerschaft den Vorrang vor der Gefolgschaft gab. Es stellt sich hier sowohl auf globaler als auch lokaler Ebene die Frage, inwiefern sich das „Recht der Macht“ oder die „Macht“ des Rechts“ gegenseitig durchsetzen.

Die Krise des Öffentlichen, Politikverdrossenheit und der Rückzug ins Private sind nicht nur in ganz Europa zu beobachtende Tendenzen, die das Modell der Gleichberechtigung sowohl zwischenstaatlich als auch auf das Individuum bezogen in Frage stellen. Zweifelsohne gibt es in der westlichen Hemisphäre eine Gruppe von wohlhabenden und qualifizierten „Weltbürgern“, denen allerdings eine Masse von Menschen gegenüberstehen, die sich zumindest in der 1. Welt vom Status des Citoyen zu dem des Bourgeois zurück zu entwickeln scheinen. Globale autoritäre Tendenzen belassen aber auch einen Großteil der Weltbevölkerung im Status von Untertanen.

Angesichts weltweiter Migrationen und der faktischen Existenz multikultureller Gesellschaften, aber auch im Hinblick auf die terroristische Herausforderung sind überall mehr denn je effektive inklusive Integrationskonzepte gefragt, da es sonst wohl zwangsläufig zu einer Zuspitzung bereits vorhandener interkultureller Konflikte käme. Die Vorstellungen reichen hier - je nach wirtschaftlicher und demographischer Lage - bekanntlich von der Beschränkung bis hin zur Förderung der Zuwanderung.

Die Krise des marktwirtschaftlichen Modells, aber auch die Krise der Sozialen Marktwirtschaft ist in der ganzen EU spürbar. Angesichts der Schwächung des Nationalstaates zugunsten transnationaler Institutionen und Konzerne und beachtlicher Deregulierungsprozesse nimmt die Spaltung im Arm und Reich nicht nur global, sondern auch lokal spürbar zu.

<sup>29</sup> GERD STEFFENS: Weltwissen, Teilhabe, Lebenshilfe – woran orientiert sich politische Bildung? In: EBERHARD JUNG (Hg.): Standards für die politische Bildung. Zwischen Weltwissen, Teilhabekompetenz und Lebenshilfe. Wiesbaden 2005, S. 15-29, S. 22.

Hieran schließt sich die Frage an, inwiefern und in welchem Grade soziale Gerechtigkeit institutionell gebunden bleiben muss und inwieweit es möglich und wünschenswert ist, sie zugunsten der Einzelnen zu reduzieren. Anders ausgedrückt geht es um das Problem, wie Umverteilung zukünftig zu realisieren ist. Dies betrifft sowohl überschuldete Kommunen als auch überschuldete Staaten und gilt ebenfalls für das starke wirtschaftliche und zivilisatorische Ungleichgewicht zwischen 1. und 3. Welt.

Klar ist auch, dass Binnengesellschaften ein traditionell starkes Beharrungsvermögen haben. Inwiefern sie aber transnationaler Vergesellschaftung standhalten können, steht auf einem anderen Blatt. Ob das Nebeneinander dieser quasi parallelen Welten möglich ist, scheint daher fraglich.

Der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie wird immer wieder neu ausgetragen. Inwiefern sich das Konzept einer ökologischen Zukunftsverantwortung wird durchsetzen können, muss angezweifelt werden, zumal es an den massiven Wirtschaftsinteressen einzelner Staaten und Akteure scheitert.

Schließlich die weltweit brisante Fragestellung, wem Bildung zugute kommen kann und unter welchen Rahmenbedingungen dies zu geschehen hat. Bei einem Ausschluss der Minderheiten zugunsten der Mehrheitsgesellschaft werden die sozialen Konflikte in den betreffenden Gesellschaften sicherlich massiv zunehmen. Die global festzustellende Ungleichheit ist dabei besonders drastisch, da sich der öffentliche Bereich immer stärker aus seiner Bildungsaufgabe zurückzieht.

### *Fazit*

Alle diese Kernthemen sollten in der politischen Bildung differenziert und möglichst ergebnisoffen behandelt werden. Allerdings geht aus dem zuvor erörterten recht deutlich hervor, dass politische Bildung nicht nur einen Sachauftrag hat, sondern sich auch sehr stark über ethische Fragestellungen definiert. Wertefragen dürfen auch im Kontext Globalisierung nicht ausgeklammert bleiben. Selbst wenn man davon auszugehen hat, dass Globalisierungsprozesse aufgrund veränderter und eminent beschleunigter Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten in großen Teilen der Welt irreversibel scheinen, muss (politische) Bildung auch immer die kritische Frage danach stellen, wem bestimmte Entwicklungen dienen und ob dabei auch das Wohl der (globalen) Gemeinschaft gemeint ist. Insofern ist einer auf neoliberalen Marktprämissen aufbauenden und sich nur durch sie legitimierenden Globalisierung eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Hiermit würde der Primat der Politik endgültig in Frage gestellt und das zumindest in der westlichen Welt so erfolgreiche demokratische Prinzip existenziell gefährdet. In der besonders in Europa durch Kriege und totalitäre Entwicklungen gewachsenen Einsicht, dass es zur Demokratie in der Tat keine Alternative geben darf, muss all jenen Entwicklungen, die sie gefährden, entgegengewirkt werden, um die Gefahr sozialer Verwerfungen und autoritärer Auswüchse zu bannen. Dazu ist politische Bildung heute im besonderen Maße, vielleicht mehr denn je aufgerufen. Nicht nur im deutschem und europäischen, sondern sicherlich auch im globalen Rahmen.

## Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

### **Tagungsbericht: Die Grenzen der EU-Erweiterung (27. 02. – 04. 03. 2006)**

#### ***Zielgruppe und Lernziel:***

Das Seminar wurde im Rahmen des Bildungsurlaubs mit Polizistinnen und Polizisten aus Hamburg, Bremen und NRW durchgeführt. Es handelte sich dabei um Teilnehmende, die den unterschiedlichsten Fachgebieten und Rängen angehörten und alle in der Deutschen Polizeigewerkschaft organisiert sind.

Die Teilnehmenden sollten mit den Folgen des Erweiterungs- und Integrationsprozesses der EU aus sicherheitspolitischer Sicht vertraut gemacht werden. Angesichts der Krise der EU stand die Beschäftigung mit Risiken und Chancen dieses Prozesses im Vordergrund. Aufgrund der starken Belastungen der EU-25 durch grenzüberschreitende organisierte Kriminalität ging es insbesondere darum, die Formen der Kooperation europäischer Behörden zu erörtern. Dabei wurde in mehreren Seminarmodulen Fragen der inneren Sicherheit und der Organisierten Kriminalität sowohl in der Bundesrepublik als auch in der EU insgesamt erörtert. In weiteren Seminarmodulen ging es um die äußere Sicherheit der EU, ihr Verhältnis zur Türkei, zur Ukraine und zu Russland. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, welches Zukunftsszenario für die EU das wahrscheinlichste sein könnte.

#### ***Inhalte und Methoden:***

Der bekannte Lokalredakteur der „Hamburger Morgenpost“, Thomas Hirschbiegel, der sich seit Jahren mit dem Problem der Organisierten Kriminalität (OK) in Hamburg beschäftigt, gab in seinem Vortrag einen Überblick über die Entwicklung dieser Verbrechensform seit den früher 1950er Jahren bis in die Gegenwart. Anhand des Lebensweges und der Organisationsform bekannter Kiez-Größen verdeutlichte der Referent, wie sich die OK immer stärker entwickeln konnte, wie sich zusehend internationalisierte und brutalisierte. Die Palette reichte von den Anfängen mit dem legendären Paten Willy Bartels, über den spektakulären Fall Pinzner und den Prozess der Hell's Angels bis hin zu dem nach Costa Rica geflohenen Ringo Klemm und ausländischen Clans, die Teile des Kiez und des Hamburger Immobiliengeschäfts beherrschen.

Dieser Chronologie folgte dann eine Analyse aus engagierter Journalistenperspektive: Überzeugend stellte der Referent dar, wie die Polizei zu Beginn der 1990er Jahre regelrecht machtlos war, da sie der Brutalität der sich bekämpfenden Clans von Albanern und Türken kaum etwas entgegenzusetzen hatte. Erst jetzt schien man sich darüber klar zu werden, dass man es mit OK zu tun hatte und baute entsprechende Strukturen auf.

Eine nur wenig durchschaubare Rolle spielten auch einzelne Vertreter des öffentlichen Lebens, die nach Aufgabe ihrer öffentlichen Posten erstaunliche Karrieren im Milieu oder in der ihm anverwandten Geschäftswelt machten. Inzwischen sei die OK in Hamburg so gut aufgestellt – so Hirschbiegel –, dass es kaum Möglichkeiten gebe, ihr

mit Rechtsmitteln und staatlicher Gewalt beizukommen. Einstige Kriminelle seien zu angesehenen Investoren geworden, die von Wirtschaft und Politik hofiert würden. In der sich anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie schwierig es ist, angesichts der Internationalisierung und „Zivilisierung“ (weiße Kragen) der OK das Geflecht zwischen illegal agierender Wirtschaft, Politik und OK aufzudecken und zu zerschlagen. In der Regel sei die OK den ermittelnden Behörden immer um zwei Schritte voraus.

In einem zweiten Teil referierte Jörg Lauenroth von der Deutschen Polizeigewerkschaft in Hamburg über die Herausforderungen, die sich aus der Bekämpfung des Terrorismus auf deutscher und europäischer Ebene ergeben. Der Referent verdeutlichte mit Hilfe eines Lehrfilms, in dem eine Katastrophe im Hamburger Elbtunnel simuliert wurde, welche Anforderungen an eine moderne Katastrophenschutzplanung gestellt werden. Das Problem erweist sich deshalb als besonders prekär, weil man in einem solchen Katastrophenfall nicht wissen kann, ob es sich „nur“ um einen Unfall oder um einen terroristischen Anschlag handelt. Der Film verdeutlichte nachhaltig, dass die Koordination der unterschiedlichsten Hilfs- und Rettungsdienste eine nur schwer lösbare logistische Herausforderung darstellt. Mit Hilfe von Beispielen aus der eigenen polizeilichen Praxis untermauerten die Teilnehmenden diese Erfahrung. In diesem Zusammenhang wurde auch intensiv auf das Thema der Eigensicherung eingegangen. Es folgte eine lebhafte Diskussion, in der in erster Linie die Frage aufgeworfen wurde, ob es im Falle einer solchen Katastrophe überhaupt Möglichkeiten der Prävention gebe. Die Praxis zeige nämlich recht häufig, dass trotz der Existenz entsprechender Planungen entweder zu spät oder falsch reagiert werde.

In seinem Vortrag „Aktuelle Herausforderungen an die EU“ gab der Referent, Dr. Gerhard Schüsselbauer, am nächsten Morgen einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Europa und erläuterte die wirtschaftliche Entwicklung in der EU.

Die Schwerpunkte des Vortrags und der lebhaften Diskussion mit den Teilnehmenden waren:

Die Entwicklung der rechtlichen Systeme und des Vertragsrahmens in der EU

Die Entwicklung des EU-Binnenmarktes, der vier Freizügigkeiten und weiterhin bestehende Probleme der Anpassung bei der Einbindung der neuen EU-Staaten aus dem östlichen Mitteleuropa

Die Frage der Sprachenregelung in einer vergrößerten EU

Die Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und in der EU sowie die damit verbundenen Probleme

Die Probleme der Fiskalpolitik in Deutschland und anderen EU-Ländern

Und schließlich die mangelnde Wachstumspolitik in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Volkswirtschaften

Vor dem Hintergrund von sinkenden Zustimmungswerten zur EU und zu weiteren Erweiterungen in den EU-Bevölkerungen, (v.a. auch in Deutschland) Ängsten hinsichtlich eines „Kampfs der Kulturen“ und den im Oktober 2005 begonnenen Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei beschäftigte sich der Vortrag von Bernd Stegmann mit den Voraussetzungen einer zukünftigen Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union sowohl seitens der Türkei wie

auch seitens der EU, den Erwartungen der Türkei sowie der Europäischen Union sowie mit der Frage, welches Europa wir uns für die Zukunft wünschen.

Als Einstieg dienten gesammelte Karikaturen der letzten zwei Jahre, die sich der Thematik „Türkei-EU“ annahmen und vor allem die Diskussionen in Deutschland widerspiegelten.

Auf der Basis der Darstellung der jahrzehntelangen (vertraglichen) Beziehungen der Türkei zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur EU, der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre in der Türkei, die das Land näher an den Besitzstand der Union brachten, sowie der Entwicklung des Screening-Prozesses wurden unter Berücksichtigung unterschiedlicher Integrationsmodelle (von einer Vollmitgliedschaft über eine abgestufte Integration bis zu einer so genannten privilegierten Partnerschaft) mögliche Szenarien für die weitere Entwicklung der Türkei sowie der europäisch-türkischen Beziehungen dargestellt.

In der sich anschließenden strukturierten Diskussion zu einer zukünftigen Mitgliedschaft der Türkei teilten sich die Teilnehmer in eine Pro- und Contra-Gruppe auf und tauschten unter Einbezug der von der EU-Kommission herausgegebenen Studie zu den „Auswirkungen eines eventuellen Beitritts der Türkei zur EU“ Argumente für und wider einerbestimmte Form der Mitgliedschaft der Türkei in der EU aus.

Stefan Knolle von OLAF aus Brüssel referierte am nächsten Morgen über die Prävention organisierter Kriminalität. Zunächst erläuterte er die Entstehungsgeschichte, den Aufbau und die Aufgaben seiner Behörde, die über 350 Mitarbeitende verfügt. Dann ging er näher auf sein Referat ein, das strategische Risikoanalysen zu einzelnen EU-Ländern erstellt, das aber auch in einzelnen Betrugs- und Korruptionsfällen ermittelt. Am Beispiel des Zigarettenschmuggels, der Trockenmilchaffäre und des Mehrwertsteuerkarussells zeichnete der Referent die Wege der OK in der EU nach und beschrieb die Interventionen und Ermittlungserfolge von OLAF. Gleichzeitig machte er deutlich, dass es im Bereich polizeilicher Ermittlung und strafrechtlicher Verfolgung für OLAF weiterhin sehr hohe nationalstaatliche Hürden gebe.

In der Diskussion wurde deutlich, dass eine Voraussetzung zur Überwindung dieser Hürden die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft sein müsste. Aufgrund des Scheiterns der Europäischen Verfassung sei ein solcher Schritt jedoch in weite Ferne gerückt.

Am nächsten Morgen referierte der Dienststellenleiter des Referats Organisierte Kriminalität (OK) Bielefeld, Erhard Ebmeier, über das Thema „OK und Osterweiterung“. Zunächst gab der Referent einen Überblick über die unterschiedlichen Formen der OK in NRW und in der BRD. Danach charakterisierte er die Ideologie und Hintergründe der OK aus Osteuropa, wobei er besonders auf die Rolle der russischen Formen von OK einging. Dabei ging er auch auf die Symbolik (Tätowierungen), Mythologisierung sowie auf zentrale Begriffe, das Rotwelsch dieser abgeschotteten Welt von OK ein (bezpredelie, kasjaki, obščak, kryša= Chaos, Rang, Steuer, Dach). Der Referent konstatierte, dass sich mittlerweile exklusive und hermetische Parallelgesellschaften herausgebildet hätten, die man seitens der Verbrechensbekämpfung nur mit Hilfe enormer Aufwände durchdringen könne. Besonders im Bereich des Rotlichtmilieus, der Bordelle und Diskotheken habe sich dieses Phänomen entlang der großen Verkehrsverbindungen (Autobahnen) massiv

fortentwickelt. Anhand konkreter Beispiele aus der Region stellte der Referent dar, wie sich quasi legale Geschäftsinitiativen im Nachhinein als Rekrutierungszentren für OK aus Russland und der GUS entpuppten. Angesichts der Tatsache, dass es aufgrund der offenen Grenzen zu einem ständigen Nachschub von Personal komme, erweise sich die Arbeit der ermittelnden Behörden als überaus schwierig. Die Osterweiterung der EU und deren mögliche Ausweitung um weitere ost- und südosteuropäische Staaten stelle so betrachtet ein hohes Risiko dar.

In der sich anschließenden Diskussion wurde die politische Dimension dieser Entwicklung deutlich. Das Problem sei nicht nur der Osterweiterung und den relativ offenen Grenzen geschuldet, sondern ebenfalls einer teilweise misslungenen Integrationspolitik gegenüber dem Zustrom der Aussiedler aus Russland und der GUS. Hier seien in Zukunft schlüssige und effizientere Integrationskonzepte gefragt, die den gesellschaftlichen Ausschluss und sozialen Abstieg von MigrantInnen verhindern könnten.

Am Nachmittag referierte Zbigniew Wilkiewicz über die aktuelle politische Situation in Russland und der Ukraine, wobei er besonders auf die sich seit Putin nachvollziehbare Veränderung der politischen Kultur Russlands abhob. Dabei unterstrich der Referent, dass sich Russland wieder als Großmacht verstehe und dass es den politischen Eliten des Landes in erster Linie darauf ankomme, den Staat und die Wirtschaft zu stärken. In den Hintergrund getreten seien Anstrengungen, Russland im Sinne einer Bürgergesellschaft zu demokratisieren und dem Westen gegenüber zu öffnen. In Russland herrsche „Demokratie“ nicht Demokratie, die Opposition und die unabhängigen Medien seien weitgehend ausgeschaltet worden. Am Beispiel des Konflikts mit der Ukraine verdeutlichte der Referent, dass Moskau die Reintegration des „nahen Auslandes“ durchaus weiterhin betreibe. Insofern gebe es hinsichtlich der Werte erhebliche Unterschiede zur EU, aber auch zu den USA.

Vor dem Hintergrund dieses Vortrags arbeiteten die TN am nächsten Morgen in fünf Arbeitsgruppen mit im Internet veröffentlichten Texten von Experten, in denen es um die Zukunft der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland ging:

AG 1 beschäftigte sich mit den allgemeinen Perspektiven zwischen der EU und Russland

AG 2 lotete die Zukunft des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen Russland und der EU aus

AG 3 analysierte das Verhältnis zwischen Russland und der EU

AG 4 beschäftigte sich mit der G8-Zugehörigkeit Russlands

AG 5 arbeitete die Rivalität zwischen Russland und der EU im GUS-Raum heraus

Nach der Präsentation der Ergebnisse aus den AG wurden die Ergebnisse zusammengefasst und auf das viel diskutierte, allerdings noch immer recht vage Modell der „gemeinsamen Räume“ zwischen der EU und Russland übertragen.

Dabei wurden die stark divergierenden Interessen auf beiden Seiten und die daraus resultierenden Konflikte herausgearbeitet.

Angesichts dieser gravierender Unterschiede drückten in der sich anschließenden Diskussion die meisten TN ihre Skepsis hinsichtlich einer in absehbarer Zeit möglichen „Interessengemeinschaft“ zwischen der EU und Russland aus.

Am Nachmittag stellte der Seminarleiter als Abschlusseinheit fünf mögliche Szenarien der EU-Integration vor, die von den TN in ebenfalls fünf AG bearbeitet und präsentiert werden sollten. Parallel dazu wurde den TN ein Fragekatalog an die Hand gegeben, mit dessen Hilfe sie die Bedeutung der einzelnen Politikfelder im jeweiligen Szenario beschreiben sollten.

Die Szenarios reichten von „Titanic“ über „Geschlossenes Kerneuropa“, Methode Monnet“, und „Offener Gravitationsraum“ bis hin zu „Supermacht Europa“.

Es entspann sich eine lebhafte Diskussion, in deren Verlauf die Ergebnisse der zuvor behandelten Themenkomplexe immer wieder Eingang fanden. Bezüglich einer weiteren Erweiterung der EU wurde massive Skepsis formuliert, die Szenarien „Titanic“ und „Supermacht Europa“ hielten die TN für eher unwahrscheinlich. Die meisten TN gingen davon aus, dass die EU sich zukünftig als „offener Gravitationsraum“ entwickeln würde.

***Bemerkenswertes aus der Diskussion:***

Das am Samstagmorgen erfolgende mündliche Feedback und die schriftliche Auswertung des Seminars ergaben, dass die Teilnehmenden sowohl die Referenten als auch die Methodenvielfalt (Vorträge, PowerPoint-Präsentationen, gelenkte Diskussionen in Pro- und Contragruppen, Lehrfilme, Folien und AG) positiv bewerteten. Zufrieden war man auch damit, dass durchweg kompetente Gastreferenten eingeladen worden waren. Positiv hervorgehoben wurde auch, dass ein interdisziplinärer Ansatz gewählt worden war und dass unterschiedliche nationale und internationale Ebenen und Themen behandelt wurden.

Die detaillierten interdisziplinär angelegten Vorträge und die sehr dichten Informationen zu den einzelnen Themen sorgten sicherlich dafür, dass die TN zahlreiche Zusatzinformationen erhielten. Aufgrund der sich deutlich abzeichnenden Krise der EU sowie der innen- und außenpolitischen Bedrohungsszenarien wurde häufig nach der Orientierung und der Sinnhaftigkeit der EU-Politik gefragt. Besonders im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit grenzüberschreitender Organisierter Kriminalität und Korruption und auf die oftmals frustrierenden Ergebnisse der operativ und strategisch ermittelnden nationalen und EU-Behörden kam es zu resignierenden Bewertungen. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass es zukünftig zu einer wesentlich intensiveren und effektiveren Kooperation auf EU-Ebene kommen müsse, um die innere und äußere Sicherheit der EU nachhaltig gewährleisten zu können.

Hanna Volkmann<sup>1</sup>

## Wer hat Angst vor dem polnischen Klempner?

*Analyse der deutschen Einstellung gegenüber Arbeitern aus Polen und wie sie in den Medien und von Politikern präsentiert wurde*

### **Einleitung**

Der folgende Beitrag ist die deutsche Zusammenfassung meiner in englischer Sprache entstandenen Masterarbeit. Sie wurde im Rahmen des Studiengangs Euroculture in Krakau verfasst.

Auf dem Weg vom Kommunismus zur Marktwirtschaft etablierte sich die Europäische Union als nächstes ökonomisches und politisches Ziel Polens. Nicht alle EU-15 Staaten interpretierten dies als positiv, wie verschiedenste Zeitungsartikel oder Reden von Politikern bezeugen. Sogar in einem Nachbarland wie Deutschland wurden die Gründe Polens für den Beitritt nicht deutlich angeführt. Einige Medien nutzten Meinungsumfragen und Prognosen, um eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit zu generieren.

Das Image vom „polnischen Klempner“ wurde aus Frankreich übernommen und erweitert. Um die künstlich erzeugten, historisch entwickelten und erneuerten Befürchtungen anzusprechen, werden die Mythen und Realitäten des „polnischen Klempners“ nachfolgend dargestellt.

Der Ausdruck ist ein Synonym für den stereotypen „osteuropäischen Arbeiter“, der auf anderen europäischen Arbeitsmärkten „einfällt“. Er bietet an, unter schlechteren Arbeitsbedingungen für weniger Geld zu arbeiten und drängt so andere nationale Wettbewerber aus dem Geschäft. Folglich ist dieser Ausdruck repräsentativ für Ängste und Bedrohungen im Rahmen der EU-Osterweiterung. Er hat außerdem ähnliche Merkmale wie der stereotype Pole in Deutschland: hart arbeitend, aber arm.

Viele europäische Länder sehen ihre Sozialsysteme und Arbeitsmärkte durch die kommende Erweiterung gefährdet. Auf den ersten Blick scheint diese Argumentation sinnvoll zu sein. Aber wenn man die Relation von polnischen Immigranten zu deutschen Bürgern bedenkt, schwindet die Grundlage für diese Behauptungen.

Die Medien schrieben über die „Invasion“ tschechischer, polnischer oder anderer osteuropäischer Menschen und sahen eine dunkle Zukunft für ihre eigenen Landsleute voraus. Übertriebene Prognosen von renommierten deutschen Instituten assistierten bei der fiktiven Vorstellung von „Menschenmassen, die hinter den Grenzen lauern“. Diese Interpretation scheint ansteckend gewesen zu sein, da sich auch andere Länder nach den ausgiebigen Diskussionen für Übergangsregelungen entschieden, zum Beispiel Belgien. Aber nicht alle Länder teilten die Befürchtungen, die in manchen Ländern durch lange Übergangsfristen Ausdruck fanden (in Deutschland 7 Jahre): Schweden, Irland und Großbritannien öffneten ihre Arbeitsmärkte augenblicklich. Da die europäische Kommission einen ausführlichen Report veröffentlicht hat, der die positiven Ergebnisse dieser Entscheidung hervorhebt, sind die Vorteile offensichtlich. Eine offensivere Strategie im Bezug auf die Erweiterung führt offenbar zu besseren Ergebnissen.

Das Ziel dieses Artikels besteht hauptsächlich darin, die Mediendiskussion in Deutschland dem Verhalten von Politikern gegenüber zu stellen. Es wird erläutert,

<sup>1</sup> HANNA VOLKMANN (geb. 1982) studierte in Göttingen und Krakau Euroculture und schloss ihr Studium 2006 mit dem M.A. ab.

warum deutsche Politiker eine andere Einstellung gegenüber der Erweiterung hatten als die Öffentlichkeit und warum sie sich nach öffentlicher Debatte dennoch dieser Meinung beugten.

Hin und wieder werden Vergleiche zu anderen Ländern gezogen, um zu zeigen, ob die Ängste berechtigt waren und wie sich andere Regierungen dazu verhielten. Das deutsche Immigrationssystem zum Beispiel ist nicht einfach mit dem von Großbritannien zu vergleichen. Das mag andere Einstellungen gegenüber der Erweiterung hervorrufen. Da viele Diskussionen in den Medien der EU-15 stattgefunden haben, werden statistische Daten präsentiert, um Wahrheit und Vorurteil zu unterscheiden.

Die Hypothese umfasst die Annahme, dass die Befürchtungen der „alten“ Mitgliedsstaaten nicht begründet waren und nicht durch Statistiken bewiesen werden konnten. Ganz im Gegenteil: sie wurden durch Medienberichte verstärkt, die sich die tief sitzenden Ängste der Menschen zunutze machten

Im nächsten Teil wird ein Bezug zu aktuellen Geschehnissen hergestellt. Die zweijährige Übergangsfrist endete in einigen Ländern und manche haben beschlossen, ihre Arbeitsmärkte zu öffnen oder sie für drei weitere Jahre verschlossen zu halten. Ihre Argumente werden präsentiert und die These entwickelt, dass die Images, die von den Medien genutzt wurden, falsch waren und ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit etablierten. Insbesondere der Bericht der Europäischen Kommission liefert die dazu nötigen Informationen. Einen weiteren Aspekt bildet die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie.

Schließlich wird der Versuch unternommen, die zukünftigen Entwicklungen einzuschätzen. Was erwarten die übrigen Europäer von Rumänien und Bulgarien als EU-Mitglieder? Oder die Türkeifrage, die bereits mehrfach diskutiert wurde, obwohl das Land noch nicht einmal ein Beitrittskandidat ist. Wird die Arbeitsmarktdiskussion mit jeder Erweiterung aufs Neue beginnen? Wird die weitere Vertiefung der europäischen Integration und die weitere Umsetzung der vier Grundrechte auch wieder Befürchtungen hervorrufen? Das Jahr 2007 liegt nicht fern, also bietet die „Propaganda“ für oder gegen die Erweiterung bereits reichlich Material.

Das Eurobarometer misst Tendenzen in der Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber dem Beitritt der Türkei, des westlichen Balkans, Bulgariens und Rumäniens. Die Bürger erwarten offenkundig folgendes Szenario: sobald die Grenzen offen sind, werden alle nach Deutschland kommen und uns das Leben durch Belastung des Arbeitsmarktes und Minderung der Löhne erschweren. Aber in Wirklichkeit ist es anders: Immigranten sind durch die komplementäre Rolle, die sie auf dem Arbeitsmarkt einnehmen und durch die Steuern, die sie bezahlen, für die gesamte Gesellschaft von Vorteil.

Unter bestimmten Umständen – die in diesem Artikel dargestellt werden – hat Migration einen negativen Einfluss auf das Funktionieren des Sozialstaats. Es kann aber bereits an dieser Stelle festgestellt werden, dass die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios sehr gering ist. Trotzdem bleibt die Frage offen, warum die Debatte um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer so emotional geführt wurde. Insofern besteht das Ziel dieser Arbeit darin, zu erklären, warum in einem modernen Land wie Deutschland Vorurteile immer noch die öffentliche Meinung beeinflussen.

### ***Medien und Mythen***

Als Grundlage der folgenden Ergebnisse wurden 90 Zeitungsartikel aus dem Zeitraum 2000 bis 2006 gelesen und analysiert. Generell fällt auf, dass die Reportagen polnische

Arbeiter portraitierten, die für geringere Löhne als Einheimische arbeiten. Des Weiteren war diese Thematik meist mit der Verlagerung von Produktionsstätten nach Mittel- und Osteuropa verknüpft. Der erhöhte Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und dem Markt allgemein wird dargestellt. Die Notwendigkeit der Übergangsregelung wird erklärt, aber nicht diskutiert.

Natürlich wurde auch ein Ausdruck kreiert, um die negativen Auswirkungen von Migration auf die Löhne zu beschreiben: „Lohndumping“. Skandale über illegale Praktiken in Schlachtbetrieben werden veröffentlicht, Schlupflöcher der Übergangsregelung werden ausgiebig beleuchtet.

„Brain drain“<sup>2</sup> wird ebenfalls im Kontext der Niederlassungsfreiheit für Arbeiter genannt.

Die Intention der Autoren ist leicht zu erkennen: es wird eine Atmosphäre der Unsicherheit und Angst geschaffen. Die Medien sind natürlich dazu da, wichtige Themen zu diskutieren, aber die Migrationsszenarien wurden kaum hinterfragt, vom Fehlen von Hintergrundinformationen ganz zu schweigen. Durch diese Art der Berichterstattung wurde das Thema wenig objektiv dargestellt und sorgte für eine erhöhte Unsicherheit bei den Lesern.

So wird das Publikum auf der einen Seite durch die Information, dass Restriktionen existieren und dass manche Statistiken möglicherweise keine realistischen Zahlen prognostizieren, beruhigt. Auf der anderen Seite werden die Schlupflöcher präsentiert, so dass der Eindruck entsteht, die Gefahr komme durch die Hintertüre.

Um diese Gefahr fassbar zu machen, wurde der Begriff „Lohndumping“ eingeführt. Der Vorteil dieses Ausdrucks besteht darin, dass er nirgendwo definiert wird. Man nutzt ihn in einem bestimmten Kontext, aber niemand erklärt ihn genauer.

Die Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt zu schützen wird nicht diskutiert, lediglich der Schutz an sich und welche Schwächen er aufweist wird exponiert. Die Arbeiter und Firmen aus dem Osten werden als clever, listig, gewitzt und opportunistisch dargestellt. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele: riesige Schlachtbetriebe schließen legale Verträge mit Subunternehmern ab, die ihren polnischen oder rumänischen Arbeitern nur ein paar Euro pro Stunde bezahlen. Natürlich werden die Kontrollinstanzen und ihre Inkompetenz ausführlich beleuchtet.

Ohne skandalisierende Berichterstattung und die Ausweitung der Ängste würden die Zeitungen vermutlich eine verminderte Auflage und geringere Gewinne produzieren. Statistiken beweisen, dass sich die Deutschen hauptsächlich vor dem Arbeitsplatzverlust ängstigen: 74% bestätigen, dass Arbeitslosigkeit für sie immer noch das größte Problem ist (Eurobarometer 2006a). Insbesondere 2005, als das Thema in allen Medien diskutiert wurde, stiegen die Ängste beträchtlich an. Folglich publizieren die Zeitungen Artikel, die sich mit diesem Thema befassen. So wird die Wahrscheinlichkeit, dem Publikum attraktiver zu erscheinen, erhöht. Positive Artikel zu dieser Thematik sind kaum auffindbar.

Es gibt ein Sprichwort: „In einer Demokratie gibt es nur schlechte Nachrichten, in Diktaturen und Kommunismus gibt es nur gute.“ Für das Thema Migration trifft dies sicherlich zu.

In Zukunft wäre eine umfassendere Berichterstattung wünschenswert. Die meisten Artikel beschäftigten sich nur mit Fliesenlegern oder Schlachtern. Warum gab es zum

---

<sup>2</sup> Schwund hoch qualifizierter Einheimischer durch Auswanderung.

Beispiel kein Portrait von Krankenschwestern? Oder die Darstellung eines Sektors, in dem Immigranten unbedingt benötigt werden? Des weiteren sollte mehr Information aus den entsprechenden Ländern (zum Beispiel Polen, Tschechien) genutzt werden, um die Berichterstattung zu objektivieren. Umfragen der nationalen Institute hätten mit einbezogen werden sollen. Aus Polen wurden keine Statistiken genutzt, um das wahrscheinliche Migrationspotenzial zu beziffern.

Dies bestätigt meine These, dass die Zeitungen die Aktionen von Politikern diskutieren, die betroffenen Menschen (entweder deutsche oder polnische Arbeitnehmer) portraituren, aber kaum Informationen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern einbeziehen. Alles wird aus Deutschland heraus entwickelt und das bewirkt, dass die Berichterstattung einseitig bleibt.

Ein Rückgang der Benutzung von Anglizismen könnte auch dazu beitragen, dass sich die Qualität der Beiträge erhöht. Die meisten Menschen sind sich über die Bedeutung englischer Ausdrücke im Unklaren<sup>3</sup>.

Des weiteren wird die Macht des Verbrauchers überhaupt nicht erwähnt: die Kunden könnten ja allen Fliesenlegern dasselbe bezahlen, dann wären Arbeitsstellen nicht gefährdet. Aber diese Möglichkeit wird nicht diskutiert, denn im Ergebnis würde herauskommen, dass jede(r) Einzelne Einfluss auf den Arbeitsmarkt nehmen kann. In der heutigen „Geiz-ist-geil-Gesellschaft“ erscheint die Aussicht, als Privatperson keine Dumpinglöhne zu zahlen, wenig attraktiv. Die meisten Leute wählen von sich aus den billigsten Anbieter, ihnen ist egal, aus welchem Land der- oder diejenige stammt. Ausschlaggebend ist der Preis.

Verantwortung ist Macht, aber die Medien bevorzugen natürlich ein unsicheres, passives Publikum. Es ist leichter zu beeinflussen und konsumiert vorgefertigte Meinungen.

Sogar die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit der neuen Mitgliedsstaaten wird nicht als etwas Positives dargestellt, sondern als Bedrohung für den deutschen Standort. Dass die Europäische Union dadurch im globalen Wettbewerb gestärkt wird, scheint nicht erwähnenswert.

Die Journalisten haben nicht alle notwendigen Fakten zum Thema Niederlassungsfreiheit der Arbeitnehmer in Betracht gezogen. Das gefährliche an vorurteilsbehafteten Publikationen besteht darin, dass ein negatives Image von Polen hergestellt und verstärkt wird, obwohl es nicht der Realität entspricht.

Da die meisten antagonistischen Merkmale hinsichtlich des Alltags dargestellt werden, aber nicht auf persönlichen Erfahrungen basieren, wird die signifikanteste Beeinflussung im Hinblick auf negative Assoziationen durch die Medien hervorgerufen. Da Fernsehprogramme meist die einzige Informationsquelle über Polen darstellen, verstärkt und produziert die ungenügende Berichterstattung alte Stereotypen und Vorurteile.

Deutsche weisen generell einen geringen Wissensstand über Polen auf. 52% der Deutschen verneinten die Existenz einer funktionierenden polnischen Marktwirtschaft, während 43% überzeugt waren, dass es in Polen kein rasantes ökonomisches Wachstum gebe. Glücklicherweise haben sich diese Zahlen über die letzten fünf Jahre verbessert, so dass heute 36% das schnelle Wirtschaftswachstum in Polen wahrnehmen, 15% mehr als im Jahre 2000.

<sup>3</sup> An der Universität Dortmund wurde eine Studie zum Thema Anglizismen durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass die meisten Menschen sie nicht verstehen. So änderte Douglas, zum Beispiel, den Slogan „come in and find out“ in „Douglas macht das Leben schöner“.

Ein weiteres Problem stellt die Wahrnehmung der Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte dar. War sie bis 2000 praktisch nicht vorhanden, so hat sie sich in den letzten Jahren durch die Präsenz polnischer Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt und die Erweiterungsdiskussion bis 2006 erheblich gesteigert.

Doch trotz der negativen Berichterstattungen waren auch positive Entwicklungen in Polens Image zu erkennen. Alles in allem gab es Artikel, die positive sowie negative Folgen der Erweiterung aufzeigten.

Allerdings differenzierten die Medien kaum zwischen den Implikationen der Niederlassungsfreiheit und der neuen europäischen Dienstleistungsrichtlinie. Die notwendige Unterscheidung zwischen Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsrichtlinie und Vertragsarbeitern wurde kaum vorgenommen. Auf diese Weise sorgte die deutsche Presse endgültig für das Image vom „polnischen Klempner“.

Da polnische Arbeiter auch in anderen Ländern, Frankreich als das offensichtlichste Beispiel, als Bedrohung dargestellt wurden, verstärkte sich der Eindruck, dass die Gefahr hinter der Ostgrenze lauer. Die Diskussion fand überall in der Europäischen Union statt – nur die Länder, die von Anfang an liberal eingestellt waren (Schweden, Großbritannien und Irland), verhielten sich zurückhaltend<sup>4</sup>. Die negative Darstellung Polens führte sogar zu einem Anstieg der Anwendung von Übergangsregelungen in Ländern wie den Niederlanden, Finnland und Dänemark. Vor der ausführlichen Debatte hatten nur einige wenige EU-Länder beabsichtigt, ihren Arbeitsmarkt absichern.

Die Mythen und Wahrheiten über den polnischen Klempner können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Polnische Arbeiter nehmen einheimischen Bürgern Arbeitsplätze weg
2. Ausländische Arbeiter werden für geringeren Lohn beschäftigt
3. Die Arbeitsbedingungen sind schlechter als der nationale Standard
4. Einwanderer bilden eine Gefahr für das Sozial- und Wirtschaftssystem
5. Die Anstellung ausländischer Arbeiter führt zu einer Verringerung der Löhne

Von den fünf dargestellten Thesen ist nur die letzte zutreffend. Alle anderen können als Stammtischparolen behandelt werden.

Indirekt ist die Verringerung der Löhne in einigen Sektoren ein Ziel der EU, da so die Wettbewerbsfähigkeit dieses Wirtschaftsraums erhöht werden soll. Aber auch die Erhöhung von Löhnen am anderen Ende der Skala ist erwünschter Nebeneffekt. Niedriglohnländer der EU können folglich die Produktivität und den Ertrag erhöhen. Natürlich liegt es an den Regierungen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass alle Bürger von der intensiveren Staffelung der Löhne profitieren können (zum Beispiel durch Preisreduzierungen). Mit diesem Ansatz versucht die Europäische Union die Produktivität des Faktors Arbeit zu maximieren und den ehrgeizigen Zielen der Lissabon-Strategie ein Stück weit näher zu kommen.

### ***Politiker und ihr Einfluss***

Einige Menschen sind der Auffassung, dass Polen nicht nach Europa hätte „zurückkehren“ können, wenn es die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gegeben hätte. Andere meinen wiederum, dass es ohne Solidarność und ohne den polnischen

<sup>4</sup> In diesem Bereich wäre es interessant, zu hinterfragen, ob es eine europäische „public sphere“ gibt und ob sie zu diesen Entwicklungen beigetragen hat.

Freiheitskampf kein Ende des Kommunismus gegeben hätte. So oder so ist der reale Kommunismus verschwunden, was die Annäherung zwischen beiden Nationen ermöglichte.

Nicht wenige Polen und Tschechen befürchteten zeitweise ein hegemoniales Streben von deutscher Seite, während die deutsche Politik lediglich auf die Stabilisierung des mittel- und osteuropäischen Raumes abzielte.

Insbesondere Altbundeskanzler Helmut Kohl und EU-Kommissar Günter Verheugen machten die Osterweiterung 2004 möglich. Beide traten entschieden dafür ein, die Kluft, die durch den Eisernen Vorhang entstanden war, zu kitten. Eine EU ohne Erweiterung hätte den Frieden in Europa nicht garantieren können. Auch andere deutsche Politiker setzten sich für eine tiefere Partnerschaft besonders mit Polen ein, und dennoch scheint es an der notwendigen Sensibilität zu mangeln. Die Kooperation von Deutschland und Russland im Rahmen der Erdgaspipeline ist ein Beispiel dafür. Mehrdeutige Aussagen deutscher Politiker führen zu verstärkter Unsicherheit auf der polnischen Seite und werden von der polnischen Regierung zu Propagandazwecken genutzt. Das verringert die Glaubwürdigkeit auf beiden Seiten. Um die deutsch-polnischen Beziehungen also auf den Stand der deutsch-französischen zu bringen, ist es noch ein langer Weg.

Alles in allem befürworteten die meisten deutschen Politiker gute Beziehungen mit Polen, während sie gleichzeitig versuchten, die Ängste der deutschen Bürger zu verringern. Die Vorteile der Erweiterung wurden immer wieder hervorgehoben, während die Intensivierung der externen Kommunikation mit Polen gleichzeitig eine verbesserte Kooperation garantieren sollte. Offensichtlich bestand jedoch ein Informationsdefizit zwischen Politikern und Öffentlichkeit, denn sonst hätte die Debatte sich nicht so entwickeln können.

### ***Vergleich mit früheren Erweiterungen***

Die Struktur und Größe der berufstätigen Bevölkerung der beiden Erweiterungen unterscheiden sich. Außerdem wird die Migration wahrscheinlich auf bestimmte Mitgliedsstaaten der EU beschränkt bleiben. Ungleiche Verteilung von Einkommen und hohe Arbeitslosigkeit tragen zu den Unterschieden bei. Eine Parallele bezüglich der Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit kann jedoch beobachtet werden: wie in Portugal und Spanien wurden Übergangsregelungen festgelegt. Hoffentlich wird sich diese Gemeinsamkeit auch in einer früheren Aufgabe der Restriktionen widerspiegeln.

### ***Für Freunde der Statistik***

Eine verlässliche Voraussage über das Ausmaß von Migration zu machen, ist nicht möglich. Entweder werden zu viele Faktoren einbezogen, was das Szenario dann unübersichtlich und zu detailliert erscheinen lässt, oder es werden nur zwei Faktoren bedacht, die die Realität nur sehr grob wiedergeben. Das interessante ist dabei, dass zwei nur sehr schwer zu prognostizierende Faktoren als Grundlage für die Vorhersagen dienen: das Bruttosozialprodukt und die Arbeitslosenquote.

Wie schwer es ist, die Entwicklungen in diesem Bereich im eigenen Land einzuschätzen sieht man nach jedem Quartal, wenn die neuen Zahlen über Wachstum und Arbeitslosigkeit veröffentlicht werden. Bei Migrationsszenarien werden Tendenzen in Prognosen eingebaut, die die nächsten 20 bis 50 Jahre betreffen. Die Verlässlichkeit dieser Vorhersagen ist folglich eher gering. Man kann sich nur an groben Tendenzen orientieren, die eine Größenordnung von 188.000 bis 4.000.000 Migranten,

verschiedene Berechnungszeiträume sowie Ziel- und Herkunftsländer umfassen. Die Vergleichbarkeit der Szenarien lässt zu wünschen übrig und alles in allem weiß man in der Regel hinterher genau soviel wie vorher. Das Hauptproblem besteht darin, dass soziale Aspekte nicht oder nur schwer in Statistiken zu integrieren sind.

Meinungsumfragen können einen Einblick in die Migrationsbereitschaft der Bürger geben und so einen Trend entdecken. Verlässliche, langfristige Prognosen sind jedoch nicht zu erwarten. Wer war denn vor 20 Jahren schon in der Lage, die heutigen Verhältnisse annähernd realistisch darzustellen?

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass Statistiken im Bereich Migrationsprognosen kaum weiterhelfen. Der hohe Unsicherheitsfaktor kann von unterschiedlichen Institutionen (Wirtschaft, Politik, Medien) zu positiven oder negativen Deutungen genutzt werden.

### ***Immigration und Integration in Deutschland***

Ein weiterer Aspekt, der kaum von anderen Wissenschaftlern in Betracht gezogen wurde, ist, dass Deutschland sich nach 1945 selbst lange nicht als Immigrationsland betrachtet hat. Dieses Thema wird sicher immer emotionale Debatten hervorrufen. Trotz des konstanten Zustroms an Flüchtlingen und Immigranten wurde das Thema Einwanderung und Integration von den Politikern großzügig ignoriert. So hat die Regierung Zuwanderer lange als „Gastarbeiter“ bezeichnet. Die Tatsache, dass die meisten dieser Menschen nicht wieder in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, führte erst vor nicht allzu langer Zeit zu einer verstärkten Integrationsdebatte.

Dadurch, dass keine Auseinandersetzung mit dem Thema stattfand, wurden Ängste und Befürchtungen in der öffentlichen Debatte nicht angesprochen und folglich auch nicht verringert. Kürzlich wurde der Status als Immigrationsland endlich anerkannt, so dass gehandelt werden kann. Andernfalls rutschen Einwanderer in Grauzonen oder Wohngettos ab, was die Interaktion mit ihnen zusätzlich erschweren wird.

Ein weiterer Aspekt besteht darin, dass das Potential illegaler Migration relativ hoch ist. Statistische Zahlen belegen, dass 48% aller Auswanderungswilligen auch illegale Beschäftigung in Betracht ziehen. Durch rechtliche Beschränkungen lassen sich zur Migration bereite Menschen also kaum aufhalten. Diejenigen, die sich dadurch abschrecken lassen, sind die „high potentials“ (Ärzte, Wissenschaftler etc.). Die Nicht-Zuwanderung dieser Menschen bedeutet einen Verlust für die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, da sie es sind, die neue Arbeitsplätze schaffen können.

Im Ergebnis schreckt man hoch qualifizierte Menschen durch Restriktionen ab, während die Arbeiter, die ohnehin immigrieren, in die Illegalität abgedrängt werden und so nur noch schwer erreichbar sind.

Die wahre Ursache der ausführlichen Diskussion über polnische Arbeitnehmer ist aber nicht das negative Bild Polens oder die vorbelastete Berichterstattung allein, vielmehr handelt es sich um ein gewachsenes Unwohlsein, das sich aufgrund der nicht wahrgenommenen Gegenwart von Immigranten entwickeln konnte. Die Regierung hat es versäumt, Integrationsstrategien zu entwickeln, so dass die Menschen nun nebeneinander her und nicht miteinander leben. Die lebhafte Diskussion um Zuwanderungsbeschränkungen im Rahmen der EU war somit nur ein Ventil für bereits vorhandene Ängste.

Aufgrund der deutschen Geschichte ist es schwierig, sich mit Fragen der Einwanderung und Integration zu befassen. Die EU-Erweiterung bot eine Chance, alle Ängste und Befürchtungen auszuformulieren, die sich über die letzten 40 Jahre entwickelten und sich auf die Ausländer bezogen, die bereits lange Zeit in Deutschland lebten. Die Öffentlichkeit ist sich noch immer bewusst, was im Zweiten Weltkrieg geschah und wer dafür die Verantwortung trug. Folglich wird zu allem, was heute zu Integration und Einwanderung gesagt und getan wird, ein Bezug über die Vergangenheit hergestellt.

Die eigene Geschichte bleibt wirksam und bewirkt, dass die Regierung(en) nur sehr zögerlich handeln. Im Land befürchtet man, wieder als rassistisch erscheinen zu können. Das erklärt auch, weshalb die Debatte auf dem Umweg über andere EU-Staaten (Frankreich und Österreich) aufgegriffen wurde und nicht in Deutschland ihren Ursprung hatte. Freilich vermieden es die deutschen Politiker bisher, die Einwanderungsproblematik als Ganzes zu diskutieren und ganzheitliche Lösungsansätze anzubieten.

Letztlich fürchten sich die Deutschen also nicht vor dem inzwischen sprichwörtlichen polnischen Klempner, sondern vor nicht-integrierten, fremden Menschen inmitten ihrer eigenen Gesellschaft. Das Image der billigen Arbeitskräfte dient nur als Vorwand, um den Mangel an Integration im Allgemeinen anzumahnen. Insbesondere im Hinblick auf Muslime scheint deshalb mehr Aufklärung notwendig.

#### ***Derzeitige Reaktionen der Mitgliedsstaaten***

Nach entsprechenden Beobachtungen und Auswertungen haben Griechenland, Finnland, Spanien und Portugal 2006 beschlossen, ihre Arbeitsmärkte uneingeschränkt für die Bürger mittel- und osteuropäischer Staaten zu öffnen. Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien und die Niederlande verringerten die Einschränkungen. Bemerkenswert ist, dass nur die deutschsprachigen Länder (Deutschland, Luxemburg, Österreich) die Übergangsregelungen immer noch in Gänze anwenden.

Aus Statistiken ergibt sich ebenfalls, dass es vor allem diese Länder sind, die weitere Erweiterungen der EU mehrheitlich ablehnen. Nachteile werden hervorgehoben, während die Vorteile der EU-Erweiterung nicht akzeptiert werden. Die Angst vor illegaler Immigration scheint in den EU-15 Staaten von großer Wichtigkeit zu sein.

Da in Deutschland 82% der Bevölkerung die EU-Erweiterung immer noch mit der zunehmenden Niederlassung ausländischer Arbeiter in der EU assoziieren, kann man davon ausgehen, dass die negative Einstellung erhalten bleibt. Übergangsregelungen wird es auch für Bulgarien und Rumänien geben, vermutlich werden dann Skandale über rumänische Tellerwäscher aufgedeckt.

Auch die Bundesregierung rüstet sich, indem die Mindestlöhne aus dem Bausektor auf den Reinigungsbereich ausgedehnt werden. So sieht sich Deutschland noch immer von billigen Arbeitern bedroht und wird die Übergangsregelungen so lange wie möglich anwenden. Eine erhöhte Flexibilität des Arbeitsmarktes, mit der schneller auf Fluktuationen reagiert werden könnte, ist nicht absehbar. Statt langfristige Reformen zu entwickeln, improvisiert man lieber kurzfristig.

Die Bürger der EU und der Türkei wurden befragt, ob sie den EU-Beitritt positiv bewerten und eine Mehrheit spricht sich dagegen aus. Dieses Ergebnis sollte von denjenigen Politikern, die für die EU-Erweiterung sind, in Betracht gezogen werden. Die EU ohne die Zustimmung der Bürger zu erweitern, könnte als ein weiterer undemokratischer Akt verstanden werden.

Im Allgemeinen weist die EU offensichtlich ein Informationsdefizit auf, denn die Vorteile der Union im Allgemeinen sowie die der EU-Erweiterung im Speziellen scheinen den Bürgern nicht bewusst zu sein. Ironischerweise sollte gerade der Verfassungsvertrag, der in Frankreich auch aufgrund des „polnischen Klempners“ abgelehnt wurde, dieses Defizit verringern.

### ***Wie sieht die Zukunft aus?***

Da die Niederlassungsfreiheit eine der Grundfreiheiten der EU-Bürgerschaft darstellt, sollten sich die deutsche Gesellschaft und die deutsche Regierung mit dem Gedanken anfreunden, dass die Abschottung von Arbeitsmärkten keine langfristige Option bilden kann. Je früher eine höhere Flexibilität erreicht wird, desto schneller kann die Wirtschaft von den zusätzlichen Arbeitskräften profitieren. Da die Anzahl von Nicht-EU Immigranten fast zehnmal höher ist als die aus den Beitrittsstaaten der Osterweiterung, sollte sich die deutsche Regierung klarmachen, dass sich keine einwanderungsbereiten Menschenmassen hinter der Ostgrenze befinden.

Aufgrund der zunehmenden Unsicherheiten hinsichtlich Migration und Zuwanderung wären Aufklärungsaktionen in diesem Bereich wünschenswert. Weitere Ignoranz wird nur zu gesteigerter Ungewissheit und zunehmender Attraktivität populistischer Parteien führen (wie man bei den jüngsten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern sehen konnte). Letzten Endes hat die Binnenmobilität in der EU ohnehin nur einen marginalen Einfluss auf den nationalen Arbeitsmarkt.

Sollten die Medien so weiter agieren wie oben beschrieben, ist anzunehmen, dass negative Einstellungen bestehen bleiben oder sogar zunehmen. Die EU und die Regierungen der EU-Staaten sollten deshalb versuchen sicherzustellen, dass sämtliche Aspekte der EU-Erweiterungen veröffentlicht werden. Mehr Interaktion zwischen Politikern und Öffentlichkeit könnte außerdem helfen, das wahrgenommene Demokratiedefizit zu minimieren.

Eine stärkere Bindung zu den Bürgern muss hergestellt werden, um die EU nicht weiterhin als anonymen Apparat in Brüssel, der nach seinen eigenen Regeln arbeitet, erscheinen zu lassen. Wie kann man Demokratie und Freiheit propagieren, wenn nicht einmal die Wünsche der eigenen Bürger respektiert werden? Probleme zu ignorieren ist keine professionelle Art sie zu lösen.

In der Zukunft wird es sicherlich weiterhin Veränderungen in den Einstellungen gegenüber dem Phänomen der Migration geben, wobei es Pflicht der EU und der nationalen Regierungen ist, auf diese Entwicklungen zu reagieren und sich darauf vorzubereiten. Da viele verschiedene Aspekte in das Thema Niederlassungsfreiheit einfließen, wird es auch zukünftig nicht einfach sein, mit diesem Thema umzugehen. Aber da den Regierungen mittlerweile klar sein sollte, dass diese Ängste und Befürchtungen anhalten werden, sollten endlich wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden.

## O-Ton: Forum „Junges Europa“

**Eryk Krysztofiak**

geboren 1972 in Warschau, Germanist, lebt in New York City und arbeitet als Marketingfachmann für die Financial Times

### Politische Xenophobie – eine chronische Krankheit Polens

Die Entwicklung der letzten Monate des „neuen“ Europa brachte mehrere Akzente des alten Systems hervor. Besonders die politische Szene in Polen bestätigt, dass die junge Demokratie, die zurzeit von der konservativen Partei PiS ‘Recht und Gerechtigkeit’ und Andrzej Leppers populistischem Club “Selbstverteidigung” (Samoobrona) dominiert wird, außer andauernden Streitigkeiten über das Budget, der steigenden Korruption innerhalb des Parlaments, den politischen Skandalen und der Abrechnung mit den Ex-Kommunisten, kaum sichtbare und kaum gehaltvolle Ergebnisse bringt.

Durch die verzweifelte Koalitionssuche der regierenden Partei, bei der der Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident, der vom Präsidenten als “*der größte Faulenzer Polens*“ bezeichnet wurde, wegen seines politischen Programms seines Amtes entbunden wurde, nur damit man ihn kurz darauf wieder an die Macht bringen konnte, ändert sich die politische Arena wie in einem Kaleidoskop. Um die Macht in den Händen der regierenden Parteien zu behalten, hat man bei Nacht und Nebel, ohne Journalisten, Lepper wieder nominiert. Der alte/neue stellvertretende Ministerpräsident, der wegen illegaler Demos und Blockaden sogar zu Haftstrafen verurteilt wurde und Angst um die polnische Demokratie in Brüssel schürt, gewann durch seine populistischen Parolen bei vielen Bauern bedeutende Unterstützung und Sympathie.

Die steigende Frustration des durchschnittlichen ‘Jan Kowalski’ in Polen spiegelt sich allerdings wenig bei der amerikanischen Polonia wider. Abgesehen davon, dass sie in Chicago, New York oder Texas ihre neue Heimat gefunden haben, halten die meisten Polen die politische Situation in ihrer Heimat entweder vom Anfang an für verloren, oder aber besonders bei der älteren Generation findet die Regierung eine besondere Unterstützung. Viele Polen auf dem neuen Kontinent halten die Gebrüder Kaczyński für eine gerechte Macht, die zuerst mit den alten Kommunisten und Ex-Sicherheitspolizeiagenten abrechnen will und dazu noch die katholischen und patriotischen Moralprinzipien durchsetzen wird. Als der polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński im September Chicago besuchte, wurde er mit großer Unterstützung, Sympathie und Anerkennung begrüßt.

Es entsteht nunmehr leider die Frage, ob die Partei ‘Recht und Gerechtigkeit’ wirklich die 4. Republik gerecht und korruptionsfrei gründen möchte, oder um jeden Preis



einerseits mit klischeehaften Wahlphrasen die Unterstützung der Bevölkerung erreichen wollte und andererseits mit Bestechung und einem Komplott die Opposition eliminieren möchte. Momentan kann man sich kaum vorstellen, dass die Partei, die in ihrem politischen Programm den Kampf gegen Korruption im administrativen Sektor erklärt hatte, selbst mit Regierungsstellen die Opposition bestochen hat. Man muss jedoch darauf hinzuweisen, dass sich sowohl die historische als auch die sozio-politische Situation angesichts der zunehmenden Globalisierung in Europa und weltweit ständig ändert. Man fürchtet, nicht noch mehr die eigene, gerade erst wieder erworbene nationale Identität zu verlieren, ja man bekennt sich zur eigenen Identität, die sich in Harmonie, Anerkennung und Zusammenarbeit weiterentwickelt, die Xenophobie durch Öffentlichkeit ersetzt und voneinander verschiedene multikulturelle Gesellschaftsteile verbindet. Ich bin der Meinung, dass diese Harmonie und weit reichende Toleranz stark mit der Reife der regierenden Eliten zusammenhängt, die sich bewusst machen sollen, dass Demokratie auf Verantwortung, Toleranz und Zusammenarbeit beruht, bei der man das politische System nicht zu seinen eigenen Zwecken ausnutzt und Demagogie betreibt, nur um an der Macht zu bleiben.

Die Nachrichten aus Polen so wie auch aus dem Budapester Parlament und von der slowakischen Regierung beweisen, dass die junge Demokratie in Osteuropa durch Mängel an fundamentalen Prinzipien des neuen Systems gekennzeichnet ist, wo man im Parlament tatsächlich ständig neue Gesichter sieht, die zwar die andere Seite der Barrikade vertreten, jedoch die alte nationale und xenophobische Mentalität zum Ausdruck bringen. Erst jetzt zeigt sich, dass es noch lange dauern wird, bis die populistisch-nationalen Gespenster verscheucht sein werden.

## Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

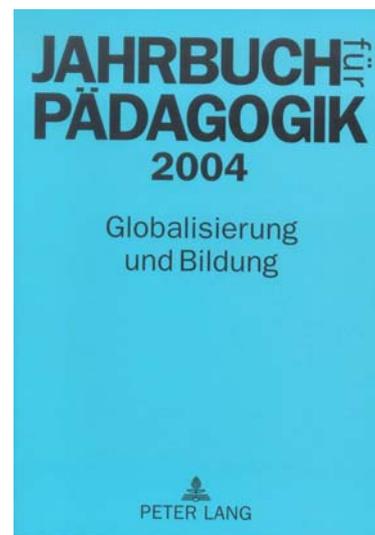
**Gerd Steffens, Edgar Weiß (Hg.): Jahrbuch für Pädagogik 2004. Globalisierung und Bildung. F./M. Berlin Bern 2004, 426 S.**

Das vorliegende Jahrbuch für Pädagogik 2004 gliedert sich neben dem einleitenden, ausführlichen Editorial der Herausgeber und dem abschließenden Abschnitt „Rezensionen“ in sechs übergeordnete Kapitel. Insgesamt haben 24 Autorinnen und Autoren aus den Bereichen Politikwissenschaften, Pädagogik, Soziologie, Theologie, Philosophie sowie Wirtschaftspädagogik an diesem umfangreichen Projekt mitgearbeitet. Dieser interdisziplinäre Ansatz kommt der Komplexität des Themas sehr entgegen. Es wird demnach aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln und mit Hilfe unterschiedlicher Herangehensweisen behandelt. Angesichts der Fülle des dargebotenen Materials und der vielschichtigen Darstellungsweise wird dieser Buchreport deshalb nur einen ausschnittartigen Überblick bieten können.

Das erste Kapitel des Bandes spiegelt die Schattenseiten der Globalisierung hinsichtlich „exemplarischer Lebenslagen“ wider. So beschäftigt sich der Erziehungswissenschaftler DIETER KIRCHHÖFER mit der Frage, ob die bereits entstandenen und entstehenden sozialen Kinderbewegungen in der Dritten Welt tatsächlich in der Lage sein können, Alternativen zur Globalisierung zu entwickeln. Hier geht es in erster Linie um die drängende und fatale Fragestellung, wie die armen und unterschichteten Kindermassen in Staaten der Dritten Welt von reinen Objekten eines rigiden und durch Ausbeutung und Missbrauch geprägten Globalisierungsprozesses zu Akteuren, also Subjekten in der Antiglobalisierungsbewegung werden könn(t)en. Diese Problematik wird vom Autor am Beispiel mehrerer konkreter Initiativen analysiert und erläutert.

In seinem Artikel über die Situation von Kindern in Brasilien beleuchtet PETER EICHER die Katastrophe des Ausschlusses von Kindern aus dem globalen Prozess und kommt zum Ergebnis, dass es in erster Linie die indigene Bevölkerung ist, die in prekären Verhältnissen lebt. Gleichzeitig hebt der Autor hervor, dass den etwa 27 Millionen indigenen Kindern, die einem enormen existentiellen Leid ausgesetzt sind, etwa zwei Millionen weiße Kinder entgegen stehen, die in unbeschränktem Luxus leben. Die planmäßige Ermordung unterschichteter Straßenkinder, die in einem durch Gewalt und Drogen geprägten Milieu aufwachsen und zum Schrecken der brasilianischen Mittelschicht geworden sind, steht quasi auf der Tagesordnung. Die Kinder haben ihren Subjektcharakter vollkommen eingebüßt, werden als Feinde der Ordnung wahrgenommen und behandelt und bilden ein „unerschöpfliches Potenzial für billige Arbeitskräfte“. Perspektiven auf Besserung sind kaum in Sicht. (S. 63)

Auch im Beitrag von LUTZ VON DIJK, in dem der Autor im Kontext der kaum noch einzudämmenden AIDS-Problematik in Südafrika, die Masse der Kinder dieses Landes als ausgesprochene Globalisierungsverlierer charakterisiert, wird hervorgehoben, dass es daneben eine dünne Schicht südafrikanischer Eliten gibt, denen eine gute soziale und



61

BO

3/4  
2006

medizinische Fürsorge geboten wird. Besonders anrührend, aber auch deprimierend sind die am Ende dieses Artikels abgedruckten Gedanken einer Mutter aus Südafrika unter dem Titel „Mein Traum für die Zukunft“. (S. 78-81)

Der schwierigen Situation rumänischer Kinder, die sich nach dem Ende des Staatssozialismus zwar verbessert hat, aber weiterhin dramatisch bleibt, geht die Diplompädagogin JANE SCHUCH in ihrem Beitrag nach. Neben der gesellschaftlichen Transformation im Vorfeld des EU-Beitritts des Landes sind es in erster Linie Globalisierungseffekte, die kaum bewältigt werden können. Hier verweist die Autorin auf die Kluft, die zwischen armen und reichen sowie ungebildeten und gebildeten Menschen immer tiefer wird. Hinzu kommt, dass das Problem durch die Lage der Roma und der Roma-Kinder verschärft wird, die weiterhin eine Sündenbockfunktion inne haben und in der Regel für das schlechte Image des Landes verantwortlich gemacht werden. Aufgrund der gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme geht die Autorin realistischerweise davon aus, dass das Land in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein wird, positive reformerische Perspektiven zu entwickeln. (S. 92)

Das zweite zentrale Kapitel des Bandes ist einer ganz anderen, wesentlich abstrakteren Fragestellung gewidmet. In ihm geht es um einige wichtige normative Perspektiven von Globalisierung und Weltdeutung. Im ersten Aufsatz versucht der Soziologe HAUKE BRUNKHORST am Beispiel des dem Globalisierungsprozess unterworfenen bürgerlichen Solidaritätsbegriffs eine bildungstheoretische Perspektive zu entwickeln, die er konsequenterweise mit der Analyse nationaler sowie internationaler Rechtssysteme verbindet. Obschon der Autor konstatiert, dass es hinsichtlich der Menschenrechtssituation des Individuums sowohl inner- als auch überstaatlich ein fest umrissenes positives System der Menschenrechte gibt, was in Anlehnung an LUHMANN impliziert, dass man unter normalen Umständen nirgends in der Welt damit rechnen muss, „wie ein rechtloser Fremder behandelt zu werden“, bleibt globales Recht doch weiterhin hegemoniales Recht. So sei es multinationalen Unternehmen ohne weiteres möglich, konkurrierende Staaten und deren Rechtssysteme gegeneinander auszuspielen. Dies impliziere immense Ungleichgewichte und führe dazu, dass sich im Unterschied zu den global prosperierenden Zentren an der überaus schwierigen Lage peripherer Regionen und der von jeglicher Arbeit ausgeschlossenen Klassen solange nichts ändern werde, solange es keine globalen und regionalen Äquivalente für den demokratischen Rechtsstaat gebe. (S. 110)

Dem Begriff der Nachhaltigkeit als einem „Schlüsselkonzept globalisierter gesellschaftlicher Naturverhältnisse und weltgesellschaftlicher Bildung“ geht der Politikwissenschaftler ULRICH BRAND in dem sich anschließenden Artikel nach. Der Autor stellt fest, dass im postfordistischen Zeitalter Umweltdiskurse und -praxen nicht mehr von der Perspektive einer grundlegenden Transformation der Gesellschaft geprägt seien, vielmehr stehe Effizienz und Standortsicherung im Vordergrund. Dies bedeute, dass Umweltpolitik zu einem Teil des „nationalen Wettbewerbsstaates“ und der „Internationalisierung des Staates“ werde. Deshalb könne die von DAVID HELD und JÜRGEN HABERMAS postulierte „kosmopolitische Demokratie“ im Grunde genommen nur als Utopie verstanden werden, da in ihr contrafaktisch argumentiert werde. Auch die moralisierenden und katastrophistischen Ansätze der sozialen Bewegungen der 1980er Jahre würden übersehen, „dass die konkreten historischen Formen von Naturaneignung von Macht und Herrschaft nicht zu trennen sind.“ Dies gelte auch ganz konkret für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, da sie sich nicht

auf Machtfragen einlasse, sondern über Leitbilder aktuelle Zukunftsentwürfe skizziere. (S. 120) Internationale Protestbewegungen, die auch die sog. „nachhaltige Globalisierung“ negieren, wobei sie davon ausgehen, dass sich die neoliberale Globalisierung gänzlich durchgesetzt habe, werfen mit ihren Aktionen demnach die Grundsatzfrage auf, ob es durch neue (welt)gesellschaftliche Kräfteverhältnisse möglich sein werde, das zur Zeit dominierende neoliberal-militaristische Modell in eine emanzipatorische Richtung zu transformieren. (S. 122) Für die Bildung in der Weltgesellschaft sei von Bedeutung, dass Nachhaltigkeit ein weiterhin überaus positiv besetzter Begriff sei. Er könne in mehreren Diskursen, die heute weltweit zum common sense gehören (Weltweite Gerechtigkeit, Produktions- und Konsumtionsweisen, die langfristige Lebensbedingungen nicht zerstören) fruchtbar gemacht werden. Um das heute geltende TINA-Prinzip (there is no alternative) außer Kraft zu setzen, sollte der Begriff der Nachhaltigkeit deshalb zu einem zentralen Bezugspunkt weltgesellschaftlicher Bildung werden. (S. 125)

HANHS-JOACHIM GAMM beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Globalität und Regionalität, wobei er auf den von Ulrich Beck entwickelten Begriff der „Zweiten Moderne“ – als einem Zeitalter, in dem der Wertekanon der Arbeitsgesellschaft als historischem Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie ungewiss wird – zurückgreift, um am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns und mittels historischer Rekonstruktion die Eigenart dieser traditionell rückständigen Region zu erläutern. Erst durch die Regionalpolitik der EU und eine entsprechende europäische Förderung (Charta der Regional- und Minderheitensprachen) mit der Aufwertung des Niederdeutschen sowie der beachtenswerten Literatur dieser Region sei es im Kulturbereich gelungen, zu einem neuen überregionalen Selbstbewusstsein zu gelangen. (S. 138)

Mit Hinweis auf die Überlegungen von ANDRÉ GORZ und ERHARD EPPLER konstatiert der Autor allerdings hinsichtlich des Verhältnisses von Regionalismus und Globalismus, dass aktuell „der Würgegriff des Kapitals böser gerät als die Sorgen früherer Zeitalter.“ (S. 139) Angesichts der faktischen Kluft zwischen armen und reichen Regionen, der widersprüchlich und politisch konjunkturell diskutierten Frage von Einwanderung und Staatsbürgerschaft sowie mangelnder Solidarität und Mitmenschlichkeit kommt der Autor mit Ulrich Beck zum Ergebnis, dass Zusammenhalt und Demokratie in einer postreligiösen und nachindustriellen Gesellschaft, bei der Erwerbstätigkeit nicht mehr alleine im Zentrum steht, nur „durch persönliche Freiheit und Citizenship“ möglich sei. (S. 141)

Im Kontext von Regionalität, Identität und Globalisierung wirft der Philosoph THOMAS KATER die Frage auf, wie sich das Politische global denken lasse. Dabei geht er zunächst von den denkerischen Ansätzen von HOBBS und KANT aus, die den Ursprung des Politischen aus der Gewalt ableiten. Zur Überwindung zwischenstaatlicher Gewalt entwickelte KANT bekanntlich das Modell des Völkerstaats (civitas gentium), eines Völkerbunds, der staatsanaloge Aufgaben zu erfüllen habe. (S. 149) Ein weltumspannender globaler Frieden ist also nur dann möglich, wenn ein Völkerstaat aus verfassten Republiken verwirklicht sei. Für KANT sind Regionalität des Politischen und Universalität der Norm des Friedens grundsätzlich vereinbar. Die regionalen Rechtssubjekte müssen allerdings das Weltbürgerrecht anerkennen. Dem Weltstaat als globaler Institution des Politischen wird aber eine klare Absage erteilt, da er auf Zwang beruhe und nicht als institutionalisierte Verwirklichung einer globalen Weltgesellschaft

gedacht werden könne. (S.152) Diese Ableitung des Politischen wird um das Modell von ARISTOTELES ergänzt, der den Ursprung des Politischen auf die Kategorie der Gerechtigkeit zurückführt. Soziale Gerechtigkeit sei dementsprechend nicht nur von regionaler Bedeutung, sondern müsse als globale Frage betrachtet werden, in der sich Weltbürgerschaft als „globale Gerechtigkeit“ bewähre. Angesichts der faktischen Lage in der Welt scheint die Vorstellung von den solidarisch zueinander stehenden Weltbürgern illusorisch zu sein, allerdings hebt KATER zusammenfassend hervor, dass der doppelte Ursprung des Politischen in der Gewalt und in der Gerechtigkeit für die politische Philosophie keinen anderen Weg zulasse, als das Politische global zu denken. (S. 155)

Der Erziehungswissenschaftler EDGAR WEISS beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der frühen Globalisierungskritik des Philosophen GÜNTHER ANDERS, für den der Abwurf der Atombombe über Hiroshima zum Anlass wurde, massive Kritik an einer irreversiblen Entwicklung zu üben, die es der Menschheit erlaube, sich jeden Tag auszulöschen und in der Bedrohung zu leben, jeden Tag ausgelöscht zu werden. (S.159) Der Mensch ist nach ANDERS demnach endgültig zu einem manipulativen Objekt, zu einem infantilisierten „Hörigen“ geworden. Besonders fatal sei, dass die Menschheit sich durch die Entwicklung der Atomenergie in die Lage gebracht habe, in Sekundenbruchteilen massenhaft zu morden. (S. 163) ANDERS warnte folgerichtig bereits 1980 vor der „falschen Globalisierung“ und dem „Diktat der Technik“. Seine skeptische denkerische Haltung führte dazu, dass er sich gegen die „Hofferei“ von ERNST BLOCH aussprach und das „Prinzip Hoffnung“ durch das „Prinzip Trotz“ ersetzt wissen wollte. Kritisch wendet sich WEISS in diesem Kontext allerdings gegen die von ANDERS postulierte „Erziehung zur Angst“, da sie sich keinesfalls dazu eigne, zu gesellschaftspolitischem Engagement zu motivieren. Deshalb spricht sich der Autor für eine Verbindung der sich quasi ausschließenden Prinzipien aus, indem er auf die von AXEL EGGBRECHT formulierte Haltung einer „trotzigen Hoffnung“ oder eines „hoffenden Trotzes“ hinweist. (S. 169)

Das dritte Kapitel des Bandes, das den bezeichnenden Titel „Weltmarkt und Bildung – Bildung als Ware“ trägt, ist einer sehr aktuellen Thematik gewidmet, die auch in Deutschland rege und konfliktreiche Debatten (Studiengebühren!) hervorruft. Der Politologe CHRISTOPH SCHERRER beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Bildung als einem Gegenstand des internationalen Handelsregimes. In diesem Zusammenhang diskutiert er das 1994 abgeschlossene Dienstleistungsabkommen GATS mit seinen unterschiedlichen Bildungsdienstleistungen und den vier Erbringungsarten: Grenzüberschreitende Erbringung, Nutzung im Ausland, Kommerzielle Präsenz und Präsenz natürlicher Personen. Dem flexiblen Liberalisierungskonzept des GATS entsprechen die Systeme der Meistbegünstigung und der Inländerbehandlung. Damit soll eine Diskriminierung von Bildungsanbietern, die dem GATS angehören, ausgeschlossen werden. Allerdings bleibt es den WTO-Mitgliedern vorbehalten, nur in jenen Sektoren den Markt zu öffnen, in denen sie es für opportun erachten. Dies bedeutet zum Beispiel, dass die staatlichen Hochschulen in der Bundesrepublik bisher von den GATS-Verpflichtungen ausgeschlossen sind. Allerdings sind die Dinge im Fluss, da gegenseitig weitere Forderungen zur Liberalisierung des Bildungsmarktes – etwa im Verhältnis von WTO und EU – gestellt werden. Deshalb geht der Autor auch der Frage nach, inwieweit die GATS-Verhandlungen und der Bologna-Prozess miteinander in Übereinstimmung zu bringen sind. Die Ziele des Bologna-Prozesses, etwa die Förderung von Mobilität

oder die Einführung von vergleichbaren Abschlüssen, können dabei auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden: während man im Bologna-Prozess selbst eine institutionelle, kooperative Strategie bevorzugt, sind die aktuellen Forderungen des GATS auf eine „funktionelle Integrationsstrategie“ ausgerichtet, die auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb setzt. (S. 186) Dem Autor ist beizupflichten, wenn er abschließend feststellt, dass die Weiterführung der GATS-Verhandlungen für das Hochschulwesen und die Weiterbildung eine große Anzahl von Unsicherheiten bergen. (S. 188)

Mit den neuen Medien und dem globalen Bildungsmarkt beschäftigt sich die Sozialhistorikerin INGRID LOHMANN. Im Untertitel ihres Aufsatzes wird deutlich, worum es der Autorin in erster Linie geht: um die Transformation von Bildungsprozessen in Eigentumsoperationen mit Wissen, also um die Frage, wie Informations- und Kommunikationstechnologien und das Internet Lehre und Unterricht verändern. Begünstigt wird dieser sich rasant vollziehende Transformationsprozess durch die Profitträchtigkeit der Neuen Medien. Privatisierung (Eliminierung „öffentlicher“ Aufgaben der Universitäten) sowie Kommerzialisierung (Ausrichtung der Studiengänge am Markt) sind auf der Tagesordnung. „Distance Learning“ sowie „Consumption Abroad“ zählen dabei zu den am schnellsten wachsenden Segmenten. Am Beispiel der privaten University of Phoenix in Arizona, die ganz ohne festes Lehrpersonal auskommt, exemplifiziert die Autorin eindrucksvoll, wie Bildungsprozesse zu Eigentumsprozessen mit Wissen als Ware mutieren.

Dabei haben die USA als auch die EU (Lissabon-Prozess) „die Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Basis der Industrie und die Beförderung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ zu ihrem zentralen strategischen Ziel erhoben. Im Bereich von E-Learning und Content-Entwicklung gibt es die klare Vorgabe, dass Produkte vermarktet werden und nicht mehr gebührenfrei im Netz stehen sollen. In diesem Kontext spielen Wissenschaftsnetze wie GÉANT, DANTE oder in Deutschland das G-WIN auch wirtschaftlich eine zunehmend wichtige Rolle.

Insgesamt ist festzustellen, dass auf dem globalen Bildungsmarkt zwei Tendenzen zu beobachten sind: Innerhalb der OECD gibt es ein rasantes Wachstum des Handels mit Bildungsdienstleistungen und gleichzeitig kommt es zu einem enormen Anstieg des Exports dieser Dienstleistungen in die Dritte Welt, in erster Linie in die Schwellenländer. (S. 201) Auch deutsche Universitäten sind auf dem rasch wachsenden Markt weltweit mit Filialuniversitäten vertreten. Der globale Ausverkauf des öffentlichen Bildungssektors scheint nach LOHMANN deshalb folgendes Szenario nahe zu legen:

„In Zukunft wird es nur noch den Nutzer geben, der individuell, personalisiert, ortsunabhängig und je nach Möglichkeit und Bedarf Kommunikationstechnologie in Anspruch nimmt. Und der, nicht zu vergessen, genauso individuell, personalisiert, ortsunabhängig und je nach Möglichkeit und Bedarf zur Kasse gebeten wird.“ (S. 207)

Auch die Erziehungswissenschaftlerin SUSANNE BLÖMEKE beschäftigt sich mit der Thematik von Globalisierung und neuen Medien. In ihrem Beitrag geht es um die widersprüchlichen Tendenzen im Hinblick auf internationale Gerechtigkeit und Demokratisierung durch das Internet. Drei Leitfragen werden formuliert. Bildet das Internet eher ein Potenzial für soziale und ökonomische Anpassungsprozesse oder besteht die Gefahr der Verschärfung internationaler Ungleichheiten? Inwiefern wird

freie Meinungsäußerung befördert oder behindert? Welche Konsequenzen ergeben sich aus den gewonnenen Erkenntnissen?

Die Autorin stellt anhand empirischer Befunde fest, dass die enormen Diskrepanzen zwischen der 1. und 3. Welt weiterhin bestehen. So bleiben die Zollbarrieren gegenüber der 3. Welt erheblich und im Zuge der Globalisierung haben sich die Unterschiede zwischen beiden Welten sogar vergrößert. Den sogenannten Globalisierungsgewinnern (Ostasien) stehen mit Afrika und Osteuropa auch ganze Regionen als Verlierer gegenüber. Auch sei die 1. Welt daran interessiert, Aufholprozesse der 3. Welt zu verhindern, sobald Arbeitsplätze in den eigenen Ländern gefährdet seien. (S. 221) Hinsichtlich des Stellenwerts neuer Medien für Information und Aufklärung kommt die Autorin zum Ergebnis, dass es in der Medienlandschaft vermehrt zu globalen Konzentrationsprozessen kommt, wobei sich die inhaltlichen Angebote als „stromlinienförmig“ erweisen und aufgrund der Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Sendern die Einschaltquote zum alles bestimmenden Faktor wird. Von autoritären Systemen werde das Internet als Bedrohung angesehen, deshalb seien Einschränkungen der Nutzungsfreiheit an der Tagesordnung. Dies gelte nicht nur für Vietnam oder Weißrussland, sondern auch für das aufstrebende China. Als Ergebnis konstatiert BLÖMEKE, dass die internationale Ungleichheit beim Zugang zum Internet weiterhin anhalte. Offen bleibe auch die Frage, ob und wie eine stärkere Kontrolle des Internets erfolgen könnte, um demokratische Prinzipien im Medienbereich effektiv schützen zu können.

In dem sich anschließenden vierten Kapitel werden „Anregungspotenziale aus pädagogischen Theorietraditionen und Diskursen“ vorgestellt. So beschäftigt sich der Erziehungswissenschaftler GERNOT KONEFFKE mit der „alten, vertrackten Beziehung“ zwischen Globalisierung und Pädagogik. Dabei geht er in Anlehnung an KARL MARX davon aus, dass das Entstehen bürgerlicher Gesellschaft nicht nur die Notwendigkeit von Pädagogik zeitige, sondern auch Globalisierung in Gang setze: denn die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft sei ihrem Wesen nach expansiv. Damit fallen Pädagogik und Globalisierung in ihrem Grund zusammen. Allerdings mobilisiere die Globalisierung, in welcher Form sie sich auch immer fortentwickle, ebenfalls den Widerspruch gegen sich selbst, das heißt, dass das Verhältnis von Globalisierung und Bildung, ebenso wie das Verhältnis von Bildung und Herrschaft, ein widersprüchliches ist. Dabei sei die bürgerliche Gesellschaft in den Widerspruch verstrickt, dass sie Allgemeinbildung in gleicher Weise fürchte, wie sie sie brauche. Allerdings könne Pädagogik immer dann Einspruch im Globalisierungsprozess formulieren, wenn sie sich des Widerspruchs von Bildung und Herrschaft bewusst werde. Der Autor erinnert in diesem Zusammenhang an die von der Unesco definierten und geforderten Bildungsstandards (World Education Reports), die solche Themen wie Analphabetismus und Alphabetisierung, Bildung der Frauen und Mädchen, Bildung für Demokratie, Frieden und Menschenrechte behandeln.

Allerdings gibt er auch zu bedenken, dass die Vereinheitlichung des kapitalistischen Weltsystems sich immer als ökonomische und soziale Segregation durchsetze, weil der Motor dieser Vereinheitlichung nicht der politische Wille sei, sondern die Anarchie der Märkte. (S. 251) Deshalb müsse Pädagogik nicht nur als bloßer Weg zur Lösung von Problemen begriffen werden, sondern als Teil der Probleme selbst. Hieraus folge, dass der „wärmende Kokon pädagogischen Glaubens“ verlassen und der pädagogische Gedanke mit der Härte der ‚bürgerlichen Kälte‘ konfrontiert werden müsse.

Die Erziehungswissenschaftlerin CHRISTA UHLIG fragt in ihrem Beitrag „Vaterlandslose Gesellen“ oder „Globalisierungskritiker“ nach Internationalisierung und Bildung in der Arbeiterbewegung. Dabei stellt sie zunächst fest, dass Kapitalismusedwicklung und Arbeiterbewegung im europäischen Raum über 150 Jahre lang eng aneinander gebunden waren. Der sozialistische Internationalismus richtete sich gegen den internationalen Kapitalismus und bürgerlichen Nationalismus. In der proletarischen Literatur des 19. Jahrhunderts galten Weltbürgerlichkeit, Kosmopolitismus und Internationalität als synonyme Begriffe. Die deutsche Pädagogik blieb hingegen klar auf nationalem Kurs, der Internationalismus galt als anti-nationale Haltung, die besonders von den „Vaterlandslosen Gesellen“ – also den Sozialdemokraten – eingenommen wurde. (S. 259) Im Diskurs der 1864 gegründeten Arbeiterassoziation (IAA) wurde dagegen postuliert, dass der Sozialismus „seiner Natur nach“ international sei. Bildung wurde als einziges Mittel zur Demokratie und zur Überwindung der „Grausamkeit“ verstanden. Zur Finanzierung der Bildung wurde auf den IAA-Kongressen (1866, 1867, 1868) regelmäßig eine Umverteilung auf Kosten der Militärausgaben gefordert. Eine Argumentation, die bis heute nichts an Aktualität eingebüßt hat. Allerdings gab es innerhalb der Arbeiterbewegung eine ganze Reihe offener Fragestellungen, die sehr kontrovers diskutiert wurden (Verhältnis zur Kinderarbeit und zum Staat als Träger öffentlicher Bildung, Frage nach dem Arbeitsbegriff und dem Umfang und Inhalt schulischer Bildung, Verhältnis der Arbeiterbewegung zu öffentlichen Zeugnissen, zur Forderung nach Unentgeltlichkeit der Schulbildung und zur Religion).

Hinsichtlich der abschließenden Frage, ob sich die Diskussion um Arbeiterbewegung und Globalisierung heute noch lohne, stellt die Autorin einerseits fest, dass durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, die durch die Globalisierung erzwungene Positionsänderung der Sozialdemokratien und den damit verbundenen sozialen Rückbau die Position der Arbeiterbewegungen nachhaltig geschwächt worden sei. Andererseits führt sie in Anlehnung an die Überlegungen von ERIC HOBSBAWM aus, dass die Arbeiterbewegung sich vom rein nationalen Rahmen ihrer Tätigkeit befreien müsste, schon alleine deshalb, weil sie heutzutage das einzige Projekt darstelle, das allen Menschen Besserung andiene und sich nicht darauf beschränke, „nur den einen das zu geben, was den anderen vorenthalten wird.“ (S. 266)

Der Erziehungswissenschaftler WOLFGANG KEIM wirft in seinem Aufsatz die Frage auf, ob die Gesamtschule eine Antwort auf die Globalisierung sein könne und geht damit auf die in Deutschland wieder aktuelle Schulsystemdebatte ein. Nach einer ausführlichen historischen Darstellung der deutschen Schulentwicklung setzt sich der Autor mit den mit der Einheitsschule gemachten Erfahrungen im internationalen Vergleich auseinander. Gemeinsam entwickelte Standards für Leistungsvergleiche, so wie sie bei TIMSS und PISA vorgegeben und abgefragt wurden, führten bekanntlich zum Ergebnis, dass frühzeitige Selektion und Leistungsdruck – wie in Deutschland tradiert und praktiziert - im Unterschied zum skandinavischen Modell, das sich durch Förderung jedes Einzelnen ohne Leistungsdruck und ohne frühzeitige Selektion auszeichnet, nicht zum erwünschten Erfolg führt. Der Einschluss aller Kinder und Jugendlichen in die gemeinsame Schule sowie das Prinzip der Gleichberechtigung des Einzelnen und das Recht auf Unversehrtheit seiner Menschenwürde scheinen die Garanten für die Effizienz des skandinavischen Schulmodells zu sein. Im übrigen werden ähnliche Erfolge auch von ähnlich konzipierten deutschen Gesamtschulen

(Bielefelder Laborschule, Helene-Lange-Schule in Wiesbaden) erzielt. Trotz dieser nachweislich positiven Erfahrungen gibt es in Deutschland im Hinblick auf die Einheitsschule weiterhin erhebliche Barrieren und Widerstände. Hier nennt der Autor in erster Linie die deutsche Erziehungsphilosophie, die auf feudalen und bürgerlichen Prinzipien basierend davon ausging, dass Besitz und gesellschaftliche Stellung über den Besuch entsprechender Schulen entschieden. Bestimmend waren von Beginn an das Diktat von Leistung, Konkurrenz und Auslese, ein System von öffentlich zur Schau gestellter Belobigung und Beschämung, das einerseits Überheblichkeit und andererseits Minderwertigkeitsgefühle freisetzte. Dieses System wurde nach 1945 weiter tradiert, zumal in der BRD in den 1950er Jahren noch nativistische Begabungstheorien dominant waren, die die ständische Gliederung der Gesellschaft und die Dreigliedrigkeit des Schulsystems zu legitimieren schienen. Die neuen gesellschaftspolitischen Anforderungen führten seit der Rezession der Jahre 1966/67 zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen, wobei schon damals bei der heftig entbrannten Kontroverse über Chancengleichheit der Akzent fast immer stärker auf Chance als auf Gleichheit lag. (S. 288) Folgerichtig konnte weder der Strukturplan von 1970 noch der Bildungsgesamtplan von 1973 das herkömmliche deutsche Schulsystem grundsätzlich verändern. Keim kommt deshalb zu der vorsichtig formulierten Hoffnung, dass eine nachhaltige Reform des deutschen Schulsystems angesichts der TIMSS- und PISA-Debatte eine gewisse Chance auf Realisierung haben könnte. (S. 289)

Das fünfte Kapitel, in dem Handlungsfelder und Praxisaspekte behandelt werden, wird durch den Aufsatz des Soziologen KLAUS F. GEIGER eingeleitet. Der Autor beschäftigt sich mit dem Thema der Immigration, des gesellschaftlichen Wandels und der Rolle der staatlichen Schule.

In einem historischen Rückblick wird deutlich gemacht, dass das Phänomen der faktischen Einwanderung in Deutschland lange gelehrt und erst durch den Nachzug von Ehepartnern (1973) eine Integrationsdebatte angestoßen wurde. Über lange Zeit sollten Ausländer und Asylbewerber im Unterschied zu den deutschstämmigen Aussiedlern nur „auf Zeit“ integriert werden. So wurde der muttersprachliche Unterricht lediglich unter dem Aspekt der Rückkehr in die Heimat eingeführt. Die nach PISA einsetzende aktuelle Debatte über die schlechten Schulleistungen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, führt allerdings dazu, dass intensiv nach adäquaten Methoden einer Integration dieser Gruppe geforscht wird. Dabei ist zu beachten, dass sich die Außenbedingungen verändert haben und dass eine Integration in nationalstaatlichem Rahmen Illusion bleiben muss. Dies ergibt sich schon allein aus dem Umstand, dass die Welt immer stärker medial verknüpft wird. Zuwanderer können ihre kulturellen Bezüge deshalb gleichzeitig im Herkunfts- wie im Aufnahmeland besitzen und leben. (S.303) Da das deutsche Schulmodell einem „farbenblinden Assimilationismus“ entspricht, von den SchülerInnen aus Minderheitengruppen einerseits Assimilation erwartet, diese Assimilation aber andererseits verhindert, indem es die spezifische Situation dieser Gruppen nicht berücksichtigt, führt die durchaus existente formale Gleichbehandlung nicht zu Gleichberechtigung. Im Gegenteil, die deutsche Schule erweist sich als ein Instrument der Diskriminierung. Um dies zu ändern, müsste Heterogenität und nicht Homogenität als Normalfall betrachtet werden, es ginge so betrachtet um die Akzentuierung der Differenz und nicht um deren Aufhebung. (S. 306) Zwar gebe es eine große Zahl von Veröffentlichungen zum Thema „interkulturelle

Pädagogik“, allerdings entspreche die konkrete Schulpolitik nur selten dieser Programmatik.

Deshalb müsse die Lehrerbildung auf interkulturelle Konzepte ausgerichtet werden, sei die Schulorganisation auf heterogene Lerngruppen einzurichten und sollten SchülerInnen nicht nach vier Schuljahren in trennenden Strukturen unterrichtet werden. Gefordert sei auch ein Mehr an sozialem Lernen und an interkulturellen Konzepten. Mehrperspektivität bei der Darstellung von Sachverhalten sei ebenso wichtig wie die Erweiterung des Wissenshorizontes. Schließlich seien aktivierende Unterrichtsformen notwendig, um die Handlungs- und Kommunikationskompetenzen der SchülerInnen zu stärken. (S. 309)

In dem sich anschließenden Beitrag fordert der Friedenspädagoge WERNER WINTERSTEINER, dass Friedenspädagogik das Leitbild pädagogischen Handelns darstellen sollte. Unter Friedenspädagogik versteht der Autor ein Gesamtkonzept, in dem interkulturelles Lernen, globale Bildung, Umwelterziehung, Menschenrechte sowie gewaltfreier Umgang mit Konflikten integriert seien. Die Kultur des Friedens beschränke sich aber nicht nur auf die politische Sphäre, sie frage auch nach Handlungsmöglichkeiten im Alltag. Angesichts globaler Bedrohung durch Aids und Klimaerwärmung, durch Kriege, Flüchtlinge und Hunger bestehe die pädagogische Herausforderung darin, eine positive Perspektive anzubieten. Es müsse aufgezeigt werden, dass Katastrophen von Menschen gemacht und von Menschen verhindert werden können. Die Losung der Globalisierungskritiker „Eine andere Welt ist möglich“ solle Richtlinie pädagogischen Handelns sein. Der Autor postuliert deshalb, dass Friedenserziehung zum verbindlichen Schulfach werden muss, wobei friedenspolitische Bildung intensiver mit sozialem Handeln zu verbinden sei. Sie sollte besonders junge Menschen dazu befähigen, sich aktiv an der Lösung der gegenwärtigen globalen Probleme zu beteiligen. (S. 328)

Der Problematik von Globalisierung und politischer Bildung ist der Aufsatz des Politikwissenschaftlers CHRISTOPH BUTTERWEGE gewidmet. Der Autor kennzeichnet den neoliberalen Globalisierungsprozess als antidemokratische Leitideologie, durch die eine Machtverschiebung vom Staat hin zu Privatpersonen und –institutionen stattgefunden habe. Politik und politische Bildung haben es schwer, weil sie angesichts der Dominanz der Wirtschaft mit ihrer verfassungspatriotischen Ausrichtung ins Leere stoßen. Dadurch bleibe das Leitbild von der Bürger- und Zivilgesellschaft blass. Als Alternative müsse deshalb ein „solidarisches Lernen“ entwickelt werden, das sich gegen das neoliberale Konzept des Standortwettbewerbs sowie die ökonomistische Leistungsideologie auszurichten habe. Die Grundfrage laute: Wie und in welcher Welt wollen wir leben? Angesichts einer weltweiten die Demokratie schwächenden Polarisierung in arm und reich fordert der Autor eine Repolitisierung der politischen Bildung und erteilt jedweder Form von Wirtschaftsnähe eine Abfuhr, da politische Bildung in einem solchen Falle Gefahr liefe, selbst Warencharakter anzunehmen. (S.341)

Die Politikwissenschaftler KERSTIN BACKHAUS und BERNHARD JÄHNISCH beschäftigen sich in ihrem Aufsatz demgegenüber ganz konkret mit der Globalisierung und stellen am Beispiel des Konzerns „Puma“ sachliche und didaktische Vorüberlegungen zu einer Unterrichtseinheit an. Sie gehen dabei grundsätzlich von der Prämisse aus, dass sowohl die negativen als auch die positiven Seiten der Globalisierung aufzuzeigen seien.

Zunächst wird die bemerkenswerte Firmengeschichte von „Adidas“ und „Puma“ rekonstruiert und erläutert, wie es nach einem existenzgefährdenden Tief im Jahre 1990 wieder zum Wiedererstarken der Marke „Puma“ kam. Der nunmehr seit 1993 anhaltende Aufwärtstrend, der mit einer tiefreichenden Rekonstruktion des Unternehmens und der Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer verbunden war, hält bis heute an. Mit seinem „Code of Conduct“, der Einführung umweltpolitischer und unternehmenskultureller Grundsätze, ist der Konzern darüber hinaus bemüht, sich ein neues unternehmerisches Image zu verschaffen. Diesem multikulturellen Konzern mit multinationaler Marktpräsenz wird das wesentlich kleinere, aber ebenfalls wirtschaftlich prosperierende Familienunternehmen „Trigema“ gegenübergestellt, das ganz bewusst auf den Produktionsstandort Deutschland setzt und dessen Eigentümer all jene Manager anprangert, die Deutschland wegen angeblich zu hoher Standortkosten verlassen. (S.352) Aus dieser Exposition leiten BACKHAUS und JÄHNISCH schließlich kognitive (in erster Linie betriebswirtschaftliche) und affektive (im weitesten Sinne ethische) Lernziele ab und entwickeln möglichst abwechslungsreiche Ansätze für die Unterrichtsgestaltung (Schülerumfrage, Beschäftigung mit der Werbestrategie und Unternehmensethik des Konzerns, Erläuterung der Mechanismen börsennotierter Unternehmen). Dabei gehen sie wohl mit Recht davon aus, dass junge Leute durch die Beschäftigung mit Produkten und Marken mit besonders hoher Akzeptanz eher für die Auseinandersetzung mit den komplizierten Globalisierungsprozessen zu interessieren sind. Das übergeordnete Lernziel bestehe darin, kritisches Bewusstsein zu fördern und die Jugendlichen zu selbstkritischem Konsum anzuhalten.

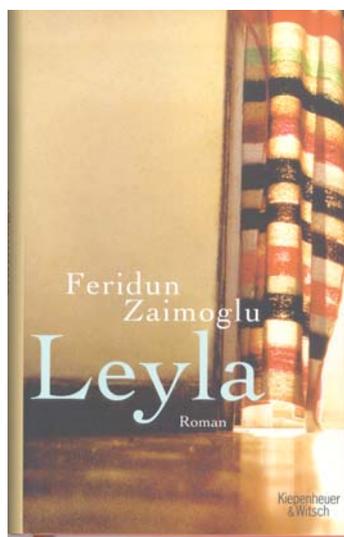
In dem abschließenden Kapitel „Jahresrückblicke“ beschäftigt sich der Erziehungswissenschaftler ERHARD MEUELER mit der Losung „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und liefert in ideologiekritischer Absicht einen Rückblick. Der Autor stellt zunächst fest, dass aus der Opposition zwischen (wachsenden) menschlichen Bedürfnissen und den begrenzten globalen Ressourcen unterschiedliche Vorstellungen von Nachhaltigkeit entwickelt wurden. Dabei verdeutlicht er, dass trotz eines weltweit intensiv geführten Diskurses Nachhaltigkeit nicht zu einem kritischen Begriff avancieren konnte. Da das Wirtschaftswachstum überall als absolute Priorität gelte und die Globalisierung sich als unumkehrbar erweise, sei Verantwortlichkeit – also auch nachhaltiges Denken und Handeln - im Grunde genommen ein „verzweifeltes Unterfangen“. Kritik übt MEUELER ganz explizit an der Haltung der USA, die sich als ausgesprochener Gegner der Kyoter Weltklimakonferenz erweisen. Um die „Wirtschaftsverbände nicht zu vergrätzen“, werde in Deutschland ein Kurs „mittlerer Nachhaltigkeit“ propagiert, was impliziere, dass man eine Selbstverpflichtung der Kapitaleseite erwarte. Zwar sei der Begriff der Nachhaltigkeit ein „pädagogischer Renner“, allerdings stelle er nicht mehr als ein Heilsversprechen dar, denn politische Sozialisation spiele sich angesichts eines eklatanten Rückbaus des Politischen heute in erster Linie im Alltag und in der Familie ab. Die BürgerInnen würden somit zumeist auf sich selbst zurückgeworfen. Insofern erweisen sich appellative Ansätze der Pädagogik wie „Globales Lernen“ und „Eine-Welt-Pädagogik“ als „hilflose Beschwörungsformeln“. Die hieraus resultierende eigene Hilflosigkeit lähme zwar, erweise sich aber nicht als ganz aussichtslos. Allerdings – so die Forderung des Autors - sollten die PädagogInnen nicht auf die Entscheidungen von Experten und Politikern warten, sondern sich selbst befähigen und einmischen und „kapitalismuskritische Lerngelegenheiten“ nutzen. (S. 371)

GERHARD STEFFENS charakterisiert im abschließenden Aufsatz BUSHs Irak-Krieg „als gegenrevolutionäre Herausforderung“, indem er an der aus der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie abgeleiteten „antizipatorischen Selbstverteidigung“ der USA massive Kritik übt. Angesichts der Tatsache, dass der Angriffskrieg gegen den Irak mit „fingierten Beweisen“ legitimiert wurde, sei er zumindest temporär zur Aufkündigung des „moralischen Universalismus“ gekommen. Daher müsse die Frage gestellt werden, ob das Modell des Citoyen nicht durch das des Untertanen ersetzt worden sei. Zwischenstaatlich sei der Modus der kommunikativen Wechselseitigkeit durch den der Gefolgschaft ersetzt worden, insgesamt verweise „die atemberaubende Verknüpfung modernster Technologie und beispielloser militärischer Macht mit den Verkehrsformen einer vormodernen sozialmoralischen Ordnung“ auf den konservativ-revolutionären Doppelcharakter dieser Politik: Diskurs und Argumentation werden durch die Forderung nach Gefolgschaft und unbedingter Treue ersetzt. Dem Autor ist zuzustimmen, wenn er hieraus schlussfolgert, dass dadurch nicht nur das System des internationalen Rechts und der internationalen Beziehungen in die Krise gestürzt werde, sondern auch die subjektive Form der Demokratie, also das Vermögen des Individuums, Citoyen sein zu können. (S. 385). Allerdings hat sich in diesem Kontext inzwischen ein weltweiter demokratischer Protest formiert, der durchaus hoffen lässt.

Gerade die beiden letzten Aufsätze verdeutlichen indessen, wie weit sich das TINA-Prinzip nicht nur in den die Globalisierung begrüßenden Diskursen, sondern auch in den globalisierungskritischen Desideraten festgesetzt hat. Die Gefährdung von Demokratie und Teilhabe durch die gleichsam allwaltende Diktatur des Marktes und die Definitionsmacht mächtiger wirtschaftlicher und politischer Institutionen wird erkannt und kritisiert, hingegen wird der Glaube an die Notwendigkeit vernunftgestützter globaler Lösungen, die dem Wohl der ganzen Menschheit dienen könnten, oft als idealistische Heilsbotschaft abgetan, da es solchen Initiativen und Bewegungen angesichts der faktischen globalen Machtverhältnisse an der entsprechenden Durchschlagskraft fehle. Hieraus erklärt sich auch ein weit verbreiteter Fatalismus, der die Dominanz neoliberaler Globalisierungsprozesse als quasi physikalische Naturgegebenheit hinnimmt. Es wird außer Acht gelassen, dass es sich hierbei um von politischen und wirtschaftlichen Eliten betriebene interessensgeleitete Vorgänge handelt, die – wie die meisten Beiträge dieses Bandes deutlich zeigen – nur einem Bruchteil der Weltbevölkerung wirklich dienen. Ob diese Schieflage und deren Zuspitzung weiter erhalten bleibt oder ob nachhaltiges Denken und Handeln tatsächlich noch eine Chance haben, wird sich zukünftig zeigen. Wem die Zukunft der Demokratie und der Rechtsstaaten sowie eine angemessene Bildung für die nachwachsenden Generationen am Herzen liegt, ist deshalb sehr zu empfehlen, sich mit den in diesem Band entwickelten Thesen auseinander zu setzen.

Gerhard Schüsselbauer

## Streifzug durch die Literatur 2006



Feridun Zaimoglu. *Leyla*, Verlag Kiepenheuer&Witsch, Köln 2006, 525 S.

*„Meine Sippe besteht aus lauter Verrückten, denke ich, sie machen mir weis, daß sie nach dem Gesetz handeln, doch in Wirklichkeit leben sie nach ihren eigenen Regeln. Ich habe zwanzig Jahre meines Lebens verschlafen, das ist die Wahrheit. Ich bin nichts weiter als ein dummes sentimentales Mädchen, eine junge linkische Person ... Ich werde die Armut nicht als mein Schicksal ansehen. Ich werde die Gesetze der Männer nicht als Gottes gesprochenes Wort begreifen.“*

Schon sehr bald nach seinem Erscheinen wurde Feridun Zaimoglus Familien- oder besser Frauenroman *Leyla* zu einem höchst umstrittenen Buch der so genannten MigrantInnenliteratur. Feridun Zaimoglu selbst wurde 1964 im anatolischen Bolu geboren und lebt seit seiner Kindheit in Deutschland. Mit zahlreichen literarischen Auszeichnungen versehen, sah er sich wegen seines Romans heftigen Vorwürfen des Plagiats ausgesetzt. Der Streit entzündete sich wegen der Parallelen mit dem

bereits vor etlichen Jahren erschienenen Roman der Kleist-Preisträgerin Emine Sevgi Özdamar, die in ihrem Buch *„Das Leben ist eine Karawanserei • hat zwei Türen • aus einer kam ich rein • aus der anderen ging ich raus“* einen fast identischen Lebenslauf einer jungen Frau aus Anatolien schildert. Letztendlich konnte Zaimoglu die meisten Vorwürfe entkräften, die Übereinstimmungen sind jedoch zweifellos augenfällig. Im Grunde genommen ging es wohl vor allem um die Vormachtstellung im ohnehin sehr dürrig besetzten Feld jener deutsch-türkischen AutorInnen, die literarisch Anspruchsvolles bieten. Der Kampf um das einzig wahre MigrantInnenepos endete – auch unter Aspekten der Gendergerechtigkeit – unentschieden. Zaimoglus Roman *Leyla* den Deutschen Buchpreis 2006 zuzuerkennen, war den JurorInnen ein wohl doch zu heißes Eisen.

*Leyla* ist ein Epos über ein türkisches Mädchen, eine heranwachsende junge Frau, die in den 1950er und 1960er Jahren in der anatolischen Provinz, in der im Roman nicht genannten Stadt Malatya unter äußerst strengen, archaischen Familienverhältnissen heranwächst und über einige Abenteuer sich von der Unterdrückung befreit und letztlich zu sich selbst findet. Sie zieht aus Anatolien nach Istanbul, um zu heiraten. Am Ende dieses Entwicklungsromans sitzt sie, wie Abertausende anderer türkischer „GastarbeiterInnen“ vor und nach ihr, mit ihrem Sohn im Zug nach München, um in Deutschland ein völlig neues Leben zu beginnen.

Mit großem Detailreichtum ausgestattet und vielschichtig angelegt versteht es Feridun Zaimoglu, eine sehr fremde Welt an der Grenze zwischen Orient und Okzident höchst anschaulich darzustellen. Waren seine früheren Bücher wie *Kanak Sprak* noch von bizarren, nur Insidern zugänglichen Sprachexperimenten gekennzeichnet, so erweist sich Zaimoglu in *Leyla* als ausgesprochener Romancier. Das Abstreifen des übermächtigen, durch den brutalen Vater verkörperten Patriarchats sowie die Lebensumstände in bitterer Armut in der entlegenen Welt Anatoliens sind die Hauptfacetten dieser „Geschichte aus der alten Zeit“, die aber beileibe „keine alte Geschichte“ ist. Und Geschichten aus alten Zeiten haben auch mit Elementarem zu tun. Natur, Landschaften, Sinne, Sehen und Hören – das sind die Zutaten der Wahrnehmung. Gebrochen wird der beinahe

märchenhafte Eindruck durch den grausamen, tyrannischen Vater, „dies knurrende Tier aus der Höllengrotte“. Hier kann kein falsches Pathos aufkommen, Zaimoglu verherrlicht nicht, aber er dämonisiert auch nicht. Er liefert einen sehr realistischen, lebensnahen und lebensbejahenden, einen tiefgründigen Einblick in die Wirklichkeit eines ostanatolischen Mädchens und einer jungen Frau. Sie muss erst über einen langen Prozess der Emanzipation die Ketten der archaischen Gesetze abstreifen: „Der Körper gehört dem Fürsten, die Seele dem Allmächtigen“. Leyla schafft sich ihre eigenen Maßstäbe und Gesetze abseits vom Diktat von brutalen Fanatikern und begibt sich so auf den Weg in die eigene Säkularisierung ihres Daseins. Feridun Zaimoglus Roman sind nicht nur in Deutschland, sondern vor allem in der Türkei, die sich auf einem mehr als „anatolisch-bergigen“ Weg in die EU befindet, viele LeserInnen zu wünschen.

**Saša Stanišić, *Wie der Soldat das Grammophon repariert*, Luchterhand Literaturverlag, München 2006, 317 S.**

*„Man müsste, schreibe ich später in das Als-alles-gut-war-Buch, das ich Oma vor meiner Abfahrt zurücksenden werde, man müsste einen ehrlichen Hobel erfinden, der von den Geschichten die Lüge abraspeln kann und von den Erinnerungen den Trug. Ich bin ein Spänesammler.“*

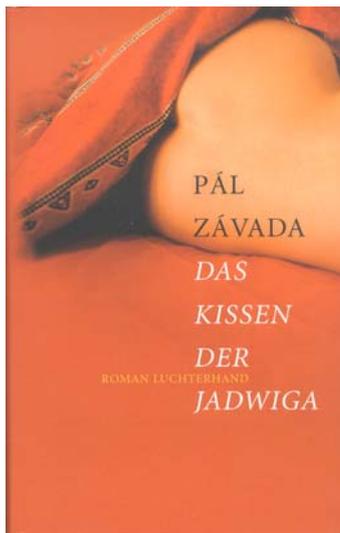
Ein weiterer Roman der so bezeichneten MigrantInnenliteratur ist Saša Stanišićs autobiographische Geschichte *Wie der Soldat das Grammophon repariert*. Das vom Luchterhand Verlag veröffentlichte Buch schaffte es bis ins Finale des Deutschen Buchpreiswettbewerbs 2006. Anders als Zaimoglu verlagert der 26-jährige Stanišić seinen Roman nicht gänzlich in die in seinem Fall zwangsweise aufgegebene Heimat Bosnien-Herzegowina. Die eigenwillige, mit viel belohntem Mut zu literarischen Experimenten geschriebene Kindheits- und Jugendgeschichte des serbischen Bürgerkriegskindes Aleksandar ist ein wahres Kleinod in der deutschsprachigen Literatur der allerjüngsten Vergangenheit. Keine unnötige und aufgesetzte Kopflastigkeit, sondern ein nur scheinbar kindlich-naiver, in Wirklichkeit magischer Erzählrhythmus, der bisweilen ins Grotteske reicht, prägt die originelle Geschichte eines Heranwachsenden. Er sieht sich selbst stets als ein „Chefgenosse des Unfertigen“ und träumt davon, der große „Fähigkeitenzauberer“ zu sein, der die Leute dazu bringen kann, alle Sprachen und das Gesagte zu verstehen und im Leben „wirklich mutig zu sein“. Gleichzeitig gesteht er ein, er und seine Geschichte seien nichts Besonderes und er komme zu „[s]einer Biographie zu spät“. Dass es dafür keineswegs zu spät ist, beweist sein Erfindungsreichtum, der sogar an Grimmelshausens Simplicissimus heranreicht.

Aleksandar wächst in der bosnischen Stadt Višegrad auf. Er findet eigene erfundene, verrückte Geschichten spannender als brave Schulaufsätze, lauscht den Geständnissen des Flusses Drina und fabuliert über die heile Welt, die sich urplötzlich in die grausame Realität des Krieges verwandelt. Er und seine Familie müssen schlagartig erkennen, dass „die Wahrscheinlichkeit, dass man im Frieden einschläft, aber im Krieg aufwacht, [in Wirklichkeit nicht] so klein ist.“ Seine Familie flieht 1992 nach Deutschland, diesem „merkwürdigen Land“, das zu einer neuen, fremden Heimat wird. Als Erwachsener kehrt Aleksandar in seine Geburtsstadt zurück, immer auf der Suche nach seiner Jugendliebe Asija, über deren Verbleib jedoch niemand Auskunft geben kann. So lässt



Aleksandar eine verloren gegangene Welt ohne nostalgische Wehmut oder gar Kitsch wieder aufleben. Zugleich trauert Aleksandar über den Verlust des Gefühls der Zugehörigkeit, die unwiederbringlich verschwunden ist. Sprachlich erreicht der Roman seinen Höhepunkt in der grotesken Schilderung eines Fußballspiels zwischen angreifenden serbischen Tschetniks und bosnischen Verteidigern, das während der Belagerung auf einem Hochplateau oberhalb von Sarajewo stattfindet. Auf diesem Hochplateau steht für wenige Augenblicke die Welt still, „Krieg ist vom Frieden genauso wenig zu unterscheiden, wie die Worte oder das Lachen seiner Freunde vom Lachen seiner Feinde.“

*Wie der Soldat das Grammofon repariert* ist eine Geschichte des Abschieds von der alten und der Ankunft in der neuen Heimat. Zunächst aus der Wahrnehmung eines Jungen erzählt wandelt sich der Erzählstil in die Sprache eines heranreifenden Menschen, der seine Heimat wieder entdecken und so bewahren möchte. Die herrliche und gewagte Romankonstruktion und der unverbrauchte und unverkrampfte literarische Stil lassen hoffen, vom Jungtalent Saša Stanišić bald noch mindestens ebenso lesenswerte Romane geliefert zu bekommen.



**Pál Závada, *Das Kissen der Jadwiga*, Luchterhand Literaturverlag, München 2006, 460 S.**

*„Und ist es denn nicht vorstellbar, dass, wenn diese beiden Wege zusammenlaufen, die Erlösung vom unentwegten Umherirren, von der Getriebenheit und vom Ausgestoßensein ebenso erfolgt wie die innere Vergebung? Kann man denn hoffen, dass das Drinnen wie das Draußen, dass sinnliches Verlangen und Erbarmen, Mann und Frau, auf einem Betschemel der erlösenden Liebe, auf dem Kissen der Sühne, miteinander verschmelzen, eins werden?“*

Nach langem Warten erschien nun im Luchterhand Literaturverlag das Erstlingswerk des ungarischen Schriftstellers Pál Závada. Für die glänzende Übersetzung zeichnete der Österreicher Ernő Zeltner verantwortlich. Závada wurde 1954 geboren, stammt ursprünglich aus dem Südwesten Ungarns, ist Sozialhistoriker und lebt nunmehr in Budapest. Für seinen kunstvoll geschriebenen Roman *Das Kissen der Jadwiga* wurde er mit literarischen Auszeichnungen seines Heimatlandes überhäuft. Es ist dies in Anlehnung an Gabriel Garcia Marquez gleichsam eine Geschichte einer „Liebe in Zeiten des Nichtzueinanderfindens“. Erstaunlich ist, dass es diesem Roman, in dem Teile der Dialoge auf Slowakisch geschrieben sind, gelang, monatelang die Bestsellerlisten in Ungarn anzuführen, zumal es sich nicht um Unterhaltungsliteratur, sondern um eine anspruchsvolle literarische Delikatesse handelt.

Die (Nicht-)Liebesgeschichte, denn es ist dies die Geschichte eines Paares, das nie richtig und gänzlich aufrichtig zueinander findet, umspannt zwei Generationen von 1915 bis in die 1980er Jahre. András/Ondris Osztatni beginnt sein Tagebuch am Tag vor der Hochzeit mit Maria Jadwiga/Jadviga/Hedwig Palkovits im Februar 1915. Er beschreibt darin die erwachende Liebe zu seiner „Rosmarinblüte“, ahnt jedoch nicht das Schicksal, das beide eint und doch auf immer teilen wird. Es entspinnt sich daraus eine tragische Geschichte zweier Menschen, die wegen eines grausamen Geheimnisses ein Leben lang nicht zueinander finden und schon gar voneinander loskommen können. Diesen

Spannungsbogen vermag Závada meisterhaft mit Hilfe wechselnder Stilelemente und aus wechselnden Perspektiven über die gesamte Länge des Romans aufrecht zu erhalten. Jadwiga bleibt ein Leben lang hin und her gerissen zwischen ihrer aufrichtigen Zuneigung ihrem Ehegatten gegenüber und dem Liebesabenteuer mit einem Rechtsanwalt, mit dem sie ein weiteres Geheimnis teilt. Von „Wollust gequält“, von der „den Leib schaudern machenden Leidenschaft“ durchrüttelt und doch zerrissen ob der tragischen, ungeheuerlichen Familienkonstellation, bestreitet Jadwiga einen für sich und ihre Liebe aussichtslosen Kampf. Závada wechselt dabei in seinem Tagebuchroman äußerst stilsicher die Erzählperspektiven zwischen Ondris/András, der der slowakischen Minderheit entstammt, und Jadwiga, deren Mutter Ungarin ist. Dadurch wird Závada nicht nur dem höchst unterschiedlichen Erzählnaturell von Mann und Frau gerecht, sondern ihm gelingt ganz nebenbei, aber zweifellos nicht unbeabsichtigt, ein sozialgeschichtliches Porträt des Vielvölkergemischs in der untergegangenen österreichisch-ungarischen Habsburger-Monarchie, die gleichsam als ein Vorläufer der heutigen EU (25) betrachtet werden kann.

Pál Závadas Roman reiht sich ein in die großartige literarische Tradition seines Landes, die von Namen wie Péter Esterházy, Péter Nádas, György Konrád, György Dalos und natürlich dem Nobelpreisträger Imre Kertész angeführt wird. Tröstlich ist es, gerade bei der tragischen Tragweite der Geschichte zu wissen: „Überhaupt, am meisten im Leben umarmt der Mensch doch sein Kissen.“

**Dževad Karahasan. *Der nächtliche Rat*, Insel Verlag, Frankfurt am Main 2006, 334 S.**

*„Ein quälenderer Gang durch die Stadt läßt sich kaum vorstellen. Die Stille hat sich wie eine Decke über die Welt gelegt oder als hätte sich eine große Glasglocke auf den Talkessel von Foča herabgesenkt und ihn mitsamt seinem Inhalt in eine andere Welt versetzt, in der es weder Bewegungen noch Geräusche mehr gibt.“*

Bedauerlicherweise ist Literatur aus Bosnien-Herzegowina in Deutschland noch immer nahezu unbekannt. Umso erfreulicher ist die Veröffentlichung der Werke von Dževad Karahasan, dem 1953 geborenen Erzähler, Dramatiker und Essayisten und wohl bekanntesten bosnischen Schriftsteller, im Insel Verlag zu bewerten. Allzu leicht sind die grausamen Ereignisse der 1990er Jahre, die gleichsam vor der Haustür der machtlosen europäischen Unionsländer stattfanden, in Vergessenheit geraten. So ist *Der nächtliche Rat* ein Buch, in dem die Erinnerung der Wiederkehr des Bösen in einer Welt, die vom Verrat, von grenzenlosem Hass, von Mord und Vertreibung beherrscht wird. „Gibt es einen Unterschied zwischen dem, der im Namen des Berufs mordet, und dem, der im Namen des Volkes, des Glaubens, der Nation mordet? Wir morden, wir sind eine Spezies von Mördern, das zieht sich durch“ – so die bittere Feststellung Karahasans.

Der Protagonist und Arzt Simon Mihailović kehrt nach langen Jahren des Exils in Berlin ausgerechnet im Jahr 1991 in seinen bosnischen Heimatort Foča zurück, in dem Gewalt, Hass sowie nationalistischer und religiöser Fanatismus das Leben der Menschen für die nächsten Jahre zerstören werden. Sofort nach seinem Eintreffen wird seine alte Jugendliebe, eine muslimische Freundin aus früherer Zeit, grausam ermordet. Nachdem drei weitere Menschen Morden zum Opfer gefallen sind, scheint für die Ortsbewohner



75

90

3/4  
2006

festzustehen, dass nur der Außenstehende, der Fremdling, die Tat gegangen haben kann. Es entspinnt sich ein unentrinnbarer Kreislauf der Vergangenheit, die immer existiert hat und die nicht geleugnet werden kann, „unvermeidlich und unentrinnbar, wie eine Falle, der wir sowenig entgehen können wie den Himmelsrichtungen.“ Die ewige Wiederkehr des Mordens lässt die schlimmen Erinnerungen an die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder aufleben.

Simon Mihailović ist ein Wanderer in einer (Schein-)Welt, die „wie eine Pflaume, eine schöne reife Pflaume“ ist. Im Kern herrscht jedoch Fäulnis, und „das Phänomen des Verrats, des Verrats an der Freundschaft, des Vertrauens, mit dem wir einen lieben Menschen zerstören können“ ist bereits allgegenwärtig. Es entspinnt sich für ihn ein Teufelskreis der Verfolgung, der schließlich in eine Eskalation der Gewalt mündet. Um dem entkommen zu können, begibt er sich mit einem Freund aus seiner Jugendzeit auf eine Reise ins Unbewusste, einen Abstieg in ein unterweltliches Reich. Hier gelingt Karahasan ein meisterhafter literarischer Schachzug, denn die Läuterung der Seele findet im Mystischen, geradezu Surrealen statt. Karahasans Roman ist alles andere als eine romantisierende Erinnerungsreise zu den Wurzeln der Familie und des eigenen Volkes. Wie das „Familienmärchen“ der drei „jugoslawischen“ Brüder endete, ist hinlänglich bekannt.



**Viktor Pelewin, *Das heilige Buch der Werwölfe*, Luchterhand Verlag, München 2006, 349 S.**

1. *„Nichts war in mir, was stärker war als diese Liebe. Und da aus mir und meinem Schweif die ganze Welt erstand, konnte das nur heißen: Nichts Stärkeres gab es auf der Welt.*
2. *In dem Strom von Energie, den mein Schweif aussandte und den mein Geist als Welt ansah, kam Liebe nicht vor – das führte zu dem Erscheinungsbild der Welt, wie ich es vor mir hatte.*
3. *Die Liebe war somit der Schlüssel, den ich so lange nicht hatte finden können.“*

Viktor Pelewin, Autor des Kultromans *Generation P*, führt in seinem neuen Roman *Das heilige Buch der Werwölfe* die postkommunistische Wirklichkeit Russlands gänzlich ab absurdum. Er paart alte Volksmythen über aus der Taiga stammende Werwölfe mit großstädtischen Exzessen einer darwinistischen Gesellschaft im heutigen Russland. In einer Welt allgegenwärtiger Perversionen ist der Menschentyp, der „an die Liebe und an Gott glaubte“, beinahe vollständig ausgestorben. Demokratie und Liberalismus verkommen in einer Umwelt, die von Korruption, Oligarchen, Geheimdienstmafia und Kriminalität dominiert wird, zu leeren Worthülsen. Damit trifft Pelewin den Nerv vieler Menschen, die im postsowjetischen Leben vor allem die schlimmen Auswüchse einer gespaltenen Gesellschaft wahrnehmen. „Die Elite teilt sich hierzulande in zwei Flügel – Unternehmer (vulgo: Von-Unten-Nehmer) und Apparat (Upper rat).“ Unternehmer und politischer Apparat bilden ein Machtgeflecht, das keiner durchdringen und dem keiner entkommen kann.

Pelewin erschafft in der ewig jungen, jedoch schon 2000 Jahre alten Edelprostituierten A Huli (Ähnlichkeiten mit Nabokovs *Lolita* sind wohl rein zufällig) ein pseudo-philosophierendes Spiegelbild der postkommunistischen Realität. A Huli ist in

Wirklichkeit eine Werfuchsin, die ihrer auserwählten Kundschaft nur unter Hypnose ihre sexuellen Eskapaden und Träume ausleben lässt. An der harten Wirklichkeit zerschellt dieses vermeintliche Glück dann sehr schnell. In der E-Mail-Korrespondenz mit ihrer Schwester tauscht sie sich über ihre „spirituelle Praxis der Werfuchse, die eine Kontemplation des Geistes und eine Kontemplation des Herzens umfasst“, aus. A Huli trifft eines Tages Alexander, den Geheimdienstoffizier, der sich als waschechter Werwolf entpuppt, verliebt sich in ihn und versucht mit ihm, in ihren gemeinsamen sexuellen Ekstasen den Überwerwolf, den Erlöser, heraufzubeschwören. Aber ist dies ein christlicher Erlöser? Oder nicht viel eher ein Nietzsche'scher Übermensch, dessen „Geheimnis ganz simpel“ ist: „Überwinde das Tier in dir! Denn dass Du den Menschen bereits überwunden hast, daran zweifle ich nicht“? Letztendlich siegt die Selbst-, die absolute Grenzerfahrung über die anfänglich geäußerte innere Anschauung: „Was soll mir auch der Menschen Ruhm! Ich brauche von den Menschen nichts weiter als ihre Liebe und ihr Geld.“

Pelewins Roman ist mit jeder Menge literarischer Anspielungen auf russische Märchen, Tschekow, Dostojewskij und Nabokov gespickt, verliert jedoch allzu oft den Faden und ergießt sich lieber in abstrusen pseudo-spiritualistischen, eklektischen Eskapaden. So kommt einem die erzählte Geschichte des Romans wie ein wirrer Bewusstseinsstrom vor, geschrieben von einem unruhigen Geist, der nicht müde wird, vor den wahren Werwölfen zu warnen, dabei aber vergisst, dass es dazu auch einer durchgängigen literarischen Methode und nicht nur eines flashigen, postmodern verirrten Hirnsturms bedarf.

## Rezensionen

**Basil Kerski, Thomas Kycia, Robert Żurek: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung. fibre Verlag. Osnabrück 2006, 234 S.**



In dem an Gedächtnissen reichen Jahr 2005 wurde in mehreren Veranstaltungen an den 40 Jahre zurückliegenden Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe gegen Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils erinnert. Der vorliegende Band kann als eine wertvolle Ergänzung zu den in Berlin, Warschau und Breslau stattgefundenen Tagungen gewertet werden. Unter Berücksichtigung des historischen Kontextes enthält er auf der Basis des neuesten Wissenstandes eine sehr ausführliche Darstellung der Entstehung des Briefwechsels sowie seiner innerkirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Wirkungsgeschichte (R. Żurek/B. Kerski). Den Hauptteil bilden, jeweils durch Kurzbiographien eingeleitet, „Gespräche mit Zeitzeugen“. Da von den Bischöfen, die damals die Briefe unterzeichnet haben, keiner mehr unter den Lebenden weilt, handelt es sich bei den insgesamt zwölf Zeitzeugen um Persönlichkeiten, die kaum etwas über die Entstehungsgeschichte jenes denkwürdigen Briefwechsels, wohl aber einiges zum historischen Kontext und seiner Wirkung beizutragen haben. Ihre Zusammenstellung ist gut gewählt:

Ein polnischer (Alfons Nossol) und ein deutscher (Josef Homeyer) leiten die Reihe der Gesprächspartner ein; es folgen mit Stanisław Stomma, Tadeusz Mazowiecki und Władysław Bartoszewski für die deutsch-polnische Verständigung äußerst wichtige und verdienstvolle, der „Znak“-Bewegung zuzuordnende Intellektuelle. Deutsche Gesprächspartner sind Hansjakob Stehle, erster Polenkorrespondent der FAZ und Vatikankenner, Richard von Weizsäcker, Protestant und Mitinitiator der Ostdenkschrift der EKD, Bernhard Vogel, in den 70er Jahren Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken, Gottfried Erb, Mitbegründer des „Bensberger Kreises“ sowie Mitautor des die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze fordernden „Polenmemorandums“ (1968) sowie Konrad Weiß als einziger Interviewpartner aus der ehemaligen DDR, Teilnehmer der von der „Aktion Sühnezeichen“ (Ost) 1965 durchgeführten, mit einem Arbeitseinsatz verbundenen Pilgerfahrt nach Auschwitz. Mit Mieczysław Rakowski, dem langjährigen Chefredakteur der „Polityka“ und letzten Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen wurde auch ein, wenngleich „liberaler“, Vertreter der Gegenseite interviewt und als enger Vertrauter von Władysław Gomułka nach den Hintergründen der kommunistischen Kampagne gegen den polnischen Versöhnungsbrief befragt. Die Reihe der Zeitzeugen beschließt Józefa Hannelowa, die seit Gründung des Krakauer „Tygodnik Powszechny“ dem Redaktionskollegium angehört, das seit Anfang der 60er Jahre publizistisch wie durch persönliche Kontakte intensiv um eine deutsch-polnische Verständigung bemüht gewesen ist.

In dem den Band beschließenden „Anhang“ werden beide Briefe mit ihren Unterzeichnern dokumentiert. Es folgen dann noch ein kurzes „Kalendarium“ bestimmter, für die deutsch-polnischen Beziehungen relevanter Ereignisse für die Zeit von 1945 bis 2005 sowie biographische Notizen zu den drei Autoren.

Was vermittelt der Band an neuen Erkenntnissen? Die Antwort wird, je nach dem Wissensstand des Lesers, verschieden ausfallen. Von den Informationen, die dem Rezensenten bislang unbekannt waren, fand ich besonders zwei Initiativen von Erzbischof Bolesław Kominek, dem Initiator und Hauptverfasser des polnischen Briefes, beachtenswert. So berichten R. Żurek und B. Kerski in ihrer Einführung von „zwei Begegnungen Komineks mit Herbert Wehner und Georg Leber“, die 1969 in Rom stattfanden. Bei dieser Kontaktaufnahme mit ranghohen SPD-Mitgliedern habe Kominek im ausdrücklichen Auftrag von Kardinalprimas Stefan Wyszyński gehandelt. Der habe sich von diesen Gesprächen eine Antwort auf die Fragen erhofft, „was die Kirche tun könne, um die politischen Verhandlungen zwischen Bonn und Warschau zu erleichtern, wie man die deutschen Bischöfe überzeugen könne, die neue Bonner Ostpolitik zu unterstützen und auf welche Weise man die kommenden politischen Verhandlungen mit einer Regelung des Zustands der Oder-Neiße-Diözesen verbinden könne.“ (S. 46) Um diese ungewöhnlich anmutende Kontaktaufnahme der polnischen Kirche mit der deutschen Sozialdemokratie in ihrer Bedeutung einschätzen zu können, muss man wissen, dass es Primas Wyszyński in einem persönlichen Briefwechsel nicht gelungen war, Kardinal Josef Döpfner, den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, vor Abschluss des Warschauer Vertrages von 1970 zu einer offiziellen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze befürwortenden Erklärung zu bewegen.

Im Vorfeld dieses Vertrages machte dann Erzbischof Kominek seine Kritik an der Haltung der deutschen Bischöfe und des mit der CDU/CSU damals eng verbundenen deutschen Katholizismus in einem „Brief an alle christdemokratischen Parteien der Welt“ öffentlich. „Die Unionsparteien hätten während ihrer langen Regierungszeit nichts für die deutsch-polnische Aussöhnung getan und nach ihrem Machtverlust die neue, versöhnliche Politik der sozial-liberalen Koalition bekämpft. Besondere Kritik ernteten die katholischen Politiker der CDU/CSU, denn selbst wenn aus den Reihen der Union positive Signale zu vernehmen seien, dann stets seitens der Protestanten in der Union.“ (S. 49) Und an die Adresse der deutschen Bischöfe gerichtet, heißt es in dem Schreiben: „In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob der deutsche katholische Episkopat in diesem historischen Augenblick seine Zurückhaltung und sein Schweigen bricht und die Gewissen der Verantwortlichen aufrüttelt und ob katholische Politiker wie beim Ermächtigungsgesetz 1933 ihr Gewissen hinter der Fraktionsdisziplin verstecken.“ (S. 49) Wie man weiß stieß dieser Appell sowohl bei der katholischen Kirchenführung als auch bei der oppositionellen CDU/CSU auf taube Ohren.

Diese Sicht wird von W. Bartoszewski geteilt. Katholische Kreise hätten - mit Ausnahme kleiner katholischer Laiengruppen - bezüglich der deutsch-polnischen Versöhnung „sehr lange keine wichtige Rolle gespielt.“ Eine wirkliche Veränderung hätten erst die 1980er Jahre mit der Entstehung der *Solidarność* und der Verhängung des Kriegszustands bewirkt. Den Durchbruch hätten erst die von beiden Kirchen initiierten Hilfsaktionen gebracht, mit denen Deutschland mehr geholfen habe „als fast alle anderen Länder zusammengenommen, einschließlich der Auslandspolen in der USA.“ (S. 117)

Indirekt lassen auch die Aussagen von Bischof Homeyer erkennen, dass der Briefwechsel von 1965 zu keiner Annäherung beider Episkopate, sondern eher zu einer gegenseitigen Entfremdung geführt hat. Es wäre der polnischen Seite nicht zu vermitteln gewesen, warum die deutschen Bischöfe der Überzeugung waren, zur Grenzfrage nicht

*expressis verbis* Stellung beziehen zu können. Auch wenn die Rücksichtnahme auf die katholischen Vertriebenen sicher eine Rolle gespielt habe, so wäre diese Zurückhaltung doch auch vom Selbstverständnis der offiziellen Kirche bestimmt gewesen, sich zu rein politischen Streitfragen zu äußern. In der Tat dürfte der letzte Grund für das wechselseitige Unverständnis darin zu suchen sein, dass die katholischen Bischöfe in der Grenzfrage ein reines Politikum, ihre polnischen Amtskollegen dagegen ein vom Glauben inspiriertes ethisches sowie ein eminent pastorales Problem gesehen haben.

Als damaliger Sekretär der Bischofskonferenz erinnert sich Bischof Homeyer, wie schwer Kardinal Döpfner das schlechte Verhältnis zum Primas „auf der Seele“ gelegen habe. Um eine Verbesserung herbeizuführen, machte sich Homeyer „Anfang der 70er Jahre“ auf den Weg nach Polen. Auf Rat des Posener Erzbischofs Baraniak reiste er nicht zum Primas nach Warschau, sondern zu Erzbischof Wojtyła nach Krakau. „Ich hatte dann in Krakau ein sehr beeindruckendes Gespräch, ich werde es nicht vergessen. Ein Jahr später kam dann die Einladung zum Besuch Döpfners in Polen. Das war ein Durchbruch, und ich würde sogar im Rückblick sagen, die tiefere Auswirkung des Briefwechsels.“ (S. 70f.)

Bischof Homeyer gibt für seine Vermittlung und für Döpfners Polenbesuch eine äußerst vage Zeitangabe. Zur Verdeutlichung sei gesagt, dass diese Bemühungen um eine Verbesserung der zwischenkirchlichen Beziehungen erst 1972, nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrages und der vom polnischen Episkopat seit langem gewünschten und vom Vatikan endlich vollzogenen Regelung der Jurisdiktion in den polnischen Westgebieten möglich war. Zu diesem Zeitpunkt war die Grenzfrage entschieden und stand den bilateralen kirchlichen Beziehungen nicht mehr hindernd im Wege. Zudem wäre - wie aus Akten der Kirchenämtertagungen sozialistischer Länder ersichtlich - Döpfner vor Abschluss des Warschauer Vertrages und seiner Ratifizierung - und wohl auch Bischof Homeyer - das zur Einreise erforderliche polnische Visum nicht erteilt worden. So konnte denn auch der von Kardinal Döpfner angeführte erste Polenbesuch einer Delegation des deutschen Episkopats erst im Oktober 1973 erfolgen.

Wenn an diesem Band ein Defizit zu beklagen ist, dann das einer ungenügenden Berücksichtigung des DDR-Aspekts. Konrad Weiß, der als einziger Zeitzeuge mit DDR-Vergangenheit befragt wurde, kann sich zwar zu den Polenaktivitäten von „Aktion Sühnezeichen“ (Ost) äußern sowie darauf verweisen, dass es unter den späteren Bürgerrechtlern eine ganze Reihe von Persönlichkeiten mit ihre Einstellung bestimmenden Polenkontakten gibt, doch bezüglich des Briefwechsels als solchen und seiner Auswirkung auf die DDR ist er überfragt. So hat Weiß persönlich an den Briefwechsel „keine besondere Erinnerung“ und vermutet, dass nicht einmal in der Kirchenpresse davon etwas zu erfahren war. (S. 189) Dem ist nicht so. Das Hedwigsblatt hat Auszüge veröffentlicht und musste anschließend als Auflage des DDR-Pressesamtes kritische Stellungnahmen polnischer Zeitungen zum Briefwechsel abdrucken. Und die DDR-Medien starteten eine vornehmlich gegen Erzbischof Bengsch gerichtete Kampagne. Er wie auch der Meißener Bischof Spülbeck gerieten als Unterzeichner des deutschen Antwortbriefes unter massiven staatlichen Druck. Angesichts dieser Problemlage wäre es sicher gut gewesen, einen informierteren Zeitzeugen, etwa den Görlitzer Altbischof Huhn, um ein Interview zu bitten.

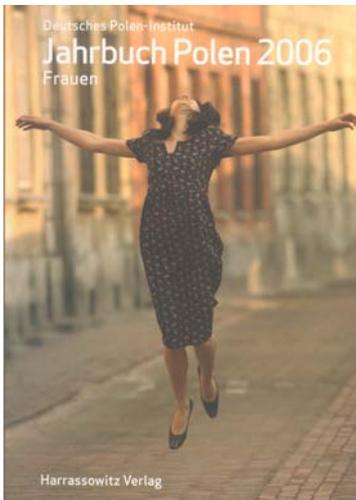
Auch wurde das durch jüngste Forschungen ermittelte Faktum nicht analysiert, wonach die deutsche Antwort im Wesentlichen vom Berliner Erzbischof Bengsch und dem damaligen Görlitzer Weihbischof Schaffran, also von zwei Bischöfen aus der DDR,

verfasst wurde. Da der deutsche Brief in der Literatur als eine Stellungnahme westdeutscher Bischöfe betrachtet und behandelt wird, werden die sich aus der eigentlichen Verfasserschaft stellenden Fragen erst gar nicht gestellt, geschweige denn beantwortet.

Abschließend sei kurz angemerkt, dass auch das Gesamteuropäische Studienwerk in diesem Band Erwähnung findet. So verweist Gottfried Erb darauf, dass es 1990 „zu einem großen Treffen der Bensberger mit ihren polnischen Freunden in der (sic) Gesamteuropäischen Bildungswerk (sic) in Vlotho“ gekommen ist. „Zur Debatte stand das ‘Bensberger Memorandum’ über eine europäische Konföderation zwischen Ost und West.“ (S. 180) Diese Veranstaltung fand auf meine Anregung statt. Sie verlief übrigens alles andere als harmonisch, sprachen sich doch die polnischen Teilnehmer aus den Clubs katholischer Intelligenz vehement gegen die von den Bensbergern geforderte Aufnahme der Sowjetunion bzw. Russlands in eine europäische Konföderation aus.

*Theo Mechtenberg*

**Deutsches Polen Institut: Jahrbuch Polen 2006. Frauen. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2006, 204 S.**



Das Jahrbuch des DPI nennt sich ab 2006 nicht wie bisher „Ansichten“, sondern ganz schlicht „Jahrbuch Polen“. Außer dem geänderten Titel und Outfit haben wir es aber auch mit einer veränderten inhaltlichen Konzeption zu tun. Alljährlich – so die Redaktion - soll nunmehr ein einziger Themenschwerpunkt im Mittelpunkt stehen. Für das Jahr 2006 handelt es sich dabei um das Thema „Frauen“.

Allerdings wird der Schwerpunkt von den Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Perspektiven und auf Grundlage verschiedener Disziplinen und Ansätze dargestellt. Insofern herrscht wie bei „Ansichten“ auch eine erfreuliche interdisziplinäre Offenheit vor.

Dass wir es bei dem Thema „polnische Frauen“ oder „Frauen in Polen“ sowohl historisch als auch aktuell mit besonders schillernden Figuren und fest sitzenden Stereotypen zu tun haben, zeigt die deutsche (kollektive) Wahrnehmung und Rezeption, die von der „schönen und stolzen Polin“

(„Der Bettelstudent“) über die besonders verlässliche und menschliche polnischen Pflegekraft bis hin zur besonders attraktiven und willigen polnischen Prostituierten reicht.

Dieses in der Regel phantasievoll imaginierte, häufig irreale, dafür aber geradezu automatisch tradierte Sammelsurium von Bildern und Vorstellungen hinsichtlich „der Polinnen“ wird im vorliegenden Sammelband einer gewissen Ordnung zugeführt, wobei die Unterteilung der Texte in „Essay“ und „Literatur“ auch im neu gestalteten Jahrbuch des DPI beibehalten wird. Im ersten Teil „Essay“ kommen Autorinnen und Autoren mit sehr unterschiedlichem wissenschaftlichen und publizistischen Background zu Wort. Dementsprechend artikulieren sie auch sehr unterschiedliche Ansichten, die natürlich jeweils an ein bestimmtes Frauen- und Menschenbild gekoppelt sind.

Während sich die Historikerin Gertrud Pickhan im einleitenden Essay mit Hilfe einer kulturhistorischen Skizze mit den (patriotischen, aber auch familienzentrierten ) Frauenrollen während der Nation-Building Polens befasst, beschäftigt sich der Publizist Adam Krzemiński mit der häufig und kontrovers diskutierte Frage, ob die polnische Gesellschaft einen überwiegend femininen Charakter habe. Dabei erteilt der Autor allerdings dem von den Romantikern im 19. Jahrhundert entwickelten Stereotyp und Symbol der leidenden Polonia, deren konkrete Emanation nicht nur Mutter, Schwester, Ehefrau und Geliebte ist, sondern auch Gefährtin im Freiheitskampf der Männer aus heutiger Sicht eine entschiedene Abfuhr. Insgesamt bleibt die Frage nach einer epochenübergreifenden femininen Kultur Polens damit unbeantwortet.

Für einen Geschlechtervertrag spricht sich alsdann die Frauenrechtlerin Sławomira Walczewska aus, indem sie die Spezifik des polnischen Patriarchats analysiert und so wichtige und kontrovers diskutierte Themen wie Abtreibung, Häusliche Gewalt, Politik, Arbeit und Frauenhandel beleuchtet.

Die Tatsache, dass „(polnische) Frauen nicht stören“ führt die an der Warschauer Universität Gender Studies lehrende Agnieszka Graff hingegen auf die integrierende Funktion von Stereotypen zurück. Deren negative Kehrseite

bestehe darin, den Frauen den Mut zu nehmen, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Diese These belegt Graff mittels zahlreicher konkreter Beispiele, die von der nur als peinlich zu bezeichnenden Abtreibungsdebatte im polnischen Parlament bis hin zum populären Gebrauch sexistischer Witze reichen, wenn es in der chauvinistischen Männerwelt darum geht, besonders erfolgreiche Frauen zu desavouieren und sie an ihre „eigentliche Frauenrolle“ zu erinnern.

Am Beispiel der Abtreibungsdebatte und weiterer gesellschaftlicher Konflikte in Polen nach der Wende des Jahres 1989 veranschaulicht die Soziologin Kinga Dunin recht überzeugend, warum sie (k)eine Feministin ist. Dunin wehrt sich dagegen, Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft alleine aus feministischer Sicht zu bewerten, vielmehr übt sie eine fundamentale Kritik an den gesellschaftlichen Bedingungen, die sowohl die Verhältnisse im einstigen Sozialismus als auch im aktuell dominanten Kapitalismus einschließt:

„Workaholismus, Materialismus, übersteigter Individualismus, fehlendes gesellschaftliches Engagement und Entfremdung sowie ein nur aufs Privatleben beschränkter Ehrgeiz – das sind die Phänomene der modernen Zivilisation, die meiner Meinung nach weder dem Menschen dienen noch der Gleichstellung der Geschlechter. Und das alleinige Kultivieren weiblicher Werte, ohne darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen sie verwirklicht werden könnten, ist entschieden zu wenig.“ (S. 49)

Die für die Katholische Nachrichtenagentur KAI tätige Publizistin Alina Petrowa-Wasilewicz diskutiert die zwei sehr kontroversen Sichten von Feministinnen und katholischer Kirche hinsichtlich der Rolle der polnischen Frau in der Gesellschaft. Dabei vertritt sie einen wertkonservativen Ansatz. Auch sie erblickt in der häufig behaupteten „privilegierten Stellung“ der polnischen Frau in erster Linie ein schichtspezifisches Faktum. Ferner weist Petrowa mit Recht darauf hin, wie groß die materielle und mentale Kluft zwischen aktiven Feministinnen und polnischen Durchschnittsfrauen ist. Petrowa übt an dem in Frauenzeitschriften und in der Publizistik entworfenen und propagierten einseitigen Frauenbild Kritik, mit dessen Hilfe lediglich die beruflich erfolgreichen Frauen gefeiert würden, während man traditionelle Frauenrollen („Haus-Glücken“) lächerlich mache und verunglimpfe. Insofern fürchtet sie, dass der „reale Feminismus“ in eine Sackgasse führen könnte. (S. 59)

Erzbischof Józef Życiński diskutiert in seinem Beitrag in erster Linie die Aussagen Papst Johannes Pauls II. zur Rolle der Frau in Kirche und Gesellschaft, wobei er besonders auf den Begriff der menschlichen und weiblichen Würde eingeht. Dabei erteilt er dem in der Postmoderne entwickelten Menschenbild, das die Existenz der menschlichen Seele und die Einzigartigkeit des Menschen leugnet, eine entschiedene Abfuhr. Als Alternative hierzu böten die von Johannes Paul II. entwickelten personalistischen Kategorien, die auf der objektiven Ordnung der Natur fußen, die Chance, den Humanismus in der gegenwärtigen High-tech-Gesellschaft zu verteidigen. Der Glaube an den Genius der Weiblichkeit – so der Erzbischof – müsse erhalten bleiben. Angesichts einer weit reichenden kulturellen Revolution (Internet) gebe es objektive Gründe, mit der Mission und der

Würde der Frau Werte zu verbinden, bei denen die menschliche Person wichtiger sei als technische Anwendungen und eine Welt rein pragmatischer Erfolge. (S. 68)

Einen reich dokumentierten und bebilderten Beitrag liefert die Literaturwissenschaftlerin Anna Nasilowska in ihrer Besprechung zu der im Sommer 2005 in Warschau organisierten Ausstellung „Die Polin. Medium. Schatten. Vorstellung“ Mit Hilfe einer historischen Skizze geht sie auch auf die Entwicklung des Feminismus in Polen ein. Dabei diskutiert die Autorin die elementare Frage, ob sich die weibliche Identität grundlegend von der männlichen unterscheidet, oder ob es nur darum gehe, Unterschiede zu verwischen. Dies entspräche dann gewissen patriarchalischen Tendenzen, bei denen ein bestimmter Teil der Gesellschaft als „anders“ stigmatisiert werde.

Der Frau in der neuesten polnischen Prosa ist der Aufsatz der Literaturwissenschaftlerin Inga Iwasiów gewidmet, die eingangs feststellt, dass in der Prosa junger polnischer AutorInnen eine durchweg negative Sicht vorherrsche. In der Auslegung dieser AutorInnen führe der gestärkte Kapitalismus keineswegs zur Emanzipation des Menschen, sondern zur Destruktion der Person. Da Männer und Frauen in diesen literarischen Entwürfen überdies über keine gemeinsamen Orte verfügten, gebe es – so die Autorin – eine Sehnsucht nach voremanzipatorischen Traditionen. Dabei dominiere in von Männern verfassten Beiträgen häufig ein fatales Frauenbild: Alle Frauen seien schlecht, am schlechtesten seien die „befreiten“, die Feministinnen. (S. 82)

Hierauf gebe es erstaunlicher Weise wenig weibliche Antworten, die Zeitkritik antikapitalistischer und sentimentaler Prägung erfülle die männlichen Prosatexte, während der Feminismus an Lautstärke verloren habe. Eine Ausnahme bilde in diesem Kontext allerdings die Kultautorin Dorota Masłowska, deren Geschichten eine Art Gegengift gegen die männlichen Interpretationen darstellen. (S. 89)

Der Soziologe Ireneusz Krzemiński konstatiert in seinem Aufsatz, dass es in der Regel Männer aus fundamentalistisch-katholischen Kreisen, aber auch konservativ orientierte Frauen seien, die den Feminismus in Polen lächerlich machten. Dabei sei die Tatsache der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheit zwischen Mann und Frau zwar für den Kommunismus typisch gewesen, sie bestehe aber weiterhin und spiele im feministischen Diskurs auch heute noch eine wichtige Rolle. Andererseits bleibe die absolute Dominanz der polnischen Frau in der Familie und bei der Erziehung der Kinder weiterhin ein unbestrittenes Faktum, woraus die für Polen typischen Probleme mit dem Selbstverständnis polnischer Männer und Väter resultieren. Krzemiński kommt im Hinblick auf die Rolle der Geschlechter deshalb zu folgendem Ergebnis:

„In Polen ist der Geist der Freundschaft nicht besonders stark entwickelt. Deshalb machen junge Frauen in Polen den Eindruck, deutlich stärker als die Männer zu sein, und sind bedeutend besser darauf vorbereitet, Rollen zu erfüllen, die es erfordern, Entscheidungen zu fällen und selbstständig zu sein, als ihre männlichen Altersgenossen.“ (S. 106)

Schließlich schildert Peter Oliver Loew in seinem abschließenden Essay über die „Wechselaphrodite“ die sehr unterschiedliche deutsche

Rezeptionsgeschichte hinsichtlich „der polnischen Frau“. Dabei verweist der Autor auf persönliche Erfahrungen, greift aber auch auf Quellen aus der Zeit der Bismarckära und des Ersten Weltkriegs zurück und kommt zum Ergebnis, dass mit dem entschieden negativen deutschen Polenbild eine große deutsche Polinnenliebe einhergehe. (S. 110) Interessant lesen sich in diesem Kontext die Bewertungen deutscher Männer aus dem Internet, die Loew exemplarisch zitiert. Sicherlich werden hier altbekannte Stereotype bedient, wenn immer wieder auf Wärme, Offenheit und Natürlichkeit „der polnischen Frau“ abgehoben wird. Allerdings scheinen die beeindruckend hohen Heiratsraten zwischen deutschen Männern und polnischen Frauen in der Tat zu belegen, dass es hier eine besondere Affinität gibt, die sicherlich nicht nur den noch immer großen materiellen Unterschieden zwischen beiden Gesellschaften geschuldet ist.

Der zweite Teil „Frauen. Literatur“ erschließt sich dem Leser selbst und entzieht sich aufgrund der Verschiedenartigkeit seiner Textsorten und UrheberInnen einer angemessenen Besprechung. Insofern sei ein zumindest oberflächlich informierendes namedropping gestattet: neben Prosatexten von Janusz Głowacki, Monika Luft, Manuela Gretkowska und Sławomir Shuty findet sich hier Lyrik von Halina Poświatowska, Izabela Filipiak sowie Ewa Libura.

Im abschließenden dritten Teil des Bandes, der den Titel „Tendenzen“ trägt, wird das Schwerpunktthema „Frauen“ verlassen und auf allgemeine aktuelle Entwicklungen und Diskurse in Polen eingegangen. So setzt sich Janusz A. Majcherek in seinem lesenswerten Artikel „Zwischen Geschichte und Hoffnung“ unter anderem mit der Rückkehr der Geschichtspolitik auseinander, diskutiert das Bestreben der neuen polnischen Regierung, eine „Vierte Republik“ zu begründen und konstatiert eine zugespitzte Teilung des Landes in Konservative und Modernisierer. Insgesamt prognostiziert der Autor angesichts der Krise in der EU und unterschiedlicher außen- und sicherheitspolitischer Optionen auch für Polen eine recht unsichere Zukunft.

Marek Zajac vom „Tygodnik Powszechny“ rekonstruiert im abschließenden Artikel des Sammelbandes die langjährige Rezeption des Pontifikats des polnischen Papstes in Deutschland sowie die Kommentare zur Wahl und zu den ersten öffentlichen Auftritten des deutschen Papstes. Dabei kommt der Autor zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass Karol Wojtyła gerade in der deutschen Publizistikzeit seines Pontifikats einer überaus harschen Kritik ausgesetzt sah. Bemängelt wurde in erster Linie die mangelnde Dialogbereitschaft Johannes Pauls II. ad intra, der rigoristische Kurs seiner Sexuallehre sowie sein eindeutiges Festhalten am Zölibat. Allerdings gab es auch deutsche Kommentatoren der päpstlichen Lehren, die – wie Andreas Englisch – von scharfen Papstkritikern zu regelrechten Bewunderern des polnischen Papstes mutierten.

Die Wahl Joseph Ratzingers zum Papst wurde in Polen sehr positiv kommentiert. Als enger Vertrauter Johannes Pauls II., der dem Erbe seines Vorgängers verpflichtet ist, genießt Benedikt XVI. in Polen ohnedies hohes Ansehen. Hinzu kommt, dass der deutsche Papst die polnische Sprache pflegt und die polnischen Pilger bei den Generalaudienzen und beim Angelus-Segen

in ihrer Muttersprache begrüßt. Einen großen Eindruck hinterließ auch seine Ankündigung, eine Pilgerfahrt nach Polen unternehmen zu wollen, die ihn nach Warschau, Krakau und Wadowice führen soll.

Wie gewöhnlich bietet auch dieses vom DPI veröffentlichte Jahrbuch eine Fülle von Informationen, Anregungen und interessanten Lektüren. Das neue Konzept, sich auf ein Schwerpunktthema zu konzentrieren ist uneingeschränkt zu begrüßen, auch wenn es an manchen Stellen zu thematischen Wiederholungen kommt. Dies ist allerdings der recht großen Zahl der AutorInnen sowie der inhaltlichen Affinität einiger Themen geschuldet.

Schließlich sei es gestattet, ganz unakademisch und „ungegendet“ hervorzuheben, dass sich in diesem Jahrbuch des DPI eine ganze Reihe beeindruckender Fotografien schöner und interessanter Frauen finden, was die Lektüre von „Frauen“ sowohl erleichtert als auch erschwert, zumal man(n) immer wieder ganz schön ins Blättern kommt.

*ZW*

**Jochen Böhler: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939. Fischer Taschenbuch Verlag. F/M 2006, 278 S.**

Dass der nationalsozialistische Vernichtungskrieg nicht erst mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 einsetzte, sondern bereits am 1. September 1939 seinen Anfang nahm, ist für einen Zeithistoriker, der sich intensiver mit dem deutschen Einmarsch in Polen und dem sich anschließenden Besatzungsregime beschäftigt hat, durchaus kein Novum. Dennoch schließt die vorliegende Studie des Historikers Jochen Böhler, die als Publikation des Deutschen Historischen Instituts in Warschau veröffentlicht wurde, eine empfindliche Lücke hinsichtlich der Bewertung des sog. Polenfeldzugs. Böhler schließt sie, indem er sich besonders intensiv mit zuvor in der deutschen Forschung vernachlässigten polnischen Quellen und Forschungsarbeiten auseinandersetzt und sie in seine Darstellung einbezieht. Allerdings interessieren den Autor nicht nur die Rekonstruktion reiner Fakten sowie das quantitative Ausmaß von Kriegsverbrechen in den ersten Wochen deutscher Besatzung in Polen, vielmehr spürt er in seiner Studie den Mechanismen nach, die es möglich machten, dass nicht nur die nachrückenden

sog. Sondereinheiten, sondern auch reguläre Verbände der Wehrmacht bereits in den ersten Kriegstagen zahlreiche Kriegsverbrechen begingen. Diese reichten von der Misshandlung und Tötung von Kriegsgefangenen über Plünderungen und Vergewaltigungen polnischer Zivilisten bis hin zu Blitzpogromen, Morden und Vergewaltigungen an der jüdischen Bevölkerung Polens.

Der Autor erklärt, welche Rolle hierbei entsprechend vorgefertigte Feindbilder und Vorurteile spielten und in welchem Maße die deutschen Mannschaftssoldaten ideologisch beeinflusst und vor dem Einmarsch propagandistisch eingestimmt wurden. So kommt Böhler zum Zwischenergebnis, dass neben dem ausgeprägten Antisemitismus die in Deutschland weit verbreitete These vom Kulturgefälle zwischen Germanen und Slawen sowie ein besonders stark ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Polen und den Polen für die deutschen Wehrmachtangehörigen typisch waren. Von großer Bedeutung für eine sofort nach dem Einmarsch in Polen einsetzende Kriegsführung der verbrannten Erde, bei der das Töten von Zivilisten ein ebenso selbstverständlicher Vorgang war wie das Einäschern von Dörfern, stellte die auf deutscher Seite vorherrschende, aber nicht belegte Überzeugung dar, dass man es sowohl bei den versprengten polnischen Einheiten als auch bei polnischen Zivilisten mit hinterlistigen, heimtückischen Freischärlern zu tun hatte. Die brutalen Menschenrechtsverletzungen und der Völkermord seien demnach in hohem Maße auf einen propagandistisch postulierten und kreierte „Freischärlerwahn“ zurückzuführen, dessen Auswirkungen der Autor am Beispiel der überaus brutalen, jedes Maß überschreitenden „Freischärlerbekämpfung“ der Heeresgruppe Süd sowie der Heeresgruppe Nord eindrucksvoll rekonstruiert. Neben den Motiven deutscher Soldaten exponiert Böhler vor allem auch den Begriff der (ungewöhnlichen) Situation:

„Die gedankliche Konstruktion hinterhältiger Slawen und Juden, die in kulturell zurückgebliebenen Landstrichen hausten und nur darauf warteten, die Angreifer aus dem Hinterhalt anzufallen, lieferten den deutschen Soldaten im Polenkrieg vielmehr in ungewohnten Situationen scheinbar plausible Interpretationsmuster.“ (S. 243)

Die Zahl der Opfer für den Zeitraum vom September bis Oktober 1939 lässt sich angesichts fehlender Aufzeichnungen der Wehrmacht nur schätzen. Nach polnischen



Angaben forderten Luftangriffe und Artilleriebeschuss mehr als 10.000 zivile Opfer. Über 3.000 polnische Soldaten wurden abseits von Kampfhandlungen getötet. Insgesamt konnten für den oben genannten Zeitraum 714 Exekutionen ermittelt werden, bei denen über 16.000 Zivilisten hingerichtet wurden. Dabei lässt sich allerdings nicht genau sagen, wie hoch der Anteil der Juden an den Opfern war. (S. 242)

Wie aus zahlreichen Zeugnissen hervorgeht, bewerteten die deutschen Soldaten diese massiven Übergriffe nicht als Kriegsverbrechen, sondern als legitimes Mittel der Selbstverteidigung. Insofern ist auch kaum verwunderlich, dass die im ganzen Lande stattfindenden Hinrichtungen polnischer Zivilisten und Kriegsgefangener ungeahndet blieben. Dem Autor dieser beeindruckenden, aus polnischen und deutschen Quellen erarbeiteten Studie ist deshalb ohne Einschränkungen zuzustimmen, wenn er zu folgendem Fazit gelangt:

„Die auf dem polnischen Kriegsschauplatz gesammelten Erfahrungen dienten im Vorfeld des deutschen Angriffes auf die Sowjetunion als Raster sowohl für die Verabschiedung der ‚verbrecherischen Befehle‘ als auch für die einvernehmliche Regelung der Verwendung der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei. Dabei bildete nicht der Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941, sondern vielmehr der erste Einsatz der Wehrmacht in Polen im September 1939 den Auftakt zum Vernichtungskrieg.“

ZW

**Robert Seidel: Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939-1945. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn München Wien 2006, 421 S.**

Die vorliegende Untersuchung von Robert Seidel wurde im Jahre 2005 im Münster als Dissertation angenommen. Sie gehört zu einer ganzen Reihe von Arbeiten deutscher Historiker, die in den letzten Jahren erschienen sind und sich intensiv mit der deutschen Besatzungspolitik und Verfolgung von Polen und Juden in einzelnen Bezirken des Generalgouvernements sowie in den direkt ans Reich angeschlossenen Gebieten beschäftigen. Erinnert sei in diesem Kontext zum Beispiel an die profunden Darstellung von Bogdan Musial, der sich in einer Fallstudie mit dem Distrikt Lublin auseinandersetzt (1999) sowie an die jüngst erschienene Untersuchung von Michael Alberti über die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland (2006).

Seidel konnte für seine Darstellung auf zahlreiche polnische und deutsche Arbeiten zur deutschen Okkupation in Polen zurückgreifen, die wie die Untersuchungen von Madajczyk, Łuczak und Borodziej sowie Broszat, Klessmann und Aly hinsichtlich dieser Thematik zu den „Klassikern“ gehören. Mit Recht stellt der Autor allerdings eingangs fest, dass die Quellenlage zum Thema Distrikt Radom problematisch ist, da ein großer Teil der Dokumente der Besatzungsinstitutionen auf der Flucht vernichtet wurde. Da der Rest in verschiedenen deutschen und polnischen Archiven verstreut ist, hatte der Autor aufwendige Recherchen in polnischen und deutschen Archiven zu absolvieren. Auch weist er auf die gewöhnlich auftretenden Probleme hin, die es bei der Aus- und Bewertung von Aussagen von Zeugen, Beschuldigten und überlebenden Opfern gibt. Gleiches gilt natürlich auch für die Vernehmungprotokolle mutmaßlicher Täter, die nur mit äußerster Vorsicht für die historische Darstellung zu nutzen sind.

Die Studie widmet sich der deutschen Besatzungspolitik (Ausbeutung, Terror, Vernichtung) sowie den Besatzungsinstitutionen, die für diese Politik verantwortlich waren. Erforscht werden die sog. Mittelinstanzen, das heißt die Behörden auf der Distrikt- und Kreisebene. Dabei bedient sich der Autor eines biographisch-institutionellen Ansatzes, wodurch gezeigt werden soll, dass für die Verbrechen an der polnischen und jüdischen Bevölkerung ein ganz bestimmter Personenkreis verantwortlich zeichnete, konkrete Personen mit typischen Lebensverläufen und Berufsbiographien und durchaus kein „anonymer Apparat“.

Vorgestellt werden neben einer Charakteristik der kurzen Phase der Militärverwaltung, der zivile Verwaltungsapparat (Verwaltung auf Distrikt- und Kreisebene sowie polnische „Selbstverwaltung“), der stark ausgebaute SS- und Polizeiapparat (Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei, polnische Polizei), der im Verhältnis zum Verwaltungsapparat zu einer Art Nebenregierung evaluierte sowie als dritte, etwas schwächere Säule die Wehrmacht, deren Bedeutung mit dem Erstarken der polnischen Widerstandsbewegung ab Mitte 1943 und dem Vorrücken der Roten Armee allerdings wieder erheblich zunahm.

In einem weiteren Schritt beschäftigt sich Seidel mit der Umsetzung der besatzungspolitischen Ziele. Zunächst stellt er dabei die wirtschaftliche Ausbeutung des Distrikts Radom mit ihren Schwerpunkten kriegswichtige Rüstungsindustrie und



Arbeitseinsatzpolitik dar (Raub des polnischen Vermögens, Aufbau des Wirtschaftsapparats, Maßnahmen zur Erfassung und Kontrolle der Arbeitskräfte). Beleuchtet werden die Bedingungen unter denen die polnischen Arbeitskräfte erfasst, kontrolliert, ausgebeutet und ins Reich deportiert wurden. Auch beschreibt der Autor die Reaktionen der einheimischen Bevölkerung auf die zunehmende Verschärfung einer auf die absolute Ausbeutung wirtschaftlicher und humaner Ressourcen sowie auf Vernichtung bestimmter Bevölkerungsteile gerichteten Besatzungspolitik. Diese manifestierten sich bekanntlich in einem zunehmenden Widerstand und einer sich mit dem Kriegverlauf intensivierenden Partisanentätigkeit.

Schließlich werden im dritten, umfangreichsten Teil der Untersuchung die deutschen Massenverbrechen im Distrikt Radom dargestellt. Es geht Seidel dabei darum, die Abläufe möglichst genau zu rekonstruieren, die zahlenmäßige Dimension aufzuzeigen, den Zeitraum ihrer Realisierung sowie die Tätereinheiten festzustellen. Insgesamt zielt die Untersuchung darauf, umfassende Planungen nachzuweisen, die zum Erreichen der besatzungspolitischen Ziele dienten und zur Vernichtung so vieler Menschen führte (S. 18)

Neben der sog. „Außerordentlichen Befriedungsaktion“ und ständigen „Pazifizierungen“, die gegen die Zivilbevölkerung in Städten und auf dem Lande sowie gegen die polnische Widerstandsbewegung gerichtet waren, wobei der dabei an den Tag gelegte brutale Terror als „prinzipielle Herrschaftsmethode“ betrachtet wurde, beschreibt der Autor in weiteren Kapiteln sehr ausführlich die gegen die jüdische Bevölkerung des Distrikts Radom gerichteten Aktionen der deutschen Besatzer (Kennzeichnung und Isolierung, Ausschaltung aus der Wirtschaft, Zwangsarbeit). Schließlich sind die letzten Kapitel des Bandes der Ingangsetzung, Vorbereitung und Umsetzung der Endlösung im GG und im Distrikt Radom gewidmet.

Seidel ist in seiner „Schlussbetrachtung“ zuzustimmen, wenn er die Geschichte der deutschen Besatzung im Distrikt Radom als „furchtbare Geschichte“ charakterisiert. Alleine die Zahlen machen dies überdeutlich. Bis auf wenige tausend Überlebende blieb von der jüdischen Bevölkerung des Distrikts, die zwischen September 1939 und August 1942 auf 360.000 bis 375.000 Menschen beziffert werden kann, niemand am Leben. Etwa 113.000 nichtjüdische Polen wurden Opfer von Einzel- und Massenmorden, rund 70.000 Menschen wurden in Konzentrationslager deportiert, wo die meisten von ihnen ums Leben kamen. Zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppte man über 230.000 Personen. Somit wurde etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Distrikts Opfer von Terror und Völkermord. Hinzu kamen enorme Sachverluste und Zerstörungen., die auf 6 Milliarden Złoty nach dem Stand von 1938 geschätzt wurden. (S. 382)

Im Hinblick auf die Intentionen der deutschen Machthaber gegenüber der polnischen, nicht jüdischen Bevölkerung sieht Seidel den Tatbestand des Genozids erfüllt und kommt dabei zu folgendem Fazit:

„Diese Bilanz der deutschen Besatzungsherrschaft lässt keinerlei Zweifel daran, dass die Besatzungspolitik nicht nur die Unterdrückung und Ausbeutung der Polen verfolgte, sondern auf Völkermord abzielte, wobei lediglich der Kriegsverlauf und der Widerstand der Polen eine konsequente Durchführung dieses Programms verhinderten.“ (S. 214)

ZW

**Katja Friedrich, Klaus Meisel, Hans-Joachim Schuldt: Wirtschaftlichkeit in Weiterbildungseinrichtungen. Studentexte zur Erwachsenenbildung. Bertelsmann Verlag. 3. überarbeitete Auflage. Bielefeld 2005, 159 S.**

Dieser Studententext zur Wirtschaftlichkeit in Weiterbildungseinrichtungen, der bereits in 3. Auflage erscheint, richtet sich in erster Linie an Studierende, aber auch an praktisch tätige WeiterbildnerInnen. Klaus Meisel betont in seinen Vorbemerkungen dabei mit Recht, dass professionelles wirtschaftliches Arbeiten nicht bedeute, Ökonomie als Ziel zu begreifen. Vielmehr sei es Mittel zum Zweck, um eine qualitätsvolle erwachsenpädagogische Praxis abzusichern. (S.6)

Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass sich das Qualitätsprofil der ErwachsenenbilderInnen in den letzten Jahren gründlich verändert habe. Der Umgang mit betriebswirtschaftlichen Instrumenten sei heute in den meisten Bildungseinrichtungen Alltag, von den Mitarbeitenden werden neben pädagogischen und sozialen Fähigkeiten auch ökonomische Qualifikationen abverlangt.

Demzufolge setzt sich der Studententext folgende Lehr-/Lernziele:

- Die Vermittlung des ausgleichenden Umgangs mit den konkurrierenden Referenzsystemen von Ökonomie und Pädagogik.
- Die Erörterung des ökonomischen Begriffs- und Referenzsystems aus der Perspektive der Erwachsenenbildung.
- Die Darstellung der Kosten- und Leistungsrechnung, der Budgets, Kennzahlen und Soll-Ist-Vergleiche als brauchbare Informationsinstrumente für die pädagogische Planung und Umsetzung.
- Der Nachweis, dass ökonomische Begrifflichkeiten ohne Beziehungen zu Zielen und Leistungen wenig aussagekräftig sind.
- Das Aufzeigen der Beziehung zur Praxis in den Weiterbildungseinrichtungen. (S.9)

Der Studententext gliedert sich in insgesamt zehn Kapitel. Ihnen angefügt ist ein Glossar, in dem zentrale betriebswirtschaftliche Begrifflichkeiten erläutert werden, ein Literatur- und Stichwortverzeichnis sowie eine Information über die Autorin und die Autoren.

In den ersten fünf Kapiteln wird in kurzer und konziser Form ein Überblick über so zentrale Themen wie „Einführung und Ziele“, „Weiterbildung als Dienstleistung“, „Wirtschaftlichkeit im Bildungsbereich“, „Finanzierung der Weiterbildung“ sowie „Controlling in der Weiterbildung“ gegeben.

Hieran schließt sich das sehr ausführliche sechste Kapitel „Kosten- und Leistungsrechnung“ an (S.37-66), in dem sich die AutorInnen mit den Aufgaben der Kosten- und Leistungsrechnung, mit Leistungen und Produkten, mit den Grundlagen der Kostenrechnung (auch unter Berücksichtigung von Ausgaben und Kosten in der öffentlichen Kameralistik), sowie mit der Kostenaufteilung und Fragen der Deckungsbeitragsrechnung beschäftigen.

Der Planungsrechnung mit den kurzen Abschnitten Haushaltsplan, Wirtschaftsplan, Finanzplanung und Interne Planungsrechnungen ist das siebte Kapitel gewidmet. (S. 73-83) Im Zusammenhang mit dem Abschnitt über den Haushaltsplan sei an dieser Stelle angemerkt, dass das Zeitalter kameralistischer kommunaler Haushalte in NRW und anderen Bundesländern endgültig ausläuft, da die kommunalen Haushalte nach



doppischen Grundsätzen aufgestellt werden müssen. Damit rücken Wirtschaftlichkeit und Kostenanalyse stärker in den Vordergrund. Diesen grundlegenden Veränderungen und den daraus resultierenden Folgen für Bildungsstätten, die von Kommunen und Kreisen bezuschusst werden (VHS) trägt der kurze Text über Haushaltspläne (S. 73-77) insofern nicht ganz Rechnung. Hier heben die AutorInnen noch immer auf das kameralistische System ab.

Im achten Kapitel wird auf die Verarbeitung von Kosteninformationen eingegangen. Es geht also um Preiskalkulation, Soll-Ist-Vergleiche und Erfolgsermittlung, um Kennzahlen und Benchmarking. Positiv hervorzuheben ist, dass die AutorInnen der komplexen Kennzahlen-Problematik einige recht anschauliche Beispiele beigelegt haben. Auch wird mittels der von Brüggemeier 1998 zusammengestellten „16 Knoten im Taschentuch zur sinnvollen Nutzung von Kennzahlen“ sehr deutlich, welche Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, wenn man beabsichtigt, ein aussagefähiges und effizientes Kennzahlen-System einzuführen. (S.99-101)

Im Hinblick auf die Einführung eines in der Regel sehr aufwändigen Benchmarking wird in gebotener Kürze über die Vorzüge und Grenzen dieses Prozesses in Weiterbildungseinrichtungen informiert. So würde manch kleinere Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft sicherlich bereits beim ersten Prozessschritt, der Herstellung einer geeigneten Datengrundlage, an ihre Grenzen stoßen.

Im neunten Kapitel werden die Folgen der Verwaltungsreform beleuchtet, es geht um die Prinzipien dezentraler Ressourcenverantwortung und die hieraus resultierende Budgetierung. Mögliche Vorzüge und Nachteile der Budgetierung für Weiterbildungseinrichtungen werden anschaulich an konkreten Beispielen (VHS Erlangen und Bildungszentrum und VHS Nürnberg, S. 122-123) vorgestellt und diskutiert. Dass die AutorInnen empfehlen, mit diesem Instrument kritisch umzugehen und ein behutsames Procedere postulieren, verdeutlicht der Leitfaden „Aus Erfahrungen Handlungsorientierung gewinnen“, in dem allgemeine Verfahrensgrundsätze konzise zusammengefasst werden. (S. 125-126)

Schließlich das letzte Kapitel, in dem Fragen der Wirtschaftlichkeit, des Controllings sowie des Managements abgehandelt werden. In geraffter Form werden zunächst Grundsätze, Aufgaben und Werkzeuge des Managements beschrieben. Danach stellen die AutorInnen in kurzer Form das Konzept der Balanced Scorecard (BSC) vor, das zur Voraussetzung hat, dass jedes Geschäft grundsätzlich aus zumindest vier Perspektiven (Finanziell / Interne Geschäftsprozesse / Lernen, Entwicklung / Kunde) zu evaluieren sei. Auch hier wird deutlich gemacht, dass das BSC nach ersten Erfahrungen an der Johannes Gutenberg Universität in Mainz und an den Berufsschulen in Baden-Württemberg im Hinblick auf seine Nachhaltigkeit im öffentlichen Bereich erst noch weiter erprobt werden muss. (S. 134)

Eine abschließende Bewertung dieses Studientextes fällt nicht schwer. Er ist klar und übersichtlich aufgebaut, bietet wichtige Informationen und mahnt beim Lesenden ein kritisches Verhältnis zu den dargestellten Methoden, Ansätzen und Konzeptionen an. Aufgrund seines leserfreundlichen Aufbaus und Stils sollte er gerade jenen WeiterbildnerInnen empfohlen werden, die sich in ihren Einrichtungen in der Regel weniger mit Fragen der Wirtschaftlichkeit beschäftigen.

ZW

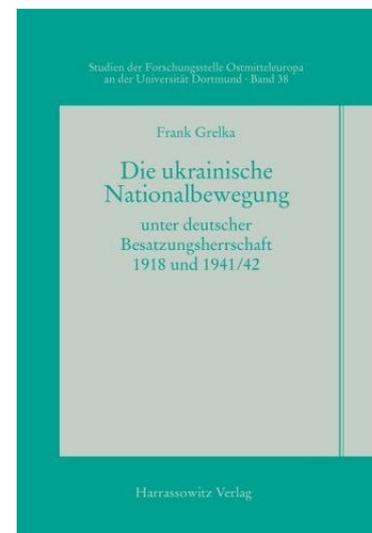
**Frank Grelka: Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2005 (=Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 38), 507 S.**

Die vorliegende Monographie ist die etwas überarbeitete Fassung einer an der Ruhr Universität Bochum 2003 angenommenen historischen Dissertation. In ihr versucht der Autor, die Interdependenzen zwischen deutscher Ukrainepolitik und ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen während der Besatzungsherrschaft in den beiden Weltkriegen zu untersuchen. Er konzentriert sich dabei auf die Zeit der Zentralrada 1917/18 und auf die Aktivitäten der (radikalen) Bandera-Fraktion der OUN (Organisation der Ukrainischen Nationalisten) in der Anfangsphase der deutschen Okkupation nach dem Überfall auf die Sowjetunion.

Gegliedert ist das Buch in neun größere Kapitel. In der Zielsetzung und Methode skizzierenden Einleitung und nach der Vorstellung der herangezogenen Quellen folgt ein kritischer Überblick über die Fachliteratur und den Tenor der bisherigen Geschichtsschreibung zum Thema. Grelka moniert hier u. a. die in Arbeiten der national- und exilukrainischen Historiographie beobachtete Tendenz, vor allem die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges aus exklusiv ukrainischer Perspektive zu behandeln. Auch der Mangel an Monographien zu den sozialen, zivilgesellschaftlichen und ethnischen Aspekten der deutschen Okkupationspolitik wird von ihm zu Recht hervorgehoben. Vor allem polnische Arbeiten zur ukrainischen Frage in der Politik des Dritten Reiches und zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen wertet er als wichtige Beiträge zum Thema, die allerdings die überkommene Forschungsperspektive, aus der Sicht der Besatzungsmächte zu argumentieren, nicht überwunden hätten – anders als der Verfasser, der die politischen Selbstständigkeitsbestrebungen der Ukraine im Kontext deutscher Hegemonie eruieren will. Es geht ihm dabei um eine „Rekonstruktion des Problemkontextes deutsch-ukrainischer Beziehungen von 1914 bis 1945“, um „kausale Analogien für bestimmte Ereignisse in der deutsch-ukrainischen Geschichte“ (S. 20) herstellen zu können.

In dem er die Vorläufe und einzelne Phasen der deutschen Besatzungspolitik in den Weltkriegen analysierend parallelisiert und vergleicht, führt er dem Leser die inneren und äußeren Bedingungen, Intentionen und Handlungsrahmen der nationalen Bewegung wie der deutschen Okkupanten vor Augen, um Analogie und Kontinuitäten sowie Unterschiede und Abweichungen in Auffassung wie Handlungsweise der Akteure deutlich werden zu lassen. Untersucht werden die Politik der Rada vor dem Hintergrund der Russischen Revolution und der Machtergreifung der Bol'sheviki sowie die ukrainischen Handlungsoptionen im Spannungsfeld von Kooperation und Konfrontation mit der deutschen Besatzungsmacht 1918. Für den II. Weltkrieg geht es um den Spielraum der OUN zwischen eigenen Erwartungen und Bestrebungen einerseits sowie den Zielen und der Praxis der Besatzungspolitik andererseits.

Was sind nun die Ergebnisse von Grelkas Untersuchung der Problemkontexte in den genannten Besatzungszeiten? Zunächst einmal die nicht neue Tatsache, dass sich die Ukraine mangels eines eigenen Staatskörpers im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg an eine ausländische Macht, nämlich Deutschland, anlehnen musste. Problematisch war dabei, dass weder das Kaiser- noch das Dritte Reich an einer Lösung der ukrainischen nationalen Frage wirklich interessiert waren, sondern jeweils ihre eigenen ausschließlich

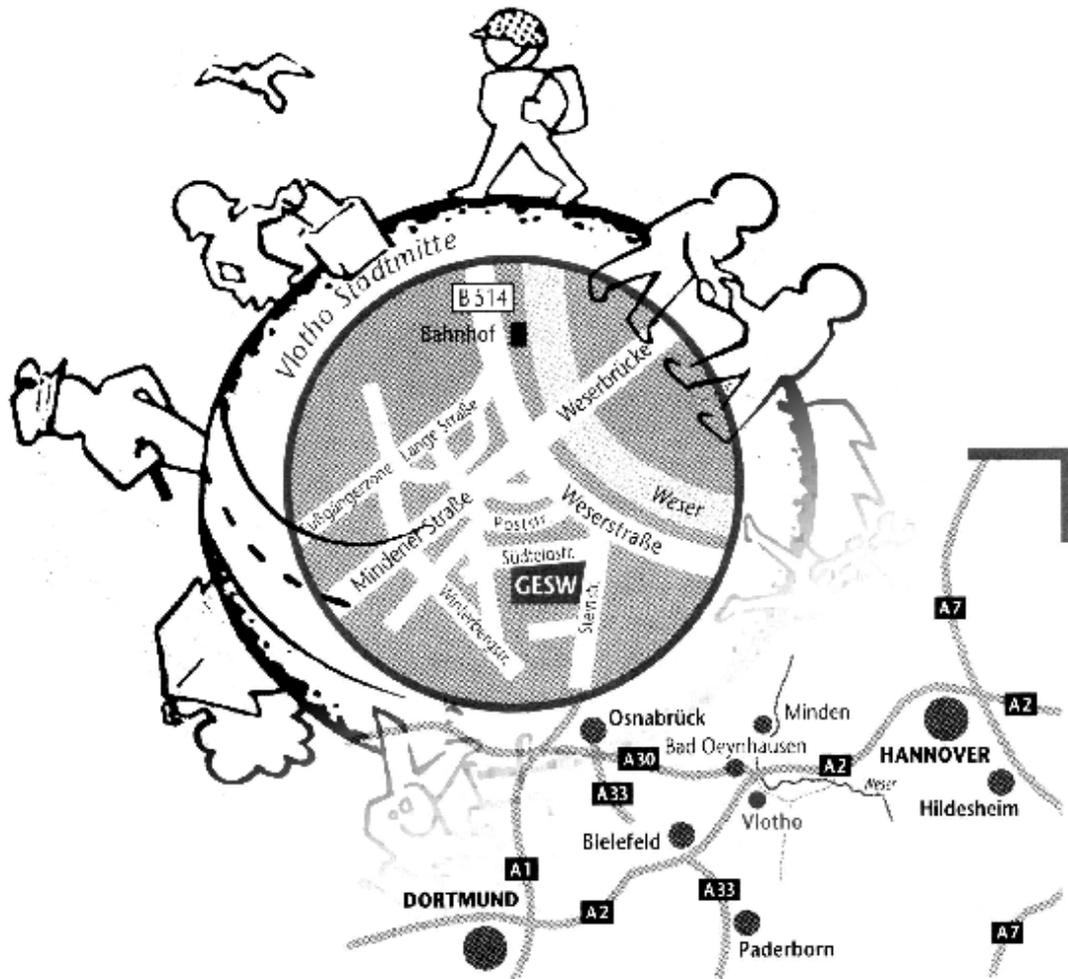


kriegswirtschaftlichen und politisch-strategischen Zielen verfolgten, weshalb der Autor auch von einem „Unilateralismus der deutsch-ukrainischen Beziehungen“ (S. 436) spricht. Was sich die Ukrainer vor allem von der Kooperation erhofft hatten, Hilfe gegen ihre traditionellen Gegner Russen/ Sowjets und Polen, war zudem für die Deutschen von zweitrangiger Bedeutung. Eine weitere Konstante der Berliner Ukrainepolitik sieht Grelka zudem in der Praxis einer rücksichtslosen Besatzungsherrschaft, an der das Land nicht nur im Zweiten Weltkrieg zu leiden hatte. Auch 1918, als man der Zentralrada der UNR (Ukrainische Volksrepublik) als Verbündeter gegen die Rote Armee zu Hilfe gekommen war, habe schon der Feldbestellungsbefehl des Oberbefehlshabers der eingerückten Heeresgruppe, des Generalfeldmarschalls von Eichhorn, gezeigt, dass es der deutschen Militärverwaltung vor allem darauf ankam, die Ukraine zu kontrollieren, trotz der Marionettenregierung des Hetmans Skoropads'kyj möglichst viel selbst zu verwalten und vor allem die landwirtschaftlichen und anderen von den Mittelmächten dringend gebrauchten Ressourcen auszubeuten. Schließlich, so ein Resümee der Arbeit, sei der These Claus Remers vom „Scheitern deutscher Ukrainepolitik als Folge eklatanter Widersprüche zwischen deutschen Ausbeutungsbestrebungen und ukrainischen Selbstständigkeitsbestrebungen“ zuzustimmen, denn sie habe für die deutsch-ukrainischen Beziehungen in beiden Weltkriegen paradigmatischen Charakter (S. 442). Auch viele Detailspekte lassen Analogien in beiden Besatzungsperioden erkennen. Dazu zählten die im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg in der politischen Publizistik bemühten Kennzeichnungen der Ukraine als „Kornkammer“, die es zu kontrollieren und natürlich zu nutzen galt. Auch andere Stereotype vor allem bestimmte Feindbilder wurden 1918 wie 1941 bewusst zur „Manneszucht“ der Truppen und als Instrument zur Durchsetzung einer rigorosen, schonungslosen Okkupationspolitik eingesetzt. Nicht erst beim Überfall auf die Sowjetunion, auch 1918 wurde der deutsche Einmarsch von der politischen und militärischen Führung mit dem „Kampf gegen den Roten Terror“, der „Rettung vor dem bolschewistischen Terror“ etc. motiviert und propagandistisch legitimiert. Darüber hinaus verband sich auch damals schon dieses Feindbild mit einem politisch-ideologischen Antisemitismus, der die Juden als „die natürlichen Feinde der Ordnung und damit Anhänger des Bolschewismus“ (S. 457) brandmarkte. Hier ist allerdings auch hervorzuheben, dass dem Antisemitismus des Jahres 1918 der eliminatorische Kern oder Impetus fehlte, der hinter der Katastrophe des Holocaust stand, wie der Autor durchaus unterstreicht. Allerdings neigt er auch zu Formulierungen, die einen Kausalkonnex insinuieren, den nach Meinung des Rezensenten der situative Kontext eigentlich verbieten sollte, wenn jener nämlich schreibt, dass entsprechende Befehle der Kommandeure im Feld 1941 „im Vergleich zu denen von 1918 schlicht um die eliminatorische Komponente ergänzt wurden“ (S. 457). Aber diese ergänzte Komponente war entscheidend – lebensentscheidend. Und dies ist ein Unterschied. Grelka weist selbst darauf hin, dass erst 1941 die Vernichtung der Juden ein Kriegsziel gewesen sei. Andererseits ist bei ihm auch zu lesen, dass die „Bereitschaft zu einer eliminatorischen Politik gegen den ‚Juden im Lande‘, also gegen die Juden als Gruppe, schon im Kaiserheer von 1918 bestanden“ (S. 456) habe. Direkte Belege führt er allerdings nicht an, was angesichts dieser gravierenden Aussage unerlässlich wäre. Am Ende der Lektüre hat sich beim Leser der Eindruck verfestigt, dass in der Radikalisierung der deutschen Besatzungspolitik in der Ukraine 1941, nota bene auch als Lehre aus dem Scheitern der kaiserlichen Politik, der wesentliche Unterschied zu

1918 zu suchen ist. Mutatis mutandis gilt dies auch für eine Politik, die 1918 die Kontrolle über einen „Lebensmittelraum“ (S. 287) zum Ziele hatte, der im Zweiten Weltkrieg zum rassistisch hierarchisierten Lebensraum der NS-Gewaltherrschaft mutieren sollte. Denn während es dem Deutschen Reich 1918 primär um die Instrumentalisierung nationaler Bestrebungen gegen Großrussland gegangen ist, ging es 1941 nur noch um die Zusammenarbeit der deutschen Stellen mit den ukrainischen Nationalisten als einer Vorstufe zur Ermordung der jüdischen Bevölkerung, die unter beiden Besatzungsregimen als Gegner der nationalen Unabhängigkeit betrachtet wurde. Auch wenn man nicht allen Schlüssen Grellkas folgen will, ist seine auf breiter Quellenbasis beruhende Studie ein wichtiger und unsere Erkenntnisse über die deutsch-ukrainischen Beziehungen im 20. Jh. erweiternder Beitrag zur Historiographie. Der Text der Darstellung ist durch einige Schwarz-Weißfotographien aufgelockert, dem ein Quellen-, Literatur- und Abbildungsverzeichnis sowie Personen- und Ortsregister folgen. Störend ist lediglich die vom Autor aus unerklärlichen Gründen benutzte englische Transliteration der kyrillischen Alphabete.

*Rudolf A. Mark, Lüneburg*

# GESW – Treffpunkt EUROPA



96

ao

3/4  
2006

**Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho**  
**Südfeldstr. 2 – 4**  
**32602 Vlotho**

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

[www.gesw.de](http://www.gesw.de) | [info@gesw.de](mailto:info@gesw.de)